



Statistisches Monatsheft Thüringen

APRIL 2022



TLS
Thüringer Landesamt
für Statistik

- Der Zensus 2022 in Thüringen
- Zensus 2022: Die Vorbefragung der Gebäude- und Wohnungszählung
- Etappen der Entwicklung des Statistischen Dienstes in der DDR (1971 – 1980)

IMPRESSUM

Herausgeber:

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3, 99091 Erfurt

Schriftleitung:

Dr. Holger Poppenhäger

Auskunft erteilt:

Präsidialbereich Grundsatzfragen, Presse
Daniel Mroß
Telefon 03 61 57 331-91 10
Telefax 03 61 57 331-96 97
E-Mail: Daniel.Mross@statistik.thueringen.de
Internet: www.statistik.thueringen.de

Satz und Druck:

Thüringer Landesamt für Statistik

Titelfoto:

www.unsplash.com

Herausgegeben: Juni 2022

Heft-Nr.: 060/22

Jahrgang: 29

Preis: 5,00 Euro

ISSN 0948-5449

Bestell-Nr.: 40301

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.

Zeichenerklärung:

- nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- () Aussagewert eingeschränkt

Anmerkung: Abweichungen in den Summen, auch im Vergleich zu anderen Veröffentlichungen, erklären sich aus dem Runden von Einzelwerten.

APRIL 2022

3 INHALT

5 AN EINEM TAG IN THÜRINGEN

6 NEUES

- 6 Zum Tag der Geschwister am 10. April: 33000 Geschwisterkinder mehr als 10 Jahre zuvor
- 6 Familien von Alleinerziehenden, Arbeiterinnen und Arbeitern oder Nichterwerbstätigen für wichtige Befragung zur Zeitverwendung gesucht!
- 6 Erwerbstätigkeit im 4. Vierteljahr 2021 – Lediglich geringer Beschäftigungszuwachs
- 6 1018500 Erwerbstätige mit Arbeitsort in Thüringen im Jahr 2021
- 7 Anbau und Ernte von Speisepilzen in Thüringen 2021
- 7 Thüringer Energie- und Wasserversorgung - Stabile Beschäftigungslage im Jahr 2021
- 7 Beheizung mit erneuerbaren Energien im Wohnungsneubau 2021
- 7 Thüringer Außenhandel im 4. Vierteljahr 2021
- 7 Ein Viertel mehr Unfälle mit Personenschaden im Januar 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat
- 7 Zum Weltgesundheitstag am 7. April: Thüringer Männer im Durchschnitt 16 kg schwerer als Frauen
- 8 Ausgaben der Thüringer Kommunen betragen 6,5 Milliarden Euro
- 8 Ausgaben und Einnahmen der Thüringer Kommunen im Jahr 2021
- 8 Stark gestiegene Material- und Energiepreise verteuern die Bauleistungen
- 8 Inflationsrate in Thüringen im Februar 6,2 Prozent
- 8 Bruttoinlandsprodukt Thüringens 2021: Rückgang des Jahres 2020 teilweise ausgeglichen
- 8 Ausgabe 23 des Corona-Dossiers erschienen
- 8 Neue interaktive Anwendung zeigt regionale Veränderung des Durchschnittsalters

9 LANDWIRTSCHAFT

10 IM FOKUS

12 THÜRINGEN AKTUELL

24 AUFSATZ

Dr. Holger Poppenhäger:
„Der Zensus 2022 in Thüringen“

31 TROCKENE ZAHL

32 AUFSATZ

GASTBEITRAG Dr. Franziska Tollnek: „Zensus 2022: Die Vorbefragung der Gebäude- und Wohnungszählung“

41 HANDWERK

42 AUFSATZ

Harald Hagn:
„Etappen der Entwicklung des Statistischen Dienstes in der DDR (1949–1970)“

52 FAKTEN AUS 30 JAHREN TLS

53 HISTORISCHE PRESSE

54 THÜRINGEN 2040

56 GRAFIKEN

62 WIESO WESHALB WARUM

64 TROCKENE ZAHL

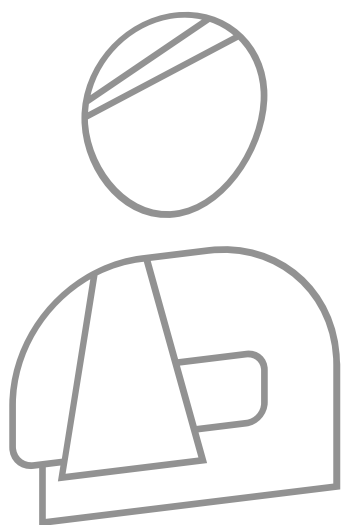
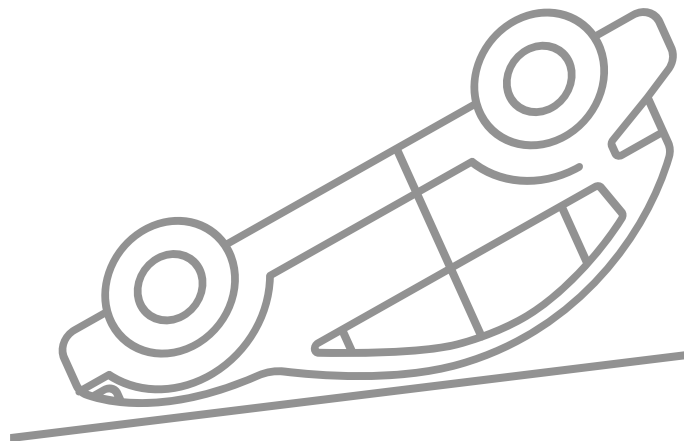
65 WIRTSCHAFTSINDIKATOREN

68 ZAHLENSPIEGEL

AN EINEM TAG IN THÜRINGEN

VERKEHR

131
erfasste
Unfälle



17
Verunglückte

Pressemitteilungen aus der Statistik

Anbei finden Sie eine kleine Auswahl von Ausschnitten aus den Pressemitteilungen des Thüringer Landesamtes für Statistik.

Die vollständige Pressemitteilung ist in der Druckversion über den QR-Code oder in der papierlosen Version über den Link im QR-Code abrufbar.

067/2022

Zum Tag der Geschwister am 10. April: 33 000 Geschwisterkinder mehr als 10 Jahre zuvor

Laut einer Auswertung anlässlich des Tages der Geschwister am 10. April lebten nach Ergebnissen des Mikrozensus im Jahr 2021 rund 267 Tausend Kinder mit Geschwistern in der Familie zusammen und damit rund 33 Tausend Kinder mehr als 10 Jahre zuvor. Während die Zahl der Kinder in den Familien seit 2011 insgesamt um 3,8 Prozent zurückging, stieg die Zahl der Geschwisterkinder um 14,0 Prozent. Rund zwei Drittel von ihnen lebten 2021 mit 1 Geschwisterkind im Haushalt zusammen und rund ein Drittel mit 2 und mehr Geschwistern. Somit wohnten 62,3 Prozent der 2021 in Thüringer Familien lebenden 428 Tausend Kinder mit mindestens 1 Geschwisterkind zusammen.



057/2022

Familien von Alleinerziehenden, Arbeiterinnen und Arbeitern oder Nichterwerbstätigen für wichtige Befragung zur Zeitverwendung gesucht!

Wenn am Wochenende die Uhr eine Stunde vorgestellt wird, erhält die Frage „Wo bleibt die Zeit?“ ein besonderes Gewicht. Die Teilnehmenden der Zeitverwendungserhebung (ZVE) 2022 wollen es genau wissen: Sie halten an 3 Tagen ihre Aktivitäten in einem Tagebuch fest. Die ZVE liefert unter anderem wichtige Erkenntnisse zur unbezahlten Arbeit wie Kinderbetreuung, Hausarbeit, Ehrenamt oder Pflege von Angehörigen. Zahlreiche Haushalte haben sich bereits angemeldet. Für die nächsten Monate sucht das Thüringer Landesamt für Statistik aber weiterhin noch teilnahmebereite Haushalte.



056/2022

Erwerbstätigkeit im 4. Vierteljahr 2021 – Lediglich geringer Beschäftigungszuwachs

Im 4. Vierteljahr 2021 hatten im Durchschnitt 1 027 700 Personen einen Arbeitsplatz in Thüringen. Damit lag die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Zuwachs um 1 000 Personen geringfügig über dem Niveau des 4. Vierteljahres 2020 (+0,1 Prozent). In Deutschland stieg die Erwerbstätigenzahl im 4. Vierteljahr 2021 um 1,0 Prozent, im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) um 0,9 Prozent und im Gebiet der neuen Bundesländer (ohne Berlin) um 0,5 Prozent.



052/2022

1018 500 Erwerbstätige mit Arbeitsort in Thüringen im Jahr 2021

Im Jahr 2021 hatten im Jahresdurchschnitt 1 018 500 Personen einen Arbeitsplatz in Thüringen. Die Zahl der Erwerbstätigen in Thüringen sank im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent (-6 500 Personen). Damit war die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl im Freistaat das 3. Jahr in Folge rückläufig und blieb das 11. Jahr in Folge deutlich hinter der Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in Deutschland zurück. In Deutschland blieb die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2021 nahezu gleich (+22 000 Personen), nachdem sie im Jahr 2020 um 0,8 Prozent abgenommen hatte (-370 000 Personen).



053/2022

Anbau und Ernte von Speisepilzen in Thüringen 2021

Die Thüringer Betriebe, die jeweils über eine Mindestfläche von 1000 Quadratmetern verfügten, bewirtschafteten im Jahr 2021 eine Produktionsfläche für Speisepilze von rund 35000 Quadratmetern. Durch Mehrfachnutzung dieser Flächen wurden im Jahr 2021 auf insgesamt 145000 Quadratmetern rund 2900 Tonnen Speisepilze erzeugt. Neben Champignons wurden auch Shiitake und Austernseitlinge kultiviert. Die Bewirtschaftung erfolgte bei allen Betrieben ausschließlich konventionell.



049/2022

Thüringer Energie- und Wasserversorgung - Stabile Beschäftigungslage im Jahr 2021

In den Betrieben der Thüringer Energie- und Wasserversorgung waren nach endgültigen Angaben im Monatsdurchschnitt des vergangenen Jahres 7445 Personen tätig. Das waren 149 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr als im Jahr 2020.



063/2022

Beheizung mit erneuerbaren Energien im Wohnungsneubau 2021

Nach vorliegenden Jahresergebnissen der Baugenehmigungsstatistik 2021 werden zur primären Beheizung der 2057 neu geplanten Wohngebäude nach Fertigstellung zu 58,6 Prozent regenerative Energien genutzt. Gegenüber dem Jahr zuvor war das ein leichter Rückgang von 1,9 Prozent.



059/2022

Thüringer Außenhandel im 4. Vierteljahr 2021

Im 4. Vierteljahr 2021 wurden von Thüringen Waren im Wert von 4,4 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 3,8 Milliarden Euro importiert. Der Warenwert der Thüringer Exporte erhöhte sich gegenüber dem 4. Vierteljahr 2019 um 16,2 Prozent, gegenüber dem 4. Vierteljahr 2020 um 16,6 Prozent. Der Warenwert der Thüringer Importe stieg gegenüber dem 4. Vierteljahr 2019 um 30,3 Prozent, gegenüber dem 4. Vierteljahr 2020 um 31,6 Prozent. Im 4. Vierteljahr 2021 waren die

Vereinigten Staaten das bedeutendste Empfängerland der Thüringer Exporte. Die Volksrepublik China stand an der Spitze der bedeutendsten Lieferländer der Thüringer Importe. Stark steigende Export- und Importpreise beeinflussten die Entwicklung der Warenwerte Thüringer Exporte und Importe im 4. Vierteljahr 2021 erheblich.



058/2022

Ein Viertel mehr Unfälle mit Personenschaden im Januar 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat

Nach vorläufigen Ergebnissen meldete die Thüringer Polizei im Januar 2022 insgesamt 3809 Unfälle. Gegenüber dem Vorjahresmonat war das ein Anstieg um 16,9 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat stellte das ebenfalls einen Anstieg dar, und zwar um 1,9 Prozent. Bei den 339 Unfällen mit Personenschaden verunglückten 437 Personen. Zum Vorjahresmonat stieg damit sowohl die Zahl der Unfälle mit Personenschaden (+67 Unfälle bzw. +24,6 Prozent) als auch die Zahl der verunglückten Personen (+91 Personen bzw. +26,3 Prozent).



065/2022

Zum Weltgesundheitsstag am 7. April: Thüringer Männer im Durchschnitt 16 kg schwerer als Frauen

Im Ergebnis des Mikrozensus zeigte sich im Mittel des Jahres 2021, dass Thüringer Männer ab 18 Jahren ein durchschnittliches Körpergewicht von 86,4 kg aufwiesen und damit 15,8 kg schwerer waren als die Thüringer Frauen. Laut einer Auswertung anlässlich des Weltgesundheitsstages am 7. April waren die Thüringerinnen und Thüringer im Durchschnitt 78,6 kg schwer und 1,72 m groß. Dabei waren die Frauen mit durchschnittlich 1,65 m rund 13 cm kleiner als die Männer mit 1,78 m. Aus dem Verhältnis von Körpergröße und Gewicht ergibt sich der Body-Mass-Index (BMI)¹⁾, der 2021 bei den Thüringer Frauen 25,9 und bei den Männern 27,2 betrug.



1) Body-Mass-Index (BMI): kg/m² (Ergebnis für Erwachsene: <18,5 = untergewichtig; 18,5 bis unter 25 = normalgewichtig; ab 25 = übergewichtig; ab 30 = stark übergewichtig)

055/2022

Ausgaben der Thüringer Kommunen betragen 6,5 Milliarden Euro

Die Ausgaben der Thüringer Kommunen betragen im Rechnungsjahr 2020 auf Basis der Rechnungsabschlüsse 6,5 Milliarden Euro. Damit wurden im Vergleich zum Jahr zuvor 370 Millionen Euro mehr ausgegeben (+6,0 Prozent). Demgegenüber erhöhten sich die Einnahmen im Jahr 2020 um 430 Millionen Euro auf insgesamt 6,7 Milliarden Euro (+6,9 Prozent).



048/2022

Ausgaben und Einnahmen der Thüringer Kommunen im Jahr 2021

Die Thüringer Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise hatten im Jahr 2021 Ausgaben in Höhe von 6,32 Milliarden Euro. Das waren 255,1 Millionen Euro bzw. 4,2 Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.



062/2022

Stark gestiegene Material- und Energiepreise verteuern die Bauleistungen

Die Preise für den Neubau von Wohngebäuden (Bauleistungen am Bauwerk), einschließlich Umsatzsteuer, lagen im Februar 2022 um 19,2 Prozent über dem Vorjahresniveau. Im Vergleich zum vergangenen Berichtsmonat (November 2021) verteuerte sich der Bau von Wohngebäuden um 5,4 Prozent und erreichte einen Indexstand von 146,8 (Basis 2015=100). Die Betriebe gaben hauptsächlich die stark gestiegenen Material- und Energiepreise sowie Materialknappheit als Grund für die Preiserhöhung von Bauleistungen an.



045/2022

Inflationsrate in Thüringen im Februar 6,2 Prozent

Die Verbraucherpreise erhöhten sich gegenüber dem Vorjahresmonat um 6,2 Prozent. Im Vergleich zum Monat Januar stieg der Verbraucherpreisindex um durchschnittlich 0,6 Prozent und erreichte einen Indexstand von 114,1 (Basis 2015=100).



060/2022

Bruttoinlandsprodukt Thüringens 2021: Rückgang des Jahres 2020 teilweise ausgeglichen

Auf der Grundlage der derzeit verfügbaren Wirtschaftsdaten für das Jahr 2021 ermittelte der Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", dem alle Statistischen Landesämter angehören, im Rahmen einer ersten Berechnung vorläufige Ergebnisse zur regionalen Wirtschaftsleistung der Bundesländer für das Jahr 2021. Das Bruttoinlandsprodukt Thüringens, der Wert der in Thüringen produzierten Güter und der in Thüringen erbrachten Dienstleistungen, erreichte im Jahr 2021 nach vorläufigen Berechnungen ein Volumen von 65,5 Milliarden Euro. Das Bruttoinlandsprodukt Thüringens lag im Jahr 2021 nominal 5,0 Prozent über dem Wert des Jahres 2020. Preisbereinigt erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt in Thüringen im Jahr 2021 um 2,0 Prozent.



061/2022

Ausgabe 23 des Corona-Dossiers erschienen

Am 31.03.2022 erschien die 23. Ausgabe der Sonderveröffentlichung „Aktuelle Zahlen für Thüringen in Zeiten der Corona-Pandemie“. Die Publikation wird monatlich fortlaufend veröffentlicht und ist auf der Homepage des Thüringer Landesamtes für Statistik zu beziehen.



050/2022

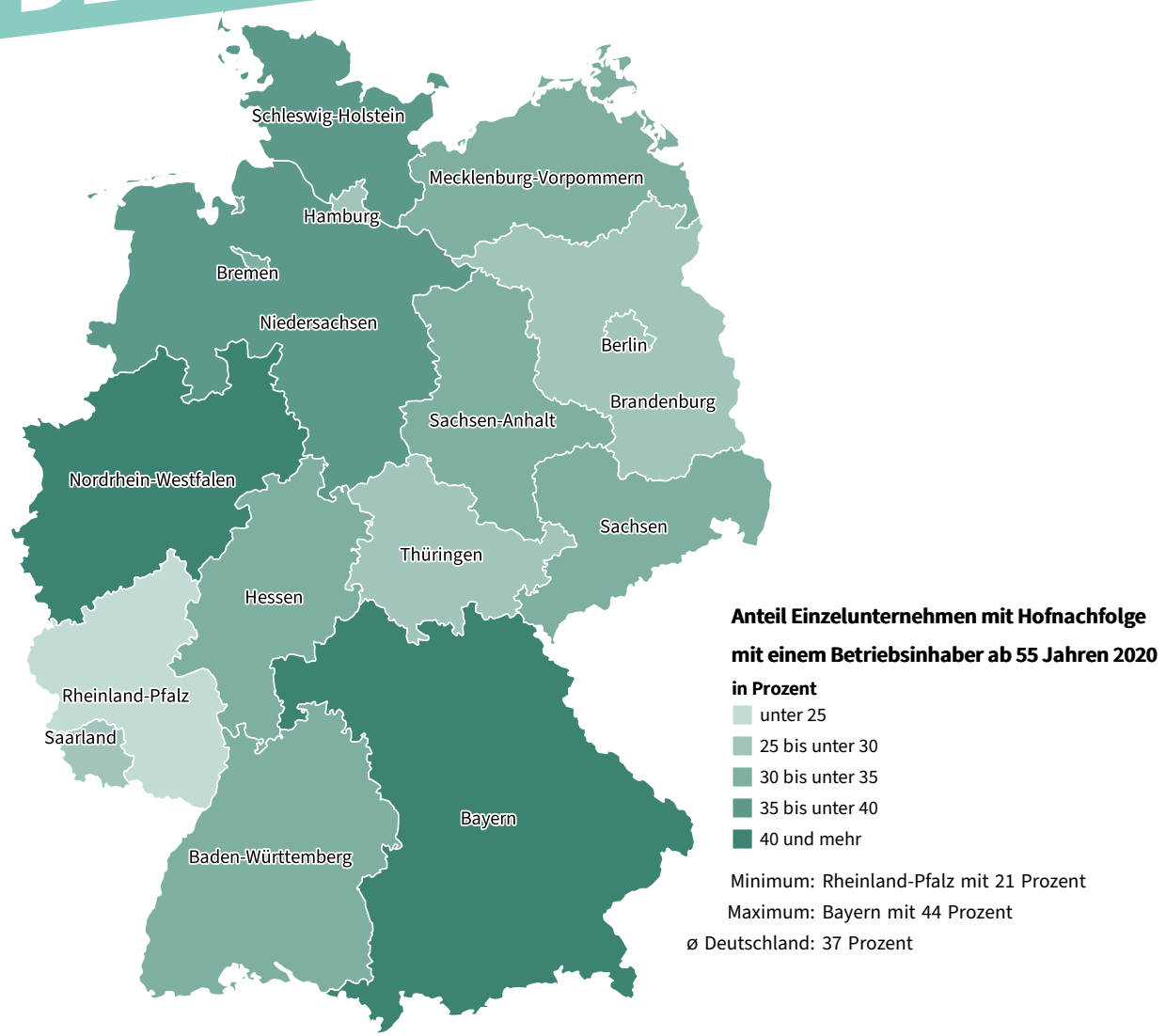
Neue interaktive Anwendung zeigt regionale Veränderung des Durchschnittsalters

Mit Hilfe einer neuen interaktiven Anwendung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder kann die Entwicklung des Durchschnittsalters in allen kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands nachvollzogen werden. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Deutschland lag Ende 2020 bei 44,6 Jahren. Im Vergleich zu 2011 ist das ein Anstieg um 8,5 Monate. In der interaktiven Anwendung finden Interessierte neben den Informationen zum Durchschnittsalter auch eine Gesamtübersicht der Bevölkerung aller Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands – insgesamt sowie getrennt nach männlicher und weiblicher Bevölkerung.



Weitere Pressemitteilungen finden Sie unter dem Link <https://statistik.thueringen.de/presse>

DEUTSCHLAND DEINE LANDWIRTSCHAFT



Hofnachfolge der landwirtschaftlichen Betriebe 2020

Von den 262 776 in der Landwirtschaftszählung 2020 befragten Betrieben waren deutschlandweit 87 Prozent Einzelunternehmen. In 109 695 dieser Betriebe war der Inhaber zum Zeitpunkt der Befragung 55 Jahre oder älter.

Bei 37 Prozent der deutschen Einzelunternehmen mit einem Betriebsinhaber im Alter von 55 Jahren und älter ist die Hofnachfolge, also die Übernahme des Betriebes, geklärt (40 224 Betriebe). Bei der Landwirtschaftszählung 2010 haben 31 Prozent der Betriebe einen Nachfolger in Aussicht gehabt.

In Thüringen sind 1 266 Höfe im Besitz eines 55 Jahre oder älteren Inhabers, wobei nur noch bei 28 Prozent (360 Betriebe) die Nachfolge geklärt ist (2010:

33 Prozent). Damit befindet sich Thüringen unter dem deutschen Durchschnitt (37 Prozent) und liegt im Vergleich der Bundesländer auf Platz 12.

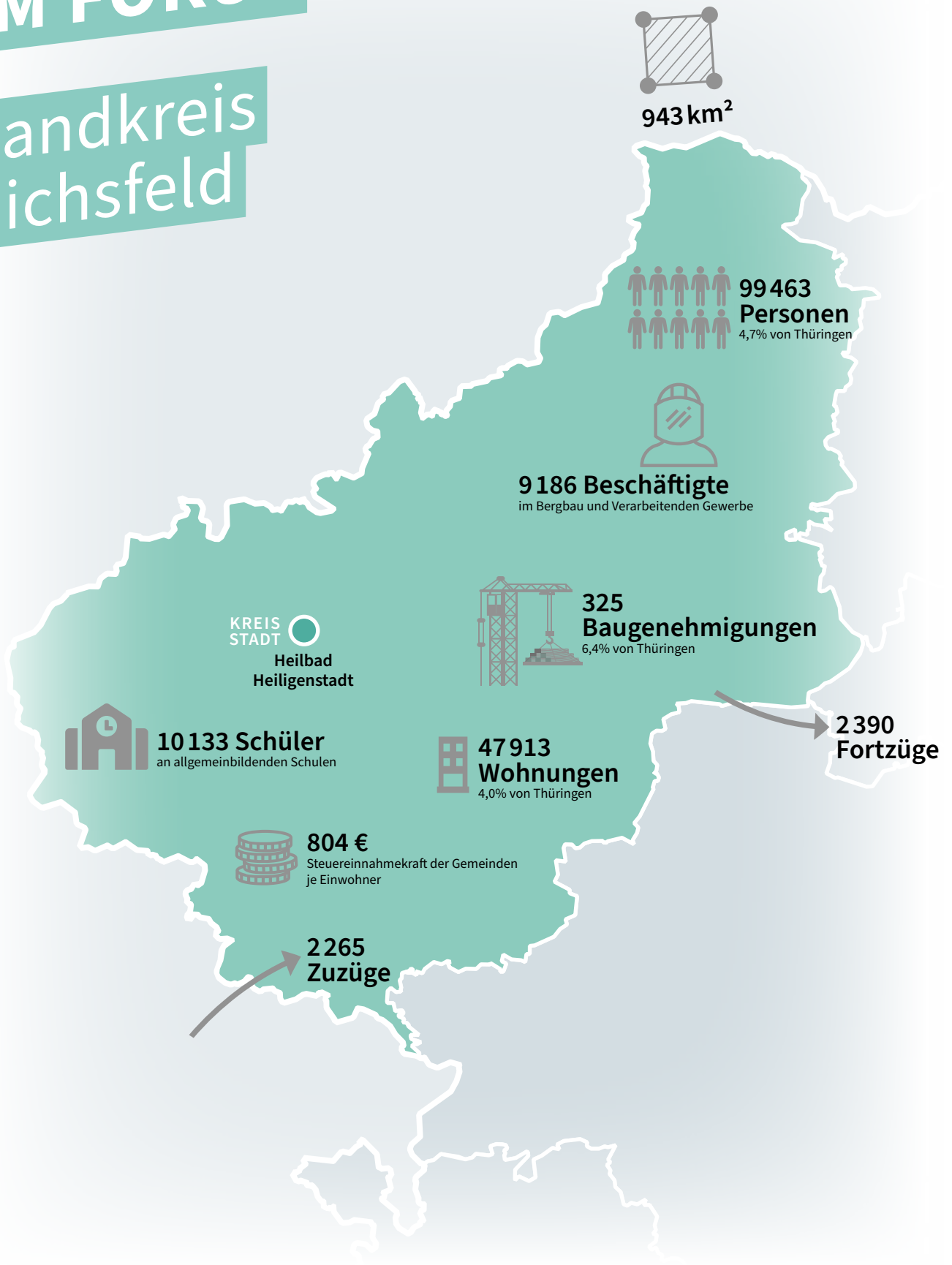
Die meisten Hofnachfolgen sind in Bayern (44 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (40 Prozent) geklärt, die wenigsten in Rheinland-Pfalz (21 Prozent) und Berlin (25 Prozent).

In 21 Prozent der Hofnachfolgen soll eine Frau den Betrieb in Thüringen übernehmen. Damit befindet sich Thüringen über dem deutschen Durchschnitt von 18 Prozent. Im Vergleich zur Landwirtschaftszählung 2010 ist dieser Anteil jeweils angestiegen (Thüringen: +1 Prozentpunkt, Deutschland: +4 Prozentpunkte).

Quelle: Landwirtschaftszählung 2020

IM FOKUS

Landkreis Eichsfeld



Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2020.

Landkreis Nordhausen



82 456
Personen
3,9% von Thüringen



6 215 **Beschäftigte**
im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe



46 727
Wohnungen
3,9% von Thüringen

2 340
Zuzüge



KREIS
STADT
Nordhausen



7 748 **Schüler**
an allgemeinbildenden Schulen



234
Baugenehmigungen
4,6% von Thüringen



779 €
Steuereinnahmekraft der Gemeinden
je Einwohner

2 657
Fortzüge

Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2020.



Sylvia Schlapp

Präsidialbereich:
Grundsatzfragen, Presse,
Auskunftsdienst, Qualitäts-
management, Controlling,
Querschnittsveröffentli-
chungen, Forschungsdaten-
zentrum

0361 57331-9130
Sylvia.Schlapp
@statistik.thueringen.de

Thüringen aktuell

Die hier vorliegenden Informationen beziehen sich auf Daten zum Stand Januar 2022. Hintergrundinformationen zu bereits möglichen Auswirkungen der Corona-Krise sind unter den einzelnen Themenbereichen zu finden.

Darüber hinaus erschien monatlich die Sonderveröffentlichung „Aktuelle Zahlen für Thüringen in Zeiten der Corona-Krise“ als Sammlung statistischer Daten mit möglichem Bezug zur Corona-Pandemie. Die 24. Veröffentlichung erfolgte letztmalig am 18. Mai 2022 und ist auf der Startseite des Thüringer Landesamtes für Statistik abrufbar.

Der Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe startete sowohl mit einem Umsatzplus als auch mit einem Zuwachs der Beschäftigtenzahl, der Produktivität und des Auftragseingangs in das neue Jahr (bei 2 Arbeitstagen weniger). Auch gegenüber dem Vorjahresmonat entwickelten sich alle betrachteten Kennziffern positiv (bei 1 Arbeitstag mehr).

Im Bauhauptgewerbe wurde gegenüber Januar 2021 ein Zuwachs beim Umsatz, dem Auftragseingang und der Produktivität verzeichnet. Die Zahl der Beschäftigten sank weiter. Gegenüber dem Vormonat gingen alle genannten Kennziffern zurück, was u. a. auch saisonal begründet sein dürfte.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Januar 2022 gegenüber dem Vormonat, u. a. auch saisonal bedingt, um 4391 Personen bzw. 8,0 Prozent auf 59018 Personen. Allerdings ist dies der geringste Anstieg in einem Januar in den letzten 10 Jahren. Gegenüber dem Vorjahresmonat waren 12019 Personen weniger arbeitslos gemeldet (-16,9 Prozent).

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Der Gesamtumsatz der Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten des Bereiches Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe erreichte im Januar 2022 ein Volumen von 2742 Millionen Euro. Das waren 2,8 Prozent bzw. 74,6 Millionen Euro Umsatz mehr als im Dezember 2021 (Deutschland: -9,2 Prozent).

Thüringer Industrie startete mit Umsatzplus in das Jahr 2022

Damit startete das Jahr 2022 für die Thüringer Industrie mit einem Umsatzplus. Allerdings konnten die Umsatzgewinne nur von den Vorleistungsgüterproduzenten mit einem Plus von 264,5 Millionen Euro erwirtschaftet werden. Bei den Investitionsgüterproduzenten ging der Umsatz um 147,9 Millionen Euro zurück, bei den Verbrauchsgüterproduzenten um 21,5 Millionen Euro und bei den Verbrauchsgüterproduzenten um 20,6 Millionen Euro.

Abbildung 1: Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Hauptgruppen

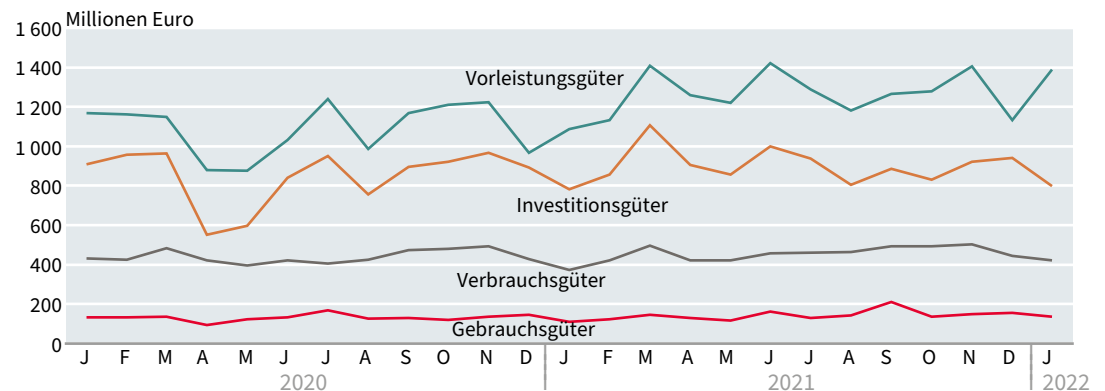
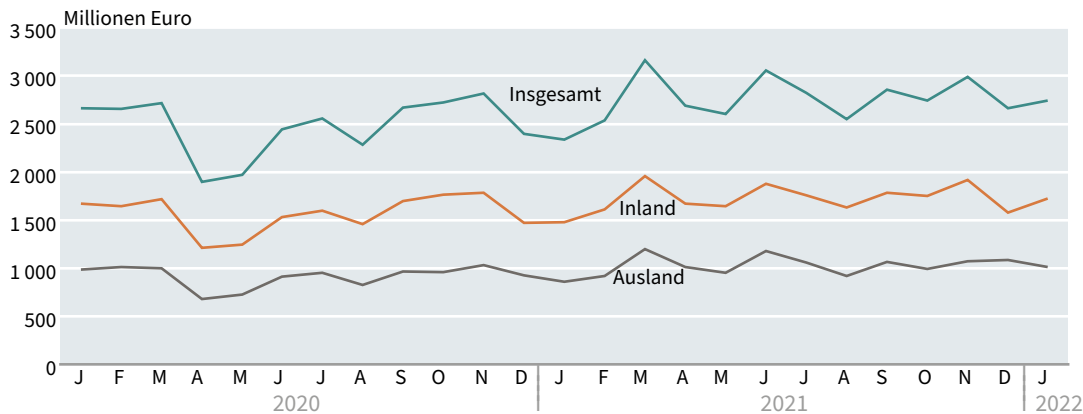


Abbildung 2: Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe



Im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg der Umsatz mit +17,2 Prozent bzw. +401,4 Millionen Euro noch stärker an (Deutschland: +20,5 Prozent). Dieser Umsatzzuwachs gegenüber Januar 2021 wurde von allen 4 Hauptgruppen getragen. Dabei erreichten auch hier die Vorleistungsgüterproduzenten das größte Umsatzplus (+298,3 Millionen Euro bzw. +27,4 Prozent).

Das deutliche Umsatzplus im Januar 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat ist auf die positive Entwicklung des Inlands- und Auslandsgeschäftes zurückzuführen. Mit 1728 Millionen Euro lag der Inlandsumsatz um 16,6 Prozent bzw. 245,5 Millionen Euro über dem Niveau des Vorjahresmonats. Der Auslandsumsatz erreichte einen Wert von 1014 Millionen Euro, ein Plus von 18,2 Prozent bzw. 156,0 Millionen Euro.

Im Vergleich zum Vormonat stieg der Inlandsumsatz deutlich an (+9,4 Prozent), während der Auslandsumsatz um 6,8 Prozent zurückging.

Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz (Exportquote) betrug 37,0 Prozent und lag damit um 0,4 Prozentpunkte über dem Wert vom Januar

2021. Im Dezember 2021 erreichte die Exportquote einen Wert von 40,8 Prozent.

Die höchste Exportquote erreichte im Januar 2022 die Hauptgruppe der Gebrauchsgüterproduzenten (58,7 Prozent), gefolgt von den Investitionsgüterproduzenten (40,8 Prozent). Die niedrigste Exportquote wies weiterhin die Hauptgruppe der Verbrauchsgüterproduzenten mit 22,9 Prozent auf.

Im Vergleich zum Januar 2021 konnten fast alle Hauptgruppen ihre Exportquote erhöhen. Die Spannweite reichte von +0,6 Prozentpunkten bei den Vorleistungsgüterproduzenten bis zu +6,9 Prozentpunkten bei den Gebrauchsgüterproduzenten. Allein bei den Investitionsgüterproduzenten ging diese um 1,5 Prozentpunkte zurück.

Personalbestand gestiegen

Die Zahl der Beschäftigten in den befragten Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes betrug im Januar 2022 insgesamt 141 407 Personen.

Abbildung 3: Exportquote im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

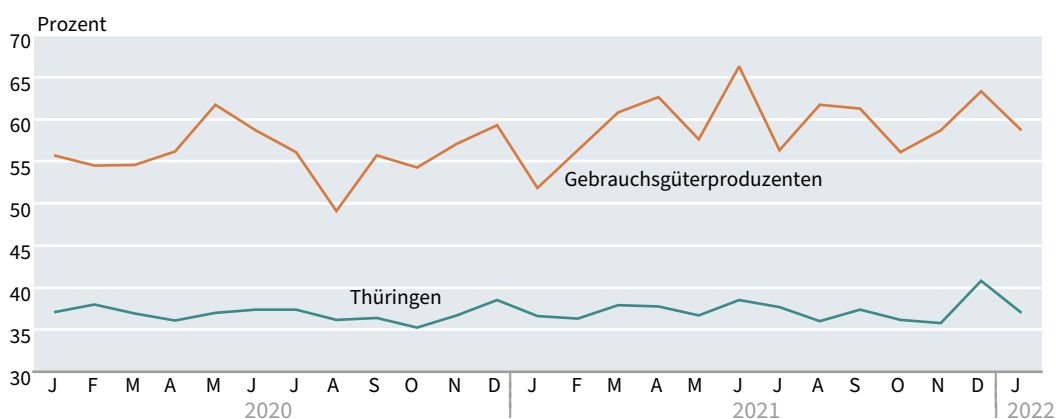
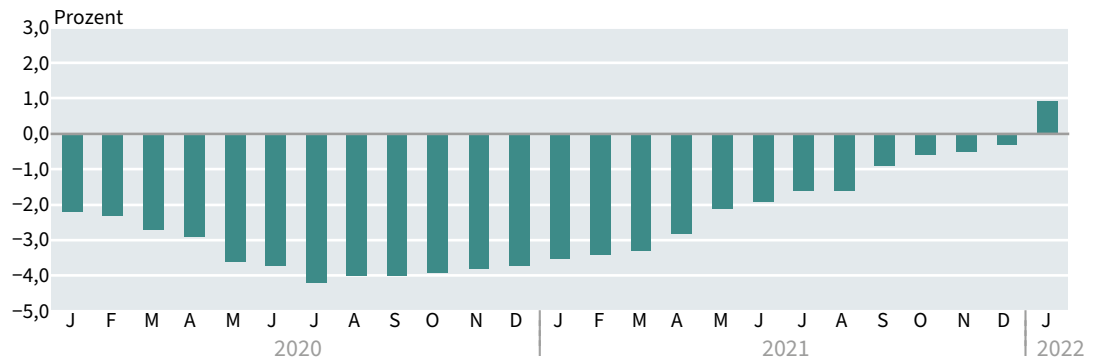


Abbildung 4: Veränderung der Beschäftigtenzahl im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorjahresmonat



Wie schon beim Umsatz beobachtet, stieg auch der Beschäftigtenbestand zum Jahresbeginn weiter an. Im Vormonatsvergleich blieb der Personalbestand fast gleich (+46 Personen). Gegenüber dem Vorjahresmonat stieg die Zahl der Beschäftigten um 1.269 Personen bzw. 0,9 Prozent an.

Die positive Beschäftigtenentwicklung am Jahresanfang 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat spiegelt sich in fast allen Hauptgruppen wider. Dabei wurde in der Hauptgruppe der Vorleistungsgüterproduzenten der höchste absolute Beschäftigtenzuwachs errechnet (+1.065 Personen bzw. +1,6 Prozent), gefolgt von den Verbrauchsgüterproduzenten mit +925 Personen bzw. +4,0 Prozent. Ein leichter Beschäftigtenzuwachs wurde in der Hauptgruppe der Gebrauchsgüterproduzenten beobachtet (+286 Personen bzw. +4,4 Prozent). Dagegen reduzierten die Investitionsgüterproduzenten ihren Personalbestand (-1.007 Personen bzw. -2,3 Prozent).

Der Umsatz je Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe war mit 19.391 Euro im Januar 2022 um 16,1 Prozent höher als im Januar 2021 und lag auch über dem Produktivitätsniveau vom Dezember 2021 (+2,8 Prozent).

Höchste Produktivität bei den Vorleistungsgüterproduzenten

Die höchste Produktivität erreichte mit 20.521 Euro Umsatz je Beschäftigten die umsatzstärkste Hauptgruppe, die Vorleistungsgüterproduzenten, dicht gefolgt von den Gebrauchsgüterproduzenten mit 19.953 Euro Umsatz je Beschäftigten.

Der Umsatz je Beschäftigten stieg gegenüber Januar 2021 in allen 4 Hauptgruppen an. Dabei lag die Produktivität bei den Vorleistungsgüterproduzenten mit einem Plus von 25,4 Prozent deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Abbildung 5: Umsatz je Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

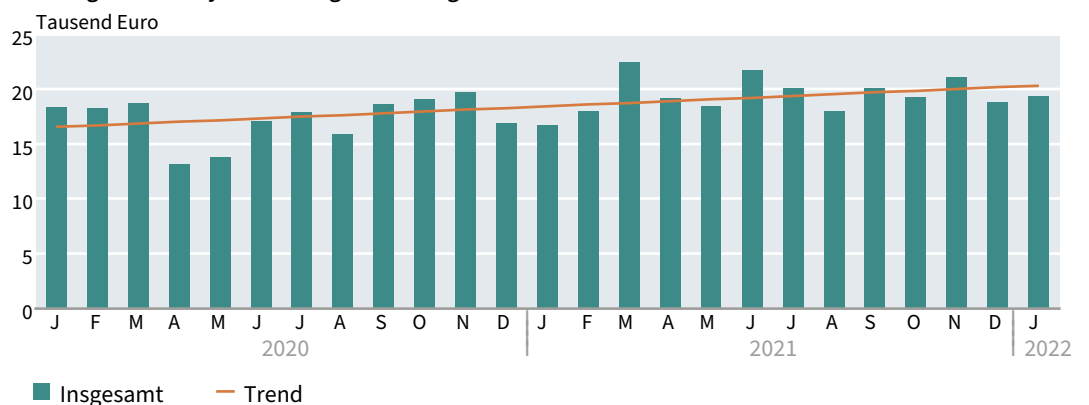
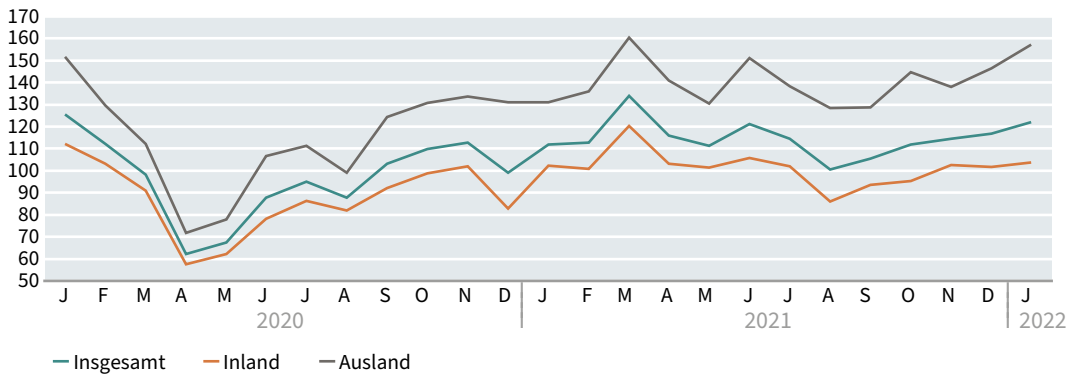


Abbildung 6: Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe
Volumenindex 2015=100



Die geleisteten Arbeitsstunden waren im Monat Januar 2022 mit 19106 Tausend Stunden um 3,2 Prozent höher als im Januar 2021 und lagen um 20,8 Prozent über dem Dezember 2021. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten und Arbeitstag betrug 6,4 Stunden (Januar 2021: 6,6 Stunden; Dezember 2021: 4,9 Stunden).

Im Vergleich zum Januar 2021 stiegen die Aufträge in 3 Hauptgruppen an, darunter am stärksten bei den Gebrauchsgüterproduzenten mit +66,5 Prozent. Mit großem Abstand folgten die Vorleistungsgüterproduzenten (+24,8 Prozent) und die Verbrauchsgüterproduzenten (+15,1 Prozent). Bei den Investitionsgüterproduzenten gingen die Auftragseingänge um 8,7 Prozent zurück.

Auftragslage im Januar 2022 gestiegen

Bauhauptgewerbe

Der Volumenindex des Auftragseingangs (Basis: 2015 = 100) in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes erhöhte sich im Januar 2022 im Vergleich zum Vormonat um 4,4 Prozent und lag mit einem Indexstand von 122,0 über dem vergleichbaren Vorjahreswert (+8,9 Prozent). Die gestiegenen Auftragseingänge im Vergleich zum Dezember 2021 resultierten aus den leicht höheren Aufträgen aus dem Inland (+2,2 Prozent) und den gestiegenen Auftrags-eingängen aus dem Auslandsgeschäft (+7,4 Prozent).

Im Januar 2022 wurde in den Betrieben von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten ein Umsatz von 125 Millionen Euro erarbeitet. Damit startete das Bauhauptgewerbe mit einem deutlichen Umsatzplus von 48,6 Prozent in das Jahr 2022. Im Vergleich zum Dezember 2021 ging der Umsatz (u. a. auch saisonal bedingt) um 43,4 Prozent zurück.

Abbildung 7: Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe nach Hauptgruppen
Volumenindex 2015=100

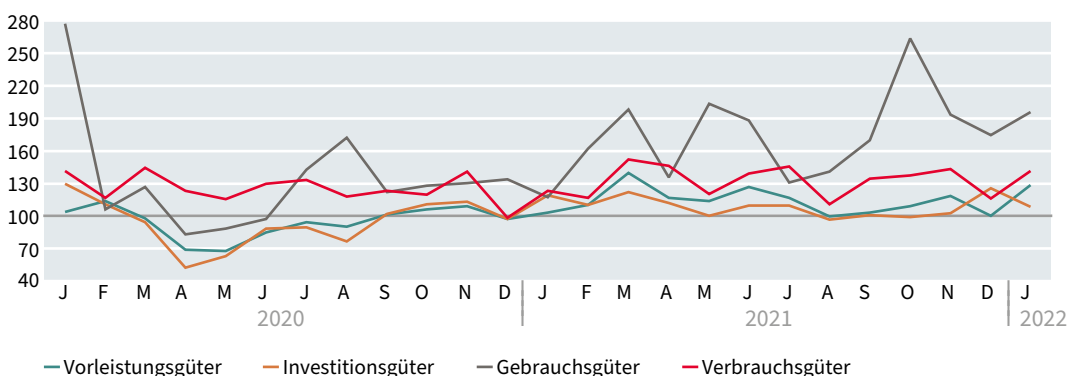
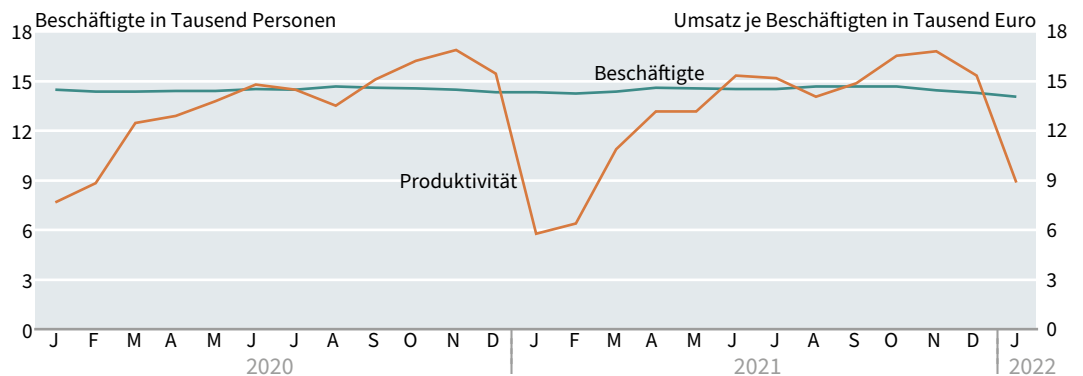


Abbildung 8: Beschäftigte und Produktivität im Bauhauptgewerbe



Umsatzzuwachs in allen Bausparten

Der baugewerbliche Umsatzzuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat betrug 50,2 Prozent und wurde von allen Bausparten erwirtschaftet. Dabei stieg der Umsatz im öffentlichen und Straßenbau um 56,2 Prozent bzw. 22,6 Millionen Euro, im gewerblichen Bau um 47,3 Prozent bzw. 16,2 Millionen Euro und im Wohnungsbau um 33,6 Prozent bzw. 2,9 Millionen Euro.

Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe betrug im Januar dieses Jahres 14057 Personen und lag damit um 257 Personen unter dem Wert vom Jahresende 2021. Im Vergleich zum Januar 2021 ging die Beschäftigtenzahl um 267 Personen bzw. 1,9 Prozent zurück.

Produktivität deutlich gestiegen

Die Produktivität im Bauhauptgewerbe lag mit 8867 Euro baugewerblichem Umsatz je Beschäftigten deutlich über dem Vorjahresniveau (Januar 2021: 5794 Euro).

Im Dezember 2021 wurden 15339 Euro Umsatz je Beschäftigten erzielt.

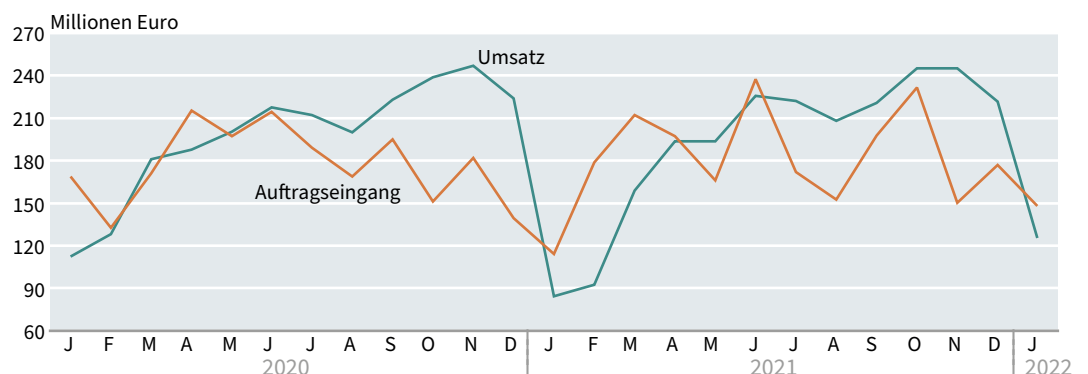
Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden verringerte sich im Januar 2022 im Vergleich zum Vormonat um 16,6 Prozent auf 869 Tausend Stunden, lag aber über dem vergleichbaren Vorjahreswert (Januar 2021: 728 Tausend Stunden).

Auftragszuwachs gegenüber Vorjahresmonat

Im ersten Monat des Jahres 2022 betrug die wertmäßige Nachfrage nach Bauleistungen 148 Millionen Euro. Das Volumen der Auftragseingänge lag damit um 33,9 Millionen Euro bzw. 29,7 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahreswert, war aber um 16,2 Prozent niedriger als im Dezember 2021.

Differenziert nach Bausparten wurden im Vergleich zum Januar 2021 Auftragszuwächse im öffentlichen und Straßenbau (+52,1 Prozent) und gewerblichen Bau (+25,9 Prozent) verzeichnet. Dagegen verfehlte der Wohnungsbau mit -31,5 Prozent das Niveau des Vorjahresmonats.

Abbildung 9: Umsatz und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen

Die Wohnungsbaunachfrage, die sich in den erteilten Genehmigungen für Bauvorhaben widerspiegelt, lag im ersten Monat 2022 mit 418 Anträgen über dem Niveau des Vorjahresmonats (+9,4 Prozent). Insgesamt wurden 545 Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau genehmigt, 207 Wohnungen bzw. 61,2 Prozent mehr als im Januar 2021.

Mehr neue Wohnungen geplant als im Vorjahr

Im Januar 2022 wurden 261 neue Wohn- und Nichtwohngebäude genehmigt. Dabei sollen 421 neue Wohnungen entstehen, 152 neue Wohnungen mehr als noch vor einem Jahr.

Für die Vorhaben, neue Wohngebäude zu errichten, wurden zum Zeitpunkt der Baugenehmigung 80 Millionen Euro Baukosten veranschlagt. Das waren 19,9 Millionen Euro mehr als im Vorjahresmonat (+32,8 Prozent).

Veranschlagte Baukosten für den Neubau von Nichtwohngebäuden deutlich gesunken

Die Thüringer Bauaufsichtsbehörden gaben am Jahresanfang insgesamt 116 Nichtwohngebäude zum Bau frei. Das waren 20 Gebäude bzw. 20,8 Prozent mehr als im Januar 2021. Der Neubau von Nichtwohngebäuden erreichte mit 84 Genehmigungen einen Anteil von 72,4 Prozent an allen genehmigten

Vorhaben im Nichtwohnbau. Obwohl die Zahl der neuen Nichtwohngebäude gegenüber dem Vorjahresmonat um +33,3 Prozent bzw. 21 Nichtwohngebäude anstieg, gingen die von den Bauherren veranschlagten Baukosten für den Neubau von Nichtwohngebäuden deutlich zurück. Mit 54 Millionen Euro veranschlagten Baukosten wurde hier ein Rückgang um mehr als das Doppelte gemeldet (-77,3 Millionen Euro bzw. -58,9 Prozent). Mit Ausnahme des Jahres 2021 waren allerdings die veranschlagten Kosten neuer Nichtwohngebäude im Januar 2022 deutlich höher als in einem Januar in den letzten 10 Jahren.

Beherbergungswesen

Die Thüringer Beherbergungsstätten mit 10 und mehr Gästebetten einschließlich Campingplätze mussten auch zu Beginn des Jahres mit starken Einbrüchen im Gäste- und Übernachtungsaufkommen kämpfen. Im Januar 2022 wurden gut 104 Tausend Gäste gemeldet, die rund 337 Tausend Übernachtungen buchten. Damit lagen die Gäste- und Übernachtungszahlen noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau vom Januar 2020, aber höher als in dem pandemiegeprägten Januar 2021, da hier ein Beherbergungsverbot für privatreisende Gäste vorlag.

Höhere Gäste- und Übernachtungszahlen als im pandemiegeprägten Januar 2021

Gegenüber dem Vorkrisen-Niveau im Januar 2020 verringerten sich die Ankünfte um 51,8 Prozent

Abbildung 10: Baugenehmigungen für Gebäude

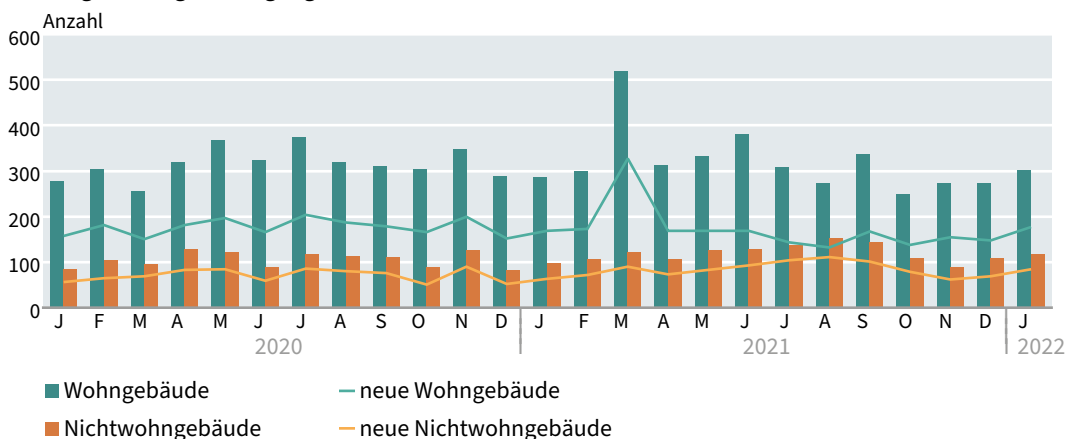
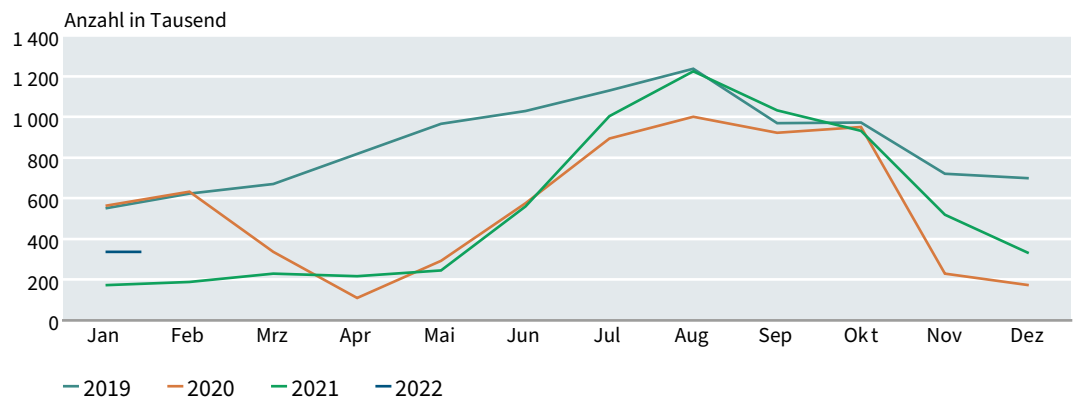


Abbildung 11: Übernachtungen in den Thüringer Beherbergungsbetrieben 2019 bis 2021



und die Übernachtungen um 40,1 Prozent. Im Vergleich zum pandemiegeprägten Januar 2021 stiegen allerdings die Ankünfte um 207,2 Prozent und die Übernachtungen um 93,0 Prozent.

99 Tausend Gäste (94,6 Prozent) kamen aus Deutschland und rund 6 Tausend Gäste hatten ihren Wohnsitz im Ausland. Dabei stieg sowohl die Zahl der inländischen Gäste gegenüber dem Vorjahresmonat als auch die Zahl der ausländischen Gäste.

Deutschlandweit verbuchten die Beherbergungsbetriebe zum Jahresanfang 5,3 Millionen Gäste und 16,2 Millionen Übernachtungen. Auch hier stiegen die Gäste- und Übernachtungszahlen im Vergleich zum Januar 2021 (Ankünfte: +265,6 Prozent; Übernachtungen: +152,7 Prozent).

In allen 9 Thüringer Reisegebieten wurden im Januar 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat sowohl mehr Gäste als auch mehr Übernachtungen gemeldet.

Abbildung 12: Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (einschließlich Campingplätze) im Januar 2022 nach Reisegebieten

Reisegebiet	Ankünfte		Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Tage
Südharz Kyffhäuser	4 445	237,3	15 367	118,1	3,5
Eichsfeld	3 097	163,8	12 381	45,3	4,0
Hainich	2 918	154,0	14 757	47,7	5,1
Saaleland	2 757	107,3	15 694	16,2	5,7
Städte Eisenach, Erfurt, Jena, Weimar	32 093	181,5	59 754	164,6	1,9
Thüringer Rhön	2 718	127,3	20 361	43,8	7,5
Thüringer Vogtland	6 480	136,6	11 715	111,8	1,8
Thüringer Wald	42 827	282,5	158 436	111,3	3,7
Übriges Thüringen ¹⁾	6 977	184,5	28 685	56,2	4,1
Thüringen	104 312	207,2	337 150	93,0	3,2
davon					
Bundesrepublik Deutschland	98 666	213,6	317 648	98,6	3,2
anderer Wohnsitz	5 646	126,1	19 502	31,9	3,5

1) Zum Reisegebiet „Übriges Thüringen“ gehören die Landkreise Sömmerda, Weimarer Land und der überwiegende Teil des Altenburger Landes.

Verbraucherpreisindex

Die Verbraucherpreise erhöhten sich im Januar 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat um 6,2 Prozent. Im Vergleich zum Monat Dezember 2021 stieg der Verbraucherpreisindex um durchschnittlich 1,5 Prozent und erreichte einen Indexstand von 113,4 (Basis: 2015 = 100).

Die Jahresteuersatzrate (Inflationsrate) stieg von 5,1 Prozent im Dezember 2021 auf 6,2 Prozent. Dies ist die höchste Inflationsrate seit 29 Jahren. Im Jahr 1993 betrug sie 10,3 Prozent, infolge der Umsetzung der Grundmietenverordnungen. Mit diesen Verordnungen wurden die ehemaligen DDR-Mieten an die Höhe der bundesdeutschen Mieten angeglichen.

Sprunghafter Anstieg der Energiepreise

Im Januar 2022 wurde ein sprunghafter Anstieg der Energiepreise beobachtet. Die Preise der Energieprodukte stiegen im Jahresvergleich um 28,3 Prozent. Am stärksten verteuerte sich Fernwärme (+46,0 Prozent). Gas, einschließlich Umlage, verteuerte sich um 43,7 Prozent, Heizöl, einschließlich Umlage, um 43,0 Prozent sowie Strom um 13,9 Prozent. Die Preise für Kraftstoffe, die auch dieser Produktgruppe zuzuordnen sind, erhöhten sich binnen eines Jahres um 23,7 Prozent.

Weitere auffällige Preiserhöhungen wurden im Jahresvergleich für Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör (+6,0 Prozent) sowie Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+5,3 Prozent) beobachtet. Besonders hohe Steigerungsraten wiesen im Jahresvergleich bei den Nahrungsmitteln Speisefette und Speiseöle (+17,4 Prozent), Gemüse

(+9,3 Prozent), Kaffee, Tee und Kakao (+9,1 Prozent), Brot und Getreideerzeugnisse (+5,7 Prozent), Molke-reiprodukte und Eier (+5,7 Prozent) sowie Fleisch und Fleischwaren (+5,0 Prozent) aus.

Im Vergleich zum Vormonat stiegen die Verbraucherpreise im Januar um durchschnittlich 1,5 Prozent. Im Wesentlichen wurde diese Entwicklung durch die stark gestiegenen Preise der Haushaltsenergie (+22,0 Prozent) verursacht. Preisnachlässe wurden im Januar für Bekleidung und Schuhe (-1,9 Prozent) gewährt.

Gewerbeanzeigen

Im Januar 2022 wurden insgesamt 1111 Gewerbean- und 1228 Gewerbeabmeldungen registriert (Dezember 2021: 872 Gewerbeanmeldungen und 1477 Gewerbeabmeldungen). Gegenüber Januar 2021 stieg die Zahl der Gewerbeanmeldungen um 4,8 Prozent an und die Zahl der Gewerbeabmeldungen um 0,4 Prozent.

Auf 100 Anmeldungen kamen 111 Abmeldungen

Das Verhältnis der Abmeldungen je 100 Anmeldungen erreichte im Januar dieses Jahres einen Wert von 111 (Januar 2021: 115 Abmeldungen je 100 Anmeldungen).

Sowohl bei den Gewerbeanmeldungen als auch bei den Gewerbeabmeldungen lag der Wirtschaftsbereich Handel und Gastgewerbe an 1. Stelle (32,1 Prozent aller Gewerbeanmeldungen und 33,0 Prozent aller Gewerbeabmeldungen). Während die Zahl der

Abbildung 13: Verbraucherpreisindex (Basis 2015 = 100) und Jahresteuersatzrate

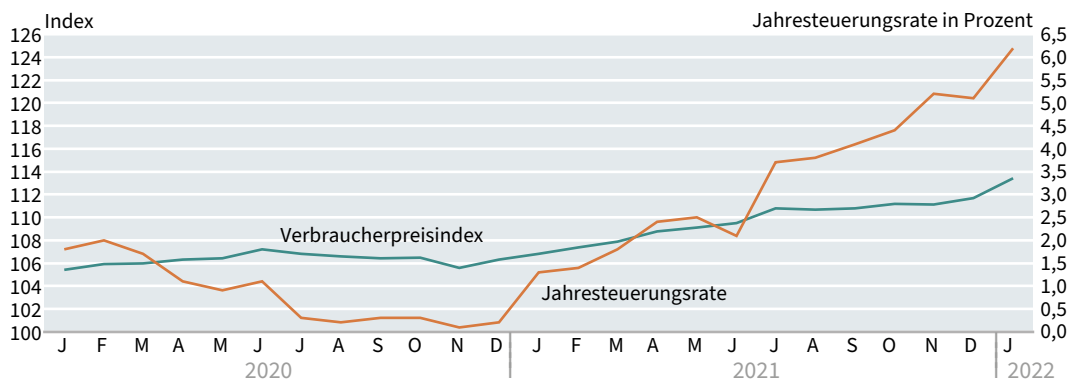
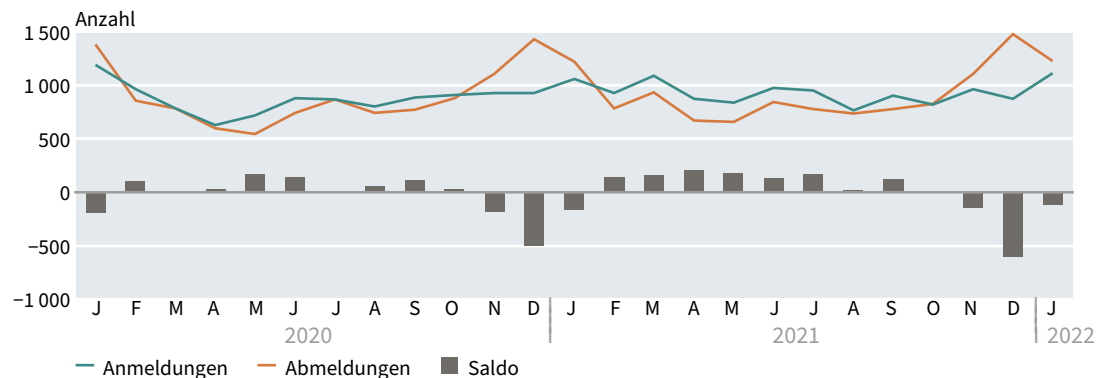


Abbildung 14: Gewerbean- und abmeldungen



Gewerbeanmeldungen gegenüber dem Vorjahresmonat in diesem Wirtschaftsbereich um 4,7 Prozent stieg, gingen die Gewerbeabmeldungen um 2,3 Prozent zurück. Das Verhältnis der Abmeldungen je 100 Anmeldungen lag hier bei einem Wert von 113.

zent deutlich stärker aus als bei den übrigen Schuld- nern (-7,7 Prozent).

Anteil der eröffneten Ver- fahren leicht rückläufig

Insolvenzen

Die Amtsgerichte in Thüringen entschieden im Ja- nuar 2022 über 177 Insolvenzverfahren. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren das 19 Insolvenzen bzw. 9,7 Prozent weniger. Von den Insolvenzen waren ins- gesamt 10 Unternehmen und 167 übrige Schuldner betroffen.

167 Verfahren aller Insolvenzanträge wurden im ersten Monat dieses Jahres eröffnet, 7 Verfahren wurden mangels Masse abgewiesen und 3 Verfahren endeten mit der Annahme eines Schuldenberei- nigungsplanes. Der Anteil der eröffneten Verfahren ging mit 94,4 Prozent leicht zurück (Januar 2021: 94,9 Prozent).

Starker Rückgang bei den Unternehmensinsolvenzen

Die voraussichtlichen Gläubigerforderungen bezif- ferten die Gerichte auf rund 36 Millionen Euro. Pro Verfahren standen Forderungen von durchschnittlich 202 Tausend Euro aus (Januar 2021: 146 Tausend Euro).

Sowohl bei den betroffenen Unternehmen als auch bei den übrigen Schuldner ging die Zahl der Insol- venzen gegenüber Januar 2021 zurück. Allerdings fiel der Rückgang bei den Unternehmen mit - 33,3 Pro-

Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Unternehmens- insolvenzen lag mit 3 Verfahren im Bereich „Bauge- werbe“ gefolgt vom „Verarbeitenden Gewerbe“ und

Abbildung 15: Insolvenzen nach Art des Schuldners

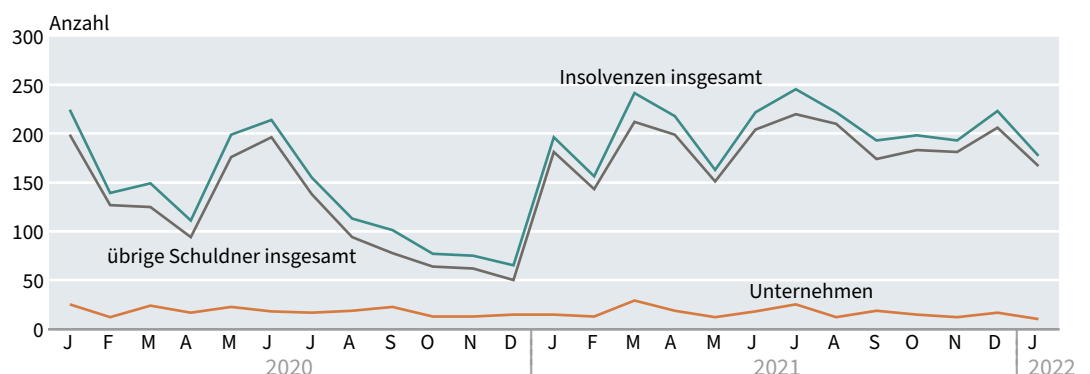
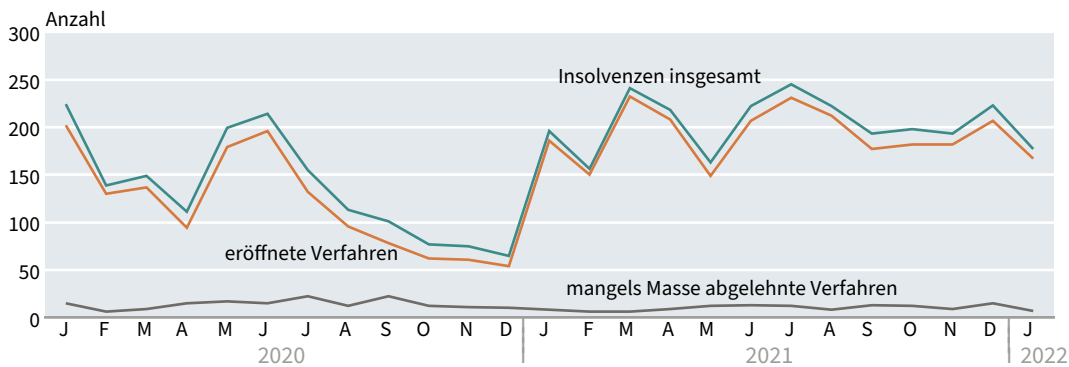


Abbildung 16: Insolvenzverfahren



vom „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit jeweils 2 Verfahren. Gegenüber dem Vorjahresmonat blieb die Zahl der Verfahren in den Bereichen „Baugewerbe“ und „Verarbeitendes Gewerbe“ konstant. Im Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ wurde von den Gerichten 1 Verfahren mehr gemeldet.

letzten Jahres auf 5,3 Prozent im Januar dieses Jahres. Im Januar 2021 lag die Arbeitslosenquote bei 6,4 Prozent (-1,1 Prozentpunkte).

Der Rückgang der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat spiegelte sich sowohl bei den weiblichen (-17,3 Prozent) als auch bei den männlichen Arbeitslosen (-16,7 Prozent) wider.

Arbeitsmarkt ¹⁾

Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Januar 2022 gegenüber dem Vormonat, u. a. auch saisonal bedingt, um 4391 Personen bzw. 8,0 Prozent auf 59018 Personen. Allerdings ist dies der geringste Anstieg in einem Januar in den letzten 10 Jahren. Gegenüber dem Vorjahresmonat waren 12019 Personen weniger arbeitslos gemeldet (-16,9 Prozent).

Der Anteil der Frauen betrug im Januar dieses Jahres 42,2 Prozent und lag mit 1,0 Prozentpunkten unter dem Vormonatswert (Januar 2021: 42,4 Prozent).

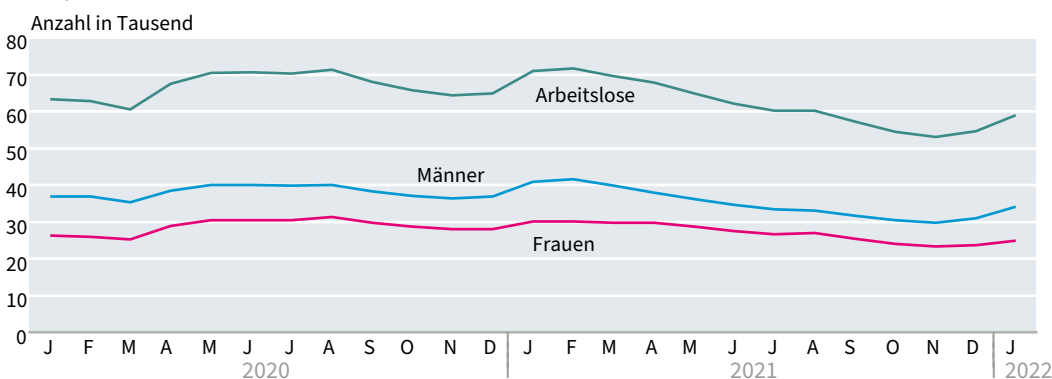
Auch auf Bundesebene stieg im Januar 2022 die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat an. Mit knapp 2,5 Millionen Arbeitslosen wurden im Januar dieses Jahres 5,7 Prozent mehr registriert als im Dezember 2021. Wie schon bei der Thüringer Entwicklung beobachtet, ging die Zahl der Arbeitslosen auch gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich zurück (-15,1 Prozent bzw. -438501 Personen).

Arbeitslosenquote unter Vorjahresniveau

Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) stieg von 4,9 Prozent im Dezember

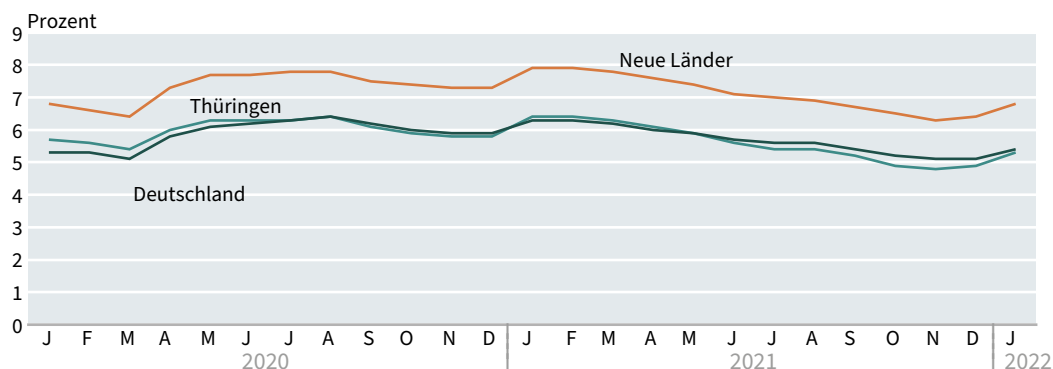
Im Vergleich der Bundesländer fiel der Rückgang der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahresmo-

Abbildung 17: Arbeitsmarkt



1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 18: Arbeitslosenquote in Thüringen, den neuen Bundesländern und Deutschland



nat in den alten Bundesländern etwas höher aus (-15,7 Prozent) als in den neuen Bundesländern (-13,3 Prozent).

Die Arbeitslosenquote lag deutschlandweit bei 5,4 Prozent und damit leicht über dem Thüringenwert (5,3 Prozent).

Knapp 7 Prozent der Arbeitslosen waren Jugendliche

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren stieg in Thüringen im Januar 2022 gegenüber dem Vormonat um 213 Personen bzw. 5,2 Prozent auf 4329 Personen an. Der Anteil an allen Arbeitslosen lag bei 7,3 Prozent. Gegenüber dem Januar 2021 wurden in dieser Gruppe 1398 Arbeitslose weniger gemeldet (-24,4 Prozent). Die Arbeitslosenquote

der Jugendlichen unter 25 Jahren (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) betrug im Januar dieses Jahres 4,8 Prozent (Dezember 2021: 4,6 Prozent; Januar 2021: 6,6 Prozent).

Deutschlandweit war ein ähnliches Bild bei der Entwicklung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren festzustellen. Auch hier wurden im Januar 2022 mehr arbeitslose Jugendliche registriert als im Dezember 2021. Mit 189 134 registrierten arbeitslosen Jugendlichen lag der Wert über dem Vormonat (+9320 Personen bzw. +5,2 Prozent). Im Vergleich zum Januar 2021 waren es dagegen 61809 arbeitslose Jugendliche weniger (-24,6 Prozent). Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 25 Jahren (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) betrug im Januar dieses Jahres deutschlandweit 4,1 Prozent und lag damit um 0,7 Prozentpunkte unter dem Thüringenwert.

Abbildung 19: Veränderung der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren gegenüber dem Vorjahresmonat

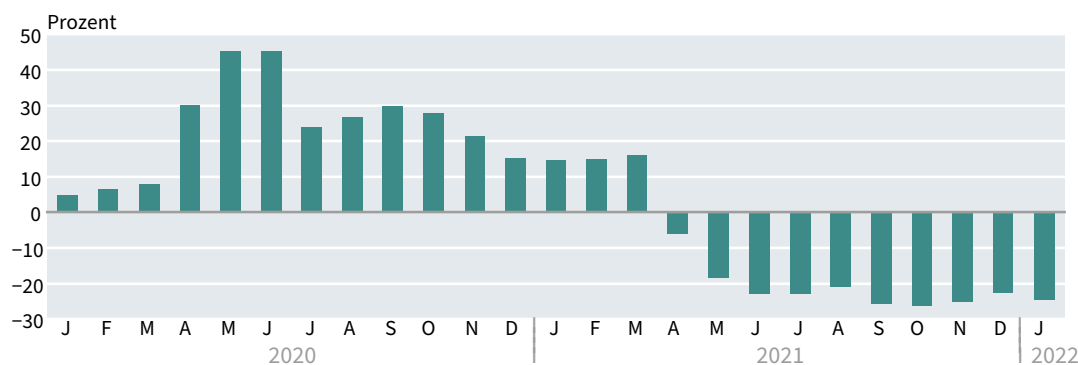
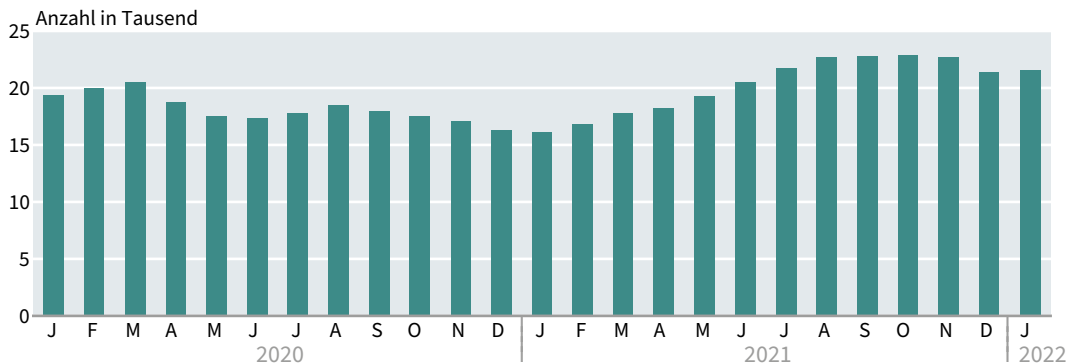


Abbildung 20: Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen



Bestand an offenen Arbeitsstellen wieder gestiegen

Die Stellenzugänge nahmen im Januar 2021 gegenüber dem Vormonat ab (-327 Stellen bzw. -7,4 Prozent), lagen aber mit 4098 Stellen über dem Vorjahreswert (Januar 2021: 3343 Stellen).

Der Bestand an offenen Arbeitsstellen war in Thüringen im Januar 2022 mit 21581 Stellen um 1,1 Prozent bzw. 235 Stellen höher. Gegenüber Januar 2021 waren es 5461 Stellen mehr (+33,9 Prozent). Damit hat sich der coronabedingte Einbruch des Stellenbestandes im Jahr 2020 und zu Beginn des Jahres 2021 wieder normalisiert.

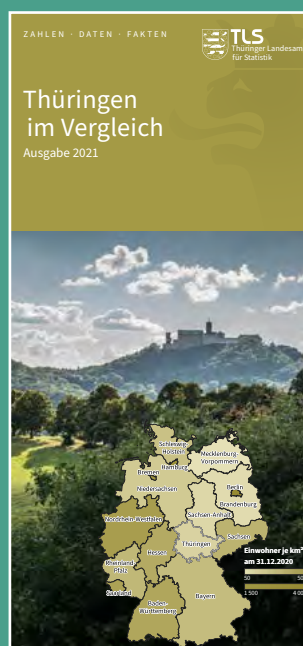
NEUAUFLAGE FALTBLATT „THÜRINGEN IM VERGLEICH“

Die neueste Auflage des Faltblattes Thüringen im Vergleich – Ausgabe 2021 ist erschienen.

Hier finden Sie Daten für Thüringen im Vergleich zu Deutschland und den anderen Bundesländern zu verschiedenen Bereichen wie beispielsweise Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Landwirtschaft, Bautätigkeit, Beherbergung, Verkehr und Bildung.

Die Veröffentlichung kann als PDF-Datei kostenlos im Internet unter www.statistik.thueringen.de heruntergeladen werden. Bestellen können Sie die Printausgabe (Bestellnummer: 80101) ebenfalls kostenlos beim

Thüringer Landesamt für Statistik
 Postfach 90 01 63
 99104 Erfurt
 Telefon: 0361 57331-9642
 Fax: 0361 57331-9699
 E-Mail: auskunft@statistik.thueringen.de





Dr. Holger Poppenhäger, geboren 1957, ist Präsident des Thüringer Landesamtes für Statistik.

BEVÖLKERUNG, MIKROZENSUS

Der Zensus 2022 in Thüringen^{*)}

I. Einleitung

Im Freistaat Thüringen wird im Jahr 2022 eine Volkszählung (Zensus) durchgeführt. Nach dem Zensus im Jahr 2011, der ersten gemeinsamen Volkszählung in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, wird der Zensus 2022 das nächste gemeinsame Großprojekt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Europäischen Union sein.

II. Die Volkszählung 2011

a) Rechtsgrundlagen

Die Verordnung der Europäischen Union 763/2008 vom 09.07.2008 verpflichtete die Mitgliedsstaaten der EU dazu, Daten anhand eines Katalogs von Merkmalen für die Volkszählung 2011 zu erheben. Dadurch wurden EU-Ergebnisse vergleichbar. Neben dem deutschen Zensusgesetz 2011¹⁾ regelte ein Landesgesetz²⁾ die Durchführung der Teilnahme an der Volkszählung in Thüringen. Das bundesweite Gesetz ist als Art. 1 des Gesetzes zur Anordnung des Zensus sowie zur Änderung von Statistikgesetzen am 16.07.2009 in Kraft getreten.

b) Die Durchführung des Zensus

Anders als bei vorherigen Volkszählungen erfolgte die Ermittlung der Einwohnerzahlen des Zensus 2011 nicht durch eine Vollerhebung, bei der die Interviewer von Haus zu Haus gehen und jeden einzelnen Bürger befragen. Stattdessen entschied sich der Gesetzgeber dafür, einem registergestützten Verfahren den Vorzug zu geben. Bei diesem Verfahren stellen Daten der Einwohnermelderegister die Basis für die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen dar.³⁾ Die Durchführung vor Ort war Aufgabe der Erhebungsstellen in den Landkreisen und kreisfreien In Thüringen wurden entsprechend den Verwaltungsgliederungen 23 Erhebungsstellen eingerichtet, davon 17 in Landkreisen und sechs in kreisfreien Städten. Circa 2 500 Erhebungsbeauftragte waren insgesamt unterwegs, um die thüringenweit rund 48 000 ausgewählten Anschriften zu begehen und dort die auskunftspflichtigen Bürger zu befragen.⁴⁾

Der im Jahr 2011 durchgeführte Zensus hat weiterhin für die amtliche Statistik, aber insbesondere für die Wissenschaft, Politik und Gesellschaft überragende Bedeutung. Die gewonnenen Erkenntnisse dienen der Sozialforschung ebenso wie der Städteplanung und sind Basis neuer Fortschreibungen.

c) Abstrakte Normenkontrolle vor dem Bundesverfassungsgericht

Im Jahr 2015 beantragten der Senat von Berlin und der Senat der Freien Hansestadt Hamburg die Durchführung eines Normenkontrollverfahrens beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG). Die abstrakte Normenkontrolle richtete sich vor allem gegen die methodisch begründete, ungleiche Behandlung von Gemeinden mit über und unter 10 000 Einwohnern. Das Gesetz habe an dieser Stelle die Stichprobenmethodik nicht exakt definiert und überlasse die genaue Ausgestaltung der Exekutive, was dem Parlamentsvorbehalt widerspräche. Somit werde außerdem gegen das Gebot interföderaler und interkommunaler Gleichbehandlung verstoßen. Ferner wurden Aspekte der Lösungsregeln und des Rechtsschutzes von den Antragstellern gerügt. Grund war, dass die dort ermittelten Einwohnerzahlen deutlich unter den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibungen lagen und damit für die beiden Stadtstaaten unter anderem zu erheblichen Einbußen beim Länderfinanzausgleich führten.⁵⁾

Das BVerfG erklärte im Urteil vom 19.09.2018⁶⁾ die Vorschriften über den Zensus 2011 für verfassungsgemäß. Im Urteil zum Zensus 2011 entwickelte das BVerfG seine bisherige Rechtsprechung zur amtlichen Statistik fort. Festgehalten wird vor allem am sogenannten Volkszählungsurteil vom 15.12.1983⁷⁾, das in seinen Kernaussagen bestätigt wird. Das BVerfG hatte seinerzeit aus dem Volkszählungsurteil am Beispiel der amtlichen Statistik das Recht auf informationelle Selbstbestimmung entwickelt und seither in ständiger Rechtsprechung daran festgehalten. Das BVerfG hatte in Bezug auf die amtliche Statistik ausgeführt, dass für den Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung die strikte Geheimhaltung der

*) Die Erstveröffentlichung dieses Beitrages erfolgte in den Thüringer Verwaltungsblättern 1/2022, S. 1 ff. Das Thüringer Landesamt für Statistik dankt für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.

1) Gesetz über den registergestützten Zensus im Jahre 2011, BGBl. I 2009, S. 1781.

2) Thüringer Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011, GVBl. 2010, S. 245.

3) Vgl. Horn, Zensus 2011 in Thüringen. Zwischenbericht nach Abschluss der Erhebungsphase zur Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl, Statistisches Monatsheft Oktober 2012, S. 24 – 38, hier S. 24 ff.

4) Vgl. Horn (Fn. 3), S. 28.

5) Vgl. Gößl, Der Zensus vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Urteil vom 19.09.2018, Bayern in Zahlen 10-2018, S. 684 – 695, hier S. 685; sowie vgl. Bierschenk/Leischner, Zur Verfassungsmäßigkeit der Vorschriften über den Zensus 2011. Die Besonderheiten der statistischen Zweckbindung nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, WISTA 1-2019, S. 11 – 18, hier S. 12 f.

6) BVerfG, Urte. d. Zweiten Senats v. 19.09.2018 – 2 BvF 1/15 –, Rn. (1-357), BVerfGE 150, 1.

7) BVerfG, Urte. d. Ersten Senats v. 15.12.1983 – 1 BvR 209/83 –, Rn. (1-215), BVerfGE 65, 1.

zu statistischen Zwecken erhobenen Einzelangaben unverzichtbar sei, solange ein Personenbezug noch besteht oder herstellbar ist (Statistikgeheimnis).⁸⁾

Neu im Urteil des BVerfG vom 19.09.2018 ist ein Verfassungsauftrag an den Bund, die Ermittlung realitätsgerechter Einwohnerzahlen von Bund und Ländern sicherzustellen. Das BVerfG leitet den Verfassungsauftrag, der sich nicht ausdrücklich im Grundgesetz findet, aus den Anknüpfungen an die Einwohnerzahlen im Grundgesetz ab.⁹⁾ Das BVerfG sieht aus der Gesamtschau der vom Grundgesetz vorgegebenen – insbesondere der verfassungsrechtlichen – Anknüpfungen einen grundsätzlichen Verfassungsauftrag an den Bund, die erforderlichen Einwohnerzahlen der Länder zu ermitteln, auch wenn eine ausdrückliche verfassungsrechtliche Regelung zur Durchführung von Volkszählungen im Grundgesetz nicht kodifiziert ist. Der Gesetzgeber müsse deshalb insbesondere die für die Ermittlung erforderlichen Grundlagen schaffen, ohne die eine realitätsnahe Ermittlung angesichts des Eingriffscharakters der Erhebung und der mangelnden Freiwilligkeit eines Teils der Bevölkerung aussichtslos erscheine. In der Sache erfordert dies die bundesgesetzliche Regelung eines den Zwecken der verfassungsrechtlichen Anknüpfungen genügenden Ermittlungsverfahrens sowie die Sicherstellung seiner ordnungsgemäßen Durchführung.¹⁰⁾ Auch wenn die Vorschriften über den Zensus 2011 daher vom BVerfG im vollen Umfang für verfassungsmäßig gehalten wurden, entbindet dies den Gesetzgeber nach Auffassung des BVerfG nicht davon, bei der Gestaltung zukünftiger Volkszählungen die Erfahrung mit dem vorausgegangenen Zensus zu berücksichtigen und die Erforderlichkeit von Anpassungen zu prüfen.¹¹⁾ Insbesondere müsse der Gesetzgeber den zur Verfügung stehenden Sachverstand der amtlichen Statistik und der Wissenschaft nutzen. Im Übrigen habe der Gesetzgeber einen Einschätzungs- und Gestaltungsspielraum, der beim Zensus 2011 wegen der Komplexität der Materie und wegen der Erprobung neuer Konzepte eher weiter denn enger war.¹²⁾

Ebenfalls durch das BVerfG bestätigt wurde damit der Methodenwechsel zu einem registergestützten Zensus, durch den in weiten Teilen von einer Befragung der Bevölkerung abgesehen werden konnte. Diese Methodik stand innerhalb des Normenkontrollverfahrens ebenfalls auf den Prüfstand des BVerfG und wurde von diesem im Urteil vom 19.09.2018 als verfassungsgemäß bestätigt.¹³⁾

III. Die Durchführung der Volkszählung im Jahr 2022

a) Die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 09.07.2008 über Volks- und Wohnungszählungen

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union haben mit der Verordnung über Volks- und Wohnungszählungen¹⁴⁾ die verbindliche Rechtsgrundlage für die Aufstellung gemeinsamer Regeln und für die Bereitstellung umfassender Daten über die Bevölkerung und die Wohnungssituation im Abstand von zehn Jahren geschaffen.¹⁵⁾

Nach Art. 5 der Verordnung (EG) 763/2008 hatte jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union einen Stichtag festzulegen. Dieser Stichtag musste in ein auf der Grundlage der Verordnung festgelegtes Jahr fallen (Bezugsjahr). Das erste Bezugsjahr war das Jahr 2011. Die Mitgliedsstaaten liefern im Auftrag der Kommission an Eurostat die nach der Verordnung erforderlichen endgültigen, validierten und akkreditierten Daten und die gemäß der Verordnung erforderlichen Metadaten innerhalb von 27 Monaten nach Ablauf des Bezugsjahrs.¹⁶⁾ Dies wurde damit begründet, dass Eurostat über hinreichend zuverlässige, ausführliche und vergleichbare Daten über die Bevölkerung und die Wohnungssituation verfügen müsse, um die Gemeinschaft in die Lage zu versetzen, die ihr obliegenden Aufgaben erfüllen zu können.¹⁷⁾

In den Erwägungsgründen der Verordnung wurde ausgeführt, dass statistische Daten über die Bevölkerung und die wichtigsten familiären, sozialen und wirtschaftlichen Merkmale sowie Wohnungsmerkmale der Einzelpersonen zur Planung und Festlegung regional-, sozial- und umweltpolitischer Maßnahmen benötigt würden. Insbesondere bestehe ein Bedarf an der Erhebung von genauen Daten über die Wohnungssituation zur Unterstützung verschiedener Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaft wie etwa der Förderung der sozialen Einbindung, des sozialen Zusammenhalts auf regionaler Ebene oder des Umweltschutzes und der Förderung der Energieeffizienz.¹⁸⁾

b) Das (ursprüngliche) Gesetz zur Durchführung des Zensus im Jahr 2021

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 104. Sitzung am 06.06.2019 den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung des Zensus im Jahr 2021¹⁹⁾ beschlossen. Der Bun-

8) Vgl. BVerfG, 1 BvR 209/83 –, Rn. (1-215), BVerfGE 65, 1. Grundlegend hierzu auch Poppenhäger, Die Übermittlung und Veröffentlichung statistischer Daten im Lichte des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, 1995.

9) Vgl. BVerfG, 2 BvF 1/15 –, Rn. (1-357); vgl. Gößl (Fn. 5), S. 686.

10) Vgl. BVerfG, 2 BvF 1/15 –, Rn. (1-357), hier Rn. 166.

11) Vgl. BVerfG, 2 BvF 1/15 –, Rn. (1-357), hier Rn. 300.

12) Vgl. BVerfG, 2 BvF 1/15 –, Rn. (1-357), hier Rn. 174; vgl. Gößl (Fn. 5), S. 687.

13) Vgl. Bierschenk/Leischner (Fn. 5), S. 11 ff.

14) Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 09.07.2008 über Volks- und Wohnungszählungen; ABl. L 218 vom 13.08.2008, S. 14 – 20.

15) Vgl. Art. 1 der Verordnung (EG) 763/2008.

16) Art. 5 Abs. 2 der Verordnung (EG) 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates.

17) Vgl. Erwägungsgrund 1 der Verordnung (EG) 763/2008.

18) Erwägungsgrund (2) der Verordnung (EG) 763/2008.

19) Gesetz zur Durchführung des Zensus im Jahr 2021 (ZensG 2021) vom 06.06.2019, BR-Drs. 256/19.

destag hatte aufgrund einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Heimat²⁰⁾ den Merkmalskatalog der Gebäude- und Wohnungszählung um die Merkmale „Energieträger für Gebäude“, „Leerstandsdauer“ und „Nettokaltmiete für Wohnungen“ erweitert und eine Stichprobenregelung zu länderspezifischen Gemeindezusammenschlüssen in das Gesetz aufgenommen.

Die Ergänzung der Erhebungsmerkmale zum Wohnungsleerstand wurde insbesondere dadurch begründet, dass es sich dabei um einen wichtigen Indikator für die Beurteilung von Wohnungsmärkten handele. So könnten z. B. mit belastbaren Erkenntnissen zum Leerstand Förderprogramme zielgerichtet ausgerichtet werden. Auch Informationen über die Mieten seien notwendig, um die Instrumente des Mietrechts, der sozialen Wohnraumförderung oder des Wohngeldes zielgerichtet einsetzen zu können. Die Gebäude- und Wohnungsdaten könnten bundesweit nur durch eine Vollerhebung bei allen Vermietern bzw. Verwaltern gewonnen werden. Da den Auskunftspflichtigen sowohl der Leerstand nebst Gründen als auch die Nettokaltmiete bekannt sei, entstehe ihnen nur ein geringer Aufwand.²¹⁾

Nach § 1 Abs. 1 ZensG 2021 (BGBl. I S. 1851 ff.) sollten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eine Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung (Zensus) mit Stand vom 16.05.2021 (Zensusstichtag) als Bundesstatistik durchführen. Nach § 23 Abs. 1 ZensG 2021 besteht für die Erhebungen Auskunftspflicht. Die Auskunftserteilung erfolgt grundsätzlich elektronisch. Für die Gebäude- und Wohnungszählung sind die Eigentümerinnen und Eigentümer, die Verwalterinnen und Verwalter sowie die sonstigen Verfügungs- und Nutzungsberechtigten der Gebäude oder Wohnungen auskunftspflichtig.²²⁾

Nur die Kenntnis der relevanten Daten und die Möglichkeit, die durch sie vermittelten Informationen mithilfe der Statistik zu nutzen, schaffe die notwendige Grundlage für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte Politik. Hierbei spiele der Zensus 2021 eine entscheidende Rolle. Durch den Zensus würden Basisdaten zur Bevölkerung, ihrer Erwerbstätigkeit und Wohnsituation gewonnen. An diese Daten knüpften politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Planungsprozesse beim Bund, bei den Ländern und den Gemeinden an. Für diese Aufgabe lässt sich der Zensus in zwei zentrale Erhebungsteile aufgliedern:

aa) Die Personenerhebungen dienen der Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl und der Erfassung von Zusatzmerkmalen über die Bevölkerung, die nicht bzw. nicht in ausreichendem Maße in amtlichen Registern vorliegen. Darunter zählen:

- eine Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis,
- die Erfassung von Bewohnern in Wohnheimen und an Gemeinschaftsunterkünften (sog. „Sonderbereiche“),
- die Wiederholungsbefragung als Kontrollbefragung zur Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl auf Stichprobenbasis.

bb) Die Gebäude- und Wohnungszählung ermittelt als Vollerhebung den Wohnungs- und Gebäudebestand und liefert weitere Informationen zu Wohngebäuden wie z. B. das Baujahr und die Heizungsart.²³⁾

Die Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis dient in erster Linie der Korrektur der in den Registern enthaltenen Daten. Darüber hinaus werden soziodemografische Daten erhoben und die Haushaltegenerierung durchgeführt.²⁴⁾

Die Begründung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung²⁵⁾ weist darauf hin, dass es permanente Aufgabe des Staates ist, die ökonomische und soziale Entwicklung der Gesellschaft zu begleiten und zu steuern. Hierfür bedürfe es einer umfassenden, kontinuierlichen sowie laufend aktualisierten Information über die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge.

c) Die Beratungen im Bundesrat

Der Bundesrat beschloss in seiner Sitzung am 28.06.2019 gemäß Art. 77 Abs. 1 GG den Vermittlungsausschuss als gemeinsames Gremium vom Bundestag und Bundesrat anzurufen, um das Gesetz überarbeiten zu lassen.

In den Gründen zur Anrufung des Vermittlungsausschusses stellt der Bundesrat zunächst darauf ab, dass der Zensus die zentrale Grundlage aller staatlichen Planungen in Bund, Ländern und Kommunen ist und daher als gesamtstaatliche Aufgabe des Bundes und der Länder auch gemeinsam verantwortet und durchgeführt werden muss. Vor

20) Vgl. BT-Drs. 19/1679.

21) BT-Drs. 19/10679, S. 9.8

22) Vgl. § 23 Abs. 1 ZensG 2021. In den Ländern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gab es bereits 1995 eine erste Gebäude- und Wohnungszählung; vgl. hierzu: Poppenhäger, Bereichsspezifischer Datenschutz und Statistische Geheimhaltung bei der Gebäude- und Wohnungszählung, LKV 1995, S. 313 ff.

23) Vgl. Begründung der Bundesregierung zum Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung des Zensus im Jahr 2021, ebenda.

24) Begründung der Bundesregierung zum Gesetz zur Durchführung eines Zensus im Jahr 2021, BR-Drs. 256/19, S. 24.

25) BR-Drs. 100/19, S. 22.

diesem Hintergrund müsse der Bund insbesondere auch finanziell Verantwortung für das gemeinsame Projekt Zensus 2021 übernehmen. Die Länder hätten deshalb bereits frühzeitig gefordert, dass der Bund sich an den Kosten der Länder zur Vorbereitung der Durchführung des Zensus 2021 beteiligen und eine auskömmliche Finanzaufweisung leisten solle.²⁶⁾

Darüber hinaus müsse die Aufwandsentschädigung für Erhebungsbeauftragte als steuerfreies und für Sozialleistungen oder Renten nicht anrechenbares Nebeneinkommen ausdrücklich festgelegt werden.²⁷⁾

In Ziffer 3 der Beschlussdrucksache des Bundesrates wird darauf gedrungen, dass im Falle der schriftlichen Auskunftserteilung die ausgefüllten Erhebungsvordrucke durch die Auskunftspflichtigen gebührenfrei übersandt werden können, wenn sie sich in amtlichen, hierfür vorgesehenen Umschlägen befinden. Der Bundesrat weist darauf hin, dass es seitens der Auskunftspflichtigen beim Zensus 2011 Kritik gegen das von ihnen zu entrichtende Porto gegeben habe.

In Ziffer 6 seiner Beschlussempfehlung fordert der Bundesrat vom Bund schließlich eine hälftige Beteiligung der den Ländern entstehenden Kosten. Nach derzeitigem Kenntnisstand sei mit voraussichtlichen Länderkosten in Höhe von insgesamt 826,3 Mio. Euro für die Vorbereitung und Durchführung des Zensus 2021 zu rechnen. Vor diesem Hintergrund sei eine finanzielle Absicherung der Länder dringend geboten und den Ländern zum Ausgleich der Kosten für die Vorbereitung und Durchführung des registergestützten Zensus 2021 bis zum Zensusstichtag eine Finanzaufweisung in Höhe von 415 Mio. Euro zu gewähren.²⁸⁾ Überstiegen die Kosten der Länder für die Vorbereitung und Durchführung des Zensus 2021 das Doppelte dieser Finanzaufweisung, sei in einem zweiten Schritt den Ländern zusätzlich eine Nachzahlung zu gewähren.

d) Die Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses

Der Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat beschloss in seiner Sitzung am 06.11.2019, eine Reihe von Änderungen des bereits vom Bundestag beschlossenen Gesetzes vorzuschlagen. So sollte § 20 Abs. 3 wie folgt gefasst werden:

„Sofern die Erhebungsbeauftragten ehrenamtlich eingesetzt werden, erhalten sie für ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung. Die Aufwandsentschädigungen der Erhebungsbeauftragten nach

diesem Gesetz unterliegen nicht der Besteuerung nach dem Einkommenssteuergesetz.“²⁹⁾ Damit kam der Vermittlungsausschuss der Forderung des Bundesrates nach, die Aufwandsentschädigung der Interviewer als steuerfreies und für Sozialleistungen oder Renten nicht anrechenbares Nebeneinkommen festzuschreiben.

Weiterhin schlug der Vermittlungsausschuss vor, § 23 des Gesetzes so zu ändern, dass im Falle der schriftlichen Auskunftserteilung die ausgefüllten Erhebungsvordrucke gebührenfrei übersandt werden können, wenn sie sich in amtlichen, hierfür vorgesehenen Umschlägen befinden. In seinen Beratungen, die zur Anrufung des Vermittlungsausschusses führten, hatte der Bundesrat bereits darauf hingewiesen, dass es beim Zensus 2011 seitens der Auskunftspflichtigen Kritik gegen das von ihnen zu entrichtende Porto gegeben habe. Dies hatte Personalkapazitäten in den Statistikämtern gebunden und Strafporto zur Folge gehabt. Die jetzige Regelung lehnt sich an die bewährte Praxis der Versendung von Briefwahlunterlagen für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen an. Eine derartige Regelung führt zu mehr Auskunftsbereitschaft, geringeren Kosten und weniger persönlichen Nachfragen.³⁰⁾

Schließlich beschloss der Vermittlungsausschuss eine Finanzaufweisung des Bundes gegenüber den Ländern zum Ausgleich der Kosten der Vorbereitung und Durchführung des Zensus am 01.07.2021 sowie am 01.07.2022 über jeweils 150 Mio. Euro.³¹⁾ Damit reagierte der Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat auf die Forderungen des Bundesrates nach einer Finanzaufweisung in Höhe von 415 Mio. Euro.

Der Bundesrat stimmte daraufhin dem Zensusgesetz 2021 in der vom Vermittlungsausschuss vorgeschlagenen und vom Bundestag beschlossenen Fassung in seiner Sitzung am 08.11.2019 einstimmig zu (BGBl I S. 1851 ff.).

e) Das Gesetz zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung am 05.11.2020 das Gesetz zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes³²⁾ beschlossen. In der Begründung zum Entwurf des Gesetzes führt die Bundesregierung aus, dass sich mit der Corona-Krise in Deutschland erhebliche Einschränkungen des öffentlichen Lebens, aber auch bei der Aufgabenerfüllung der Verwaltung ergeben hätten. In den Statistischen Ämtern des

26) BT-Drs. 19/11302, S. 1.

27) BT-Drs. 19/11302, Nr. 2.

28) Beschlussempfehlung 6 des BR, BT-Drs. 19/11302, S. 5 ff.

29) Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zum Zensusgesetz 2021, BT-Drs. 19/14700, S. 2.

30) Vgl. BR-Drs. 256/19, S. 2 f.

31) Die Verteilung der Finanzaufweisung ist im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern bis spätestens 31.03.2020 festzulegen, BT-Drs. 19/14700, S. 3.

32) BR-Drs. 665/20.

Bundes und der Länder mussten zum Teil in erheblichem Umfang Personal für andere Aufgaben – z. B. zur Unterstützung der Gesundheitsämter – abgezogen werden, und die Vorbereitungsarbeiten für den Zensus 2021 konnten nicht wie geplant durchgeführt werden. Eine planmäßige Durchführung des Zensus im Jahr 2021 könne daher nicht mehr sichergestellt werden.³³⁾

Der Stichtag des Zensus wird daher um ein Jahr verschoben, die erforderlichen Datenlieferungen werden an den neuen Zensus-Stichtag angepasst. Trotz Verschiebung sollen alle Bemühungen ergriffen werden, auf einer Einhaltung der EU-Zeitvorgaben hinzuwirken und Abweichungen möglichst kleinzuhalten. Für den Fall, dass aufgrund der Corona-Pandemie oder anderer zwingender Gründe eine erneute Verschiebung des Zensus-Stichtages erforderlich werden sollte, wird die Bundesregierung ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates die notwendigen Anpassungen durch Rechtsverordnungen vorzunehmen (Art. 1 des Gesetzes zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022, § 16a).³⁴⁾

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme gefordert, auch die Regelung zur Kostentragung in § 36 des Zensusgesetzes 2021 zu ändern. Durch die Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 mit Stichtag 15.05.2022 entstünden den Ländern zusätzliche Kosten in Höhe von 87,6 Mio. Euro. Es sei folgerichtig, dass sich der Bund auch an diesen Zusatzkosten der Länder mit 32 Mio. Euro/p. a. beteilige.³⁵⁾ Der Deutsche Bundestag ist dieser Anregung des Bundesrates in seinem Gesetzesbeschluss vom 05.11.2020 nicht gefolgt. Nachdem der Bundesrat in seiner Sitzung am 27.11.2020 entschied, den Vermittlungsausschuss nicht anzurufen, ist das Gesetz zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 am 10.12.2020 in Kraft getreten.³⁶⁾

IV. Die Durchführung des Zensus 2022 in Thüringen

a) Regionale Informationen

Die Durchführung des Zensus dient neben der Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl vor allem der Gewinnung von regional tief gegliederten Daten, unter anderem zur Bevölkerung, zur Erwerbstätigkeit und dem Gebäude- und Wohnungsbestand in Thüringen. Dazu wird die Gebäude- und Wohnungszählung im Rahmen des Zensus 2022 als Vollerhebung durchgeführt. Erhebungseinheiten der Gebäude- und Wohnungszählung sind Gebäude mit Wohnraum, bewohnte Unterkünfte und Woh-

nungen.³⁷⁾ Auskunftspflichtig für die Gebäude- und Wohnungszählung sind die Eigentümerinnen und Eigentümer, die Verwalterinnen und Verwalter sowie sonstige Verfügungs- und Nutzungsberechtigte (§ 24 Abs. 1 ZensG 2021).

Im Gegensatz hierzu wird die Haushaltebefragung auf der Basis einer Stichprobe durchgeführt. Wie im Zensus 2011 wird bundesweit nur etwa jeder zehnte Einwohner für die Haushaltebefragung um Auskunft gebeten. In Thüringen sind etwa 15 % der Einwohner betroffen.³⁸⁾

b) Die Stichprobenauswahl in Thüringen

Das Urteil des BVerfG vom 19.09.2018³⁹⁾ hatte sich aufgrund der Klage der Stadtstaaten Berlin und Hamburg auch mit der Methodik zur Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen auseinanderzusetzen. Zwar wurde die beim Zensus 2011 noch existierende methodische Unterscheidung von Gemeinden über und unter 10 000 Einwohnern bei der Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen nicht für verfassungswidrig erklärt, der Gesetzgeber sei jedoch verpflichtet, die bestehende Ungleichbehandlung im Hinblick auf zukünftige Zensusverfahren zu überprüfen. Dabei sei insbesondere die Evaluation des Zensus 2011 von Bedeutung.⁴⁰⁾

Die Auswirkungen der Rechtsprechung des BVerfG betreffen auch Thüringen. Auch in kleinen Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern ist damit eine Stichprobe durchzuführen. Die kleingliedrige Gemeindestruktur des Freistaates führt somit zu einem Anstieg des Stichprobenumfangs. Hierfür hat der Gesetzgeber im Zensusgesetz eine mildernde Regelung getroffen, die als sogenannte „VG-Option“ bezeichnet wird. Diese VG-Option ermöglicht es den Ländern, einzelne Gemeinden für die Stichprobenziehung zusammenzufassen, sofern es die politische Struktur des jeweiligen Bundeslandes ermöglicht. Nach § 11 Abs. 1 Nr. 5 ZensG 2021 gelten als Gemeinden nach Satz 2 in Thüringen neben den Städten und Gemeinden, die keiner Verwaltungsgemeinschaft angehören, auch Verwaltungsgemeinschaften.⁴¹⁾

c) Die Online-First-Strategie

Um eine effiziente grundrechtsschonende Durchführung des Zensus 2021 zu ermöglichen, haben sich die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder auf eine sogenannte „Online-First-Strategie“ verständigt. Im Kern sieht dieses Vorgehen die Online-Selbstauskunft als primären Meldeweg für die Auskunftspflichtigen der Gebäude- und Wohnungszählung sowie der Haushaltebefragung vor.⁴²⁾ Damit sinkt nicht nur der Verwaltungsaufwand für die

33) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Heimat zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drs. 19/22848, 19/23566, 19/23839 Nr. 8 – BR-Drs. 19/24041, S. 1.

34) Für die Einhaltung der EU-Zeitvorgaben werden auch Rückrechnungen zu prüfen sein, vgl. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Heimat zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, BR-Drs. 19/24041, S. 1.

35) BR-Drs. 19/23566, S. 1.

36) BGBl I S. 2675.

37) § 9 Abs. 2 ZensG 2021.

38) ThürStAnz Nr. 41/2019, hinteres Deckblatt.

39) BVerfG, Urt. v. 19.09.2018, www.rechtsprechung-im-internet.de/j-portal.

40) BVerfG, Urt. v. 19.09.2018, www.rechtsprechung-im-internet.de/j-portal; Rn. 301, 334.

41) Bei Anwendung dieser sog. VG-Option reduziert sich der Stichprobenumfang in Thüringen von 460 000 Befragten auf in etwa 335 000 Befragte, was nicht nur einen geringeren Organisationsaufwand für die Durchführung des Zensus 2021 bedeutet, sondern auch ein grundrechtsschonenderes Verfahren darstellt. Bei den kleinen Gemeinden von weniger als 1000 Einwohnern kann durch die Zusammenfassung auf der Ebene der Verwaltungsgemeinschaften die Anzahl der „Gemeinden“ im Sinn des Zensus 2021 von über 400 auf 78 gesenkt werden, die Anzahl der Vollerhebungen kann von 160 auf 30 sinken.

42) ThürStAnz Nr. 41/2019, hinteres Deckblatt.

Statistischen Landesämter und deren an geschlossene Erhebungsstellen. Die Online-First-Strategie sorgt auch dafür, dass die Befragten ihrer Meldepflicht komfortabel und grundrechtsschonend via Tablet, Smartphone oder PC ohne den Einsatz eines Interviewers nachkommen können. Dennoch sieht § 23 ZensG 2021 auch die Form der schriftlichen Auskunftserteilung vor. Im Falle der schriftlichen Auskunftserteilung können die ausgefüllten Erhebungsvordrucke gebührenfrei übersandt werden, wenn sie sich in amtlichen, hierfür vorgesehenen Umschlägen befinden.

d) Die Durchführung des Zensus in Thüringen

Zur Durchführung des Zensus 2022 als gesamtstaatliches Großprojekt hat der Thüringer Landtag das Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2022⁴³⁾ beschlossen, in dem ergänzende Regelungen zum Bundesgesetz und damit die organisations- und verfahrensrechtlichen Bestimmungen für die Durchführung des Zensus in Thüringen normiert werden. Nach § 3 Abs. 1 ThürAGZensG 2022 sind die kreisfreien Städte und Landkreise zur Durchführung des Zensus 2022 verpflichtet. Das Landesamt für Statistik stellt die vom Statistischen Bundesamt zur Erfüllung der Aufgaben der örtlichen Erhebungsstellen entwickelten erforderlichen zentralen Verfahren zur Informations- und Datenverarbeitung bereit (§ 1 Abs. 2 ThürAGZensG 2022). In den kreisfreien Städten und Landkreisen waren bis zum 31.10.2021 örtliche Erhebungsstellen voll betriebsbereit einzurichten. Zu diesem Zeitpunkt begannen bereits die Arbeiten (z. B. Vorerhebungen für die Gebäude- und Wohnungszählung) der Erhebungsstellen. Das Ende der Aufgabenerfüllung und damit die Auflösung der Erhebungsstellen kann aufgrund der Komplexität des Zensus vorab nicht konkret bestimmt werden. Aus diesem Grund wird die Auflösung der Erhebungsstellen mit einer Zulässigkeitsklärung durch das Thüringer Landesamt für Statistik verbunden.⁴⁴⁾

Die örtlichen Erhebungsstellen sind für die Dauer der Verarbeitung von Einzelangaben im Rahmen der Durchführung des Zensus 2022 räumlich und organisatorisch von anderen Verwaltungsstellen zu trennen, gegen den Zutritt unbefugter Personen zu schützen und mit eigenem Personal auszustatten.⁴⁵⁾ Die in den örtlichen Erhebungsstellen tätigen Personen sind vom Oberbürgermeister bzw. vom Landrat vor Beginn ihrer Tätigkeit über die Beachtung und die gesetzlichen Gebote und Verbote zur Sicherung des Datenschutzes zu belehren und auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses schriftlich zu verpflichten.⁴⁶⁾ Mit dieser Regelung wird im Wesentlichen den in § 19 Abs. 2 und 3 ZensG 2022 und den in § 21 Abs.

3 i. V. m. § 20 Abs. 2 und 3 des Thüringer Statistikgesetzes (ThürStatG) enthaltenen Bestimmungen zur Abschottung der Erhebungsstellen von anderen Verwaltungsstellen gefolgt und damit die statistische Geheimhaltung als Grundprinzip der amtlichen Statistik sowie der informationellen Gewaltenteilung gewährleistet.⁴⁷⁾

In § 6 Abs. 3 ThürAGZensG 2022 sind besondere Vorkehrungen zum Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung im Hinblick auf die Verarbeitung von statistischen Einzelangaben vorgesehen. Die örtlichen Erhebungsstellen haben hier für die Datensicherungsmaßnahmen Sorge zu tragen. Ein entsprechendes Sicherheitskonzept wird vom Thüringer Landesamt für Statistik erarbeitet und zur Verfügung gestellt.⁴⁸⁾ Einzelheiten der Abschottung sind in einer Dienstanweisung des Oberbürgermeisters bzw. des Landrats zu regeln.⁴⁹⁾

Bei der Durchführung des Zensus 2022 ist der Einsatz von Erhebungsbeauftragten unverzichtbar. Erhebungsbeauftragte sind Personen, die bei der Durchführung des Zensus Aufgaben außerhalb der örtlichen Erhebungsstellen wahrnehmen. Die örtlichen Erhebungsstellen haben die für die Durchführung der Erhebung nach § 8 ThürAGZensG 2022 benötigten Erhebungsbeauftragten auszuwählen, zu bestellen, auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses und des Datenschutzes schriftlich zu verpflichten und über ihre Rechte und Pflichten zu belehren (§ 9 Abs. 1 ThürAGZensG 2022). Die Erhebungsbeauftragten werden insbesondere für die Durchführung der Existenzfeststellung und im Rahmen der Personenerhebungen benötigt. Ihre zentrale Aufgabe ist es, die Personen an einer Stichprobenanschrift oder an einer Anschrift mit Sonderbereichen zu erfassen, deren Kernmerkmale zur Existenzfeststellung aufzunehmen und über den weiteren Verfahrensablauf zur Meldung von Merkmalen aufzuklären, falls die betreffende Anschrift für die zusätzliche Befragung nach § 11 Abs. 1 ZensG 2022 bzw. § 17 Abs. 1 ausgewählt wurde.

§ 9 Abs. 3 ThürAGZensG 2022 bestimmt, dass zur Übernahme der ehrenamtlichen Tätigkeit als Erhebungsbeauftragter alle Bürger verpflichtet sind, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Damit wird im Hinblick auf die große Anzahl der bei der Durchführung der Erhebungen nach dem Zensusgesetz erforderlichen Erhebungsbeauftragten eine Verpflichtung zur Übernahme der Tätigkeit als Erhebungsbeauftragter verankert. Nur so könne gewährleistet werden, dass die landesweit benötigten Erhebungsbeauftragten gewonnen werden können.

43) Thüringer Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2022 (ThürAGZensG 2022), GVBl. 2021, S. 383.

44) Vgl. Begründung der Landesregierung zu § 3 Abs. 4; LT-Drs. 7/2237 S. 16.

45) § 6 Abs. 1 ThürAGZensG 2022.

46) § 6 Abs. 3 ThürAGZensG 2022.

47) Vgl. Begründung der Landesregierung zu § 6 ThürAGZensG 2022; grundlegend zum Statistikgeheimnis vgl. Poppenhäger (Fn.8).

48) Begründung der Landesregierung zu § 6 Abs. 3 ThürAGZensG 2022, LT-Drs. 7/2237, S. 17.

49) Vgl. insoweit die enumerative Aufzählung der erforderlichen Regelungen in § 6 Abs. 4 ThürAGZensG 2022.

50) Vgl. Begründung der Landesregierung zum ThürAGZensG 2022, zu § 9 Abs. 3; LT-Drs. 7/2237, S. 21.

ten.⁵⁰⁾ Die generelle Verpflichtung betrifft damit Deutsche im Sinn des Art. 116 GG, aber auch Unionsbürger, d. h. Personen, die die Staatsbürgerschaft eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzen.

Nach § 14 Abs. 1 ThürAGZensG 2022 gewährt das Land den kreisfreien Städten und den Landkreisen mit örtlicher Erhebungsstelle für die mit dem Zensus 2022 verbundenen Mehrbelastungen einen angemessenen finanziellen Ausgleich. Der Mehrbelastungsausgleich setzt sich zusammen aus einem Grundbetrag für die Errichtung und den Betrieb der örtlichen Erhebungsstellen und einem aufwandsbezogenen variablen Betrag (§ 14 Abs. 1 ThürAGZensG 2022).

V. Zusammenfassung und Ausblick

Vor Inkrafttreten der Gesetze zur Durchführung des Zensus im Jahr 2022 hat das BVerfG mit seinem Urteil vom 19.09.2018⁵¹⁾ Rechtsklarheit über den Zensus 2011 und damit auch für die Durchführung des Zensus 2022 geschaffen. Das BVerfG hatte festgestellt, dass die angegriffenen Vorschriften, die die Vorbereitung und Durchführung des Zensus 2011 zum Gegenstand hatten, mit der Verfassung vereinbar waren. Auch ein Eileintrag gegen die testweise Datenübermittlung für den Zensus 2021 blieb vor dem BVerfG erfolglos.⁵²⁾

Die unterschiedlichen Gemeindestrukturen der Länder erforderten bei der Definition der der Stichprobe zugrunde liegenden Gebietseinheiten jedoch einen differenzierteren Ansatz. Um der Stichprobe besser vergleichbare Gebietseinheiten zugrunde legen zu können, gelten für die Durchführung des Zensus nach § 11 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 ZensG 2021 für die Zwecke des Zensus 2022 auch Verwaltungsgemeinschaften als Gemeinden.

Diese Sonderregelung führt insgesamt zu einer Verringerung des Stichprobenumfangs und ist damit auch für die betroffenen Bürger grundrechtsschonender und für die Verwaltungen und Steuerzahler kostensparender.

Deutschland ist nach dem Recht der Europäischen Union verpflichtet, nicht nur im Jahr 2022, sondern (in nicht so ferner Zukunft) auch im Jahr 2031 einen Zensus durchzuführen. Ob bis dahin das Ziel erreichbar ist, (ausschließlich) registerbasierte Bevölkerungszahlen zu ermitteln,⁵³⁾ bleibt abzuwarten. Die Überlegungen für die Zeit nach der Durchführung

des Zensus 2022 haben bereits begonnen.⁵⁴⁾ Bevor dies möglich ist, sind die rechtlichen Rahmenbedingungen zu ändern, und eine umfassende Registermodernisierung in Deutschland ist in Gang zu setzen. Bisher werden Zensusergebnisse zu Gebäuden und Wohnungen alle zehn Jahre im Rahmen einer Befragung von allen Eigentümern gewonnen. Ein flächendeckendes Register mit den erforderlichen Merkmalen gibt es bisher in Deutschland nicht.⁵⁵⁾

Der Deutsche Bundestag hat daher am 09.06.2021 das Gesetz zur Erprobung von Verfahren eines Registerzensus (Registerzensuserprobungsgesetz – RegZensErpG)⁵⁶⁾ verabschiedet. Das Gesetz regelt die Erprobung von Verfahren eines Zensus, bei dem die Daten aus vorhandenen Datenbeständen gewonnen werden (Registerzensus), sowie die Erstellung ergänzender Bevölkerungsstatistiken (vgl. § 1 RegZensErpG). Nach der Begründung der Bundesregierung zum Entwurf eines Registerzensuserprobungsgesetzes⁵⁷⁾ machten es sowohl die Anforderungen an die Ermittlungen der Bevölkerungszahlen auf europäischer Ebene als auch der Auftrag aus dem Urteil des BVerfG vom 19.09.2018 erforderlich, dass zur Gewinnung realitätsgerechter Einwohnerzahlen stets der aktuelle Stand der wissenschaftlich anerkannten Methoden angewendet werden müsse. Daher sei die Erprobung eines registerbasierten Verfahrens der Datenermittlung rechtlich zu regeln. Ziel sei die Erprobung von Verfahren für eine registerbasierte Gewinnung der Zensusdaten aus bereits in der Verwaltung vorhandenen Daten – ohne primärstatistische Befragungen.⁵⁸⁾

Nicht zuletzt ist daher der politische Willensbildungsprozess im Hinblick auf die für eine vollständig registerbasierte Datengewinnung erforderliche Registerinfrastruktur abzuwarten. Der hauptsächlich strittige Punkt ist der sogenannte Personenidentifikator, der für ein solches Vorgehen nötig wäre. Bis dahin wird zunächst in Thüringen der Zensus 2022 (als Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung) nach dem im Jahr 2011 grundsätzlich bewährten Verfahren in gemeinsamer Verantwortung des Landesamtes für Statistik, der kreisfreien Städte und der Landkreise durchgeführt. Er soll diejenigen Basisdaten zur Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Wohnsituation liefern, auf denen die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Planungsprozesse bei Bund, Ländern und Gemeinden, aber auch das statistische Gesamtsystem aufbauen.

51) www.rechtsprechung-im-internet.de/j-portal.

52) Vgl. www.bundesverfassungsgericht.de.

53) Thiel, Sonderheft Zensus 2021, WISTA 2019, S. 3.

54) Vgl. Körner/Krause/Ramsauer, WISTA 2019, S. 74 ff.

55) Zu den Schwierigkeiten der Entwicklung eines solchen Registers vgl. Körner/Krause/Ramsauer, WISTA 2019, S. 80, 82.

56) Gesetz zur Erprobung von Verfahren eines Registerzensus und zur Änderung von statistikrechtlichen Vorschriften, BGBl I, S. 1649.

57) BR-Drs. 140/21, S. 1 ff.

58) Neben der Erprobung von Verfahren für einen registerbasierten Zensus müssten daher zugleich die Voraussetzungen geschaffen werden, hilfs- und übergangsweise ab dem Jahr 2024 geocodierte Bevölkerungszahlen aus einer Kombination der Bevölkerungsfortschreibung mit jährlichen Melderegisterauszügen zu schätzen, vgl. Begründung zum Entwurf eines Gesetzes zur Erprobung von Verfahren eines Registerzensus, BR-Drs. 140/21, S. 1. Der vorliegende Gesetzentwurf schaffe damit die rechtlichen Voraussetzungen für die Erprobung von Verfahren für die künftige registerbasierte Ermittlung der Bevölkerungszahlen, vgl. Begründung der Bundesregierung zum Entwurf eines Gesetzes zur Erprobung von Verfahren eines Registerzensus, BR-Drs. 140/21, S. 2.

TROCKENE ZAHL

47714

POLIZEILICH ERFASSTE UNFÄLLE WURDEN
IM JAHR 2021 GEMELDET

(DAS WAREN 21,2 PROZENT WENIGER ALS 2004)



Dr. Franziska Tollnek
Referentin im Referat
„Zensus“ des Statistischen
Landesamtes Baden-Würt-
temberg

BEVÖLKERUNG, MIKROZENSUS

Zensus 2022: Die Vorbefragung der Gebäude- und Wohnungszählung ^{*)}

Die erste große Erhebung im Zensus

Der Zensus 2022 nimmt Fahrt auf: Die Vorbefragung der Gebäude- und Wohnungszählung im Jahr 2021 war die größte qualitätssichernde Maßnahme und die erste große Erhebung im Zensus. Mit Start am 24. September 2021 wurden in Thüringen rund 150 000 auskunftspflichtige Personen zu insgesamt mehr als 190 000 Wohnobjekten befragt. Es war somit auch ein erster großer Lasttest für alle Systeme und Prozesse, die eigens für die Gebäude- und Wohnungszählung eingerichtet wurden.

Gebäude- und Wohnungszählung 2022 und Vorbefragung 2021: Ziel und Zweck

Um Ziel und Zweck der Vorbefragung 2021 nachzuvollziehen, ist es hilfreich, zunächst das Ziel der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) 2022 näher zu beleuchten: Im Zuge der GWZ 2022 soll für jede Gebäudeanschrift bzw. jede Wohnung in einem Gebäude, eine auskunftspflichtige Person angeschrieben und zu ihrem Wohnobjekt befragt werden.¹⁾ Zu den auskunftspflichtigen Personen gehören Eigentümer/-innen und Verwaltungen sowie sonstige Verfügungs- und Nutzungsberechtigte.²⁾

Die Fragen der GWZ 2022 beziehen sich sowohl auf das Gebäude als auch die Wohnungen in einem Gebäude. Enthalten sind unter anderem Fragen zu Art und Baujahr jedes Wohngebäudes, der Anzahl und Größe der Wohnungen, sowie der überwiegenden Heizungsart.³⁾ Die Ergebnisse der GWZ dienen – zusammen mit den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen des Zensus – als wichtige Grundlage für wohnungspolitische Entscheidungen und Maßnahmen. Insbesondere die gegenüber dem Zensus 2011 neu aufgenommenen Merkmale Nettokaltmiete und eingesetzter Energieträger werden für zukünftige Entscheidungen von großer Bedeutung sein.

Die Vorbefragung 2021 war eine vorbereitende Maßnahme für die GWZ 2022. Diese hatte zum Ziel, eine umfassende Qualitätssicherung der Angaben zu Wohnobjekten und Eigentümer/-innen durchzuführen, die dem Statistischen Landesamt aus unterschiedlichen Quellen vorlagen (siehe nachfolgendes Kapitel). Mithilfe der Antworten aus der Vorbefragung 2021 soll sichergestellt werden, dass zum Zensusstichtag am 15. Mai 2022 zu jedem Wohnobjekt in Thüringen mindestens eine auskunftspflichtige Person befragt werden kann.

Gibt es keine Register zu Gebäuden und Wohnungen, auf die zurückgegriffen werden kann?

In Deutschland existieren derzeit keine flächendeckenden Register, die Daten zu Bestand und Struktur der Gebäude und Wohnungen enthalten. Daher werden diese Daten bei den Eigentümer/-innen und Verwaltungen im Rahmen der GWZ erhoben. Zur Ermittlung der Eigentümerdaten stehen dem Statistischen Landesamt unterschiedliche Quellen zur Verfügung. Zu den benötigten Daten gehören zum Beispiel Name und Zustellanschrift der Eigentümerinnen und Eigentümer sowie die Anschrift der betreffenden Objekte. Welche Quellen genutzt werden können, ist in den §§ 8 und 12 Zensusvorbereitungsgesetz 2022 (ZensVorbG 2022) geregelt.

Im Zuge der Zensusvorbereitung wurden diese Datenquellen umfangreich aufbereitet und auf ihre Eignung für die GWZ geprüft: So sind die Daten aus der einen Quelle von höherer Aktualität als in einer anderen Quelle, jedoch weniger geeignet hinsichtlich Struktur und Umfang der Merkmale. Darüber hinaus unterscheiden sich die Datenquellen nicht nur untereinander, sondern können auch innerhalb einer Quelle zwischen den Gemeinden signifikante Unterschiede aufweisen.

*) Die Erstveröffentlichung dieses Beitrages erfolgte vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg im Statistischen Monatsheft 1/2022. Regionale Aussagen sowie Musteranschreiben, die sich auf Baden-Württemberg beziehen, wurden vom Thüringer Landesamt für Statistik für Thüringen angepasst.

Das Thüringer Landesamt für Statistik dankt für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck in aktueller und redaktionell modifizierter Form.

1) Unter „Wohnobjekt“ wird eine zu erhebende Einheit verstanden: dies kann entweder ein gesamtes Gebäude oder, im Falle einer Teilung eines Gebäudes nach Wohnungseigentumsgesetz (WEG), eine einzelne Wohnung sein.
2) Unter „sonstige Verfügungs- und Nutzungsberechtigte“ fallen zum Beispiel Personen mit Nießbrauchrecht oder Erbbauberechtigte.
3) Weitere Informationen zur GWZ unter <https://www.zensus2022.de/>

Um für jedes Wohnobjekt in Thüringen eine auskunftspflichtige Person zu ermitteln, wurde daher auf verschiedene Quellen zurückgegriffen. Darunter fallen Daten aus verschiedenen Bereichen der Verwaltung, zum Beispiel den Finanzbehörden oder den Vermessungsämtern. Die Entscheidung, welche Quelle vorrangig verwendet wird, wurde in Thüringen für jede Gemeinde in Abhängigkeit der Aktualität und Struktur der verschiedenen Datenquellen getroffen. Die Wahl fiel hier auf die Grundsteuerstelle als Hauptquelle, sowie die Daten der Oberfinanzdirektion (OFD) und der Vermessung (ALKIS), die als Sekundärquellen verwendet wurden.

Der letztmögliche und gesetzlich festgeschriebene Dateneinzug der genannten Quellen fand im Februar 2021 statt, sodass bis zum Zensusstichtag 15. Mai 2022 bereits rund 15 Monate vergangen sein werden. Erschwerend kommt hinzu, dass Teile der Datenquellen schon bei Übermittlung an die Statistischen Landesämter nicht mehr aktuell sind. Folglich fehlen Informationen zu in der Zwischenzeit stattgefundenen Eigentumswechseln und Umzügen von Eigentümer/-innen sowie von verstorbenen Eigentümer/-innen.

Die Vorbefragung 2021: eine Maßnahme zur Verbesserung der Datenqualität

Um die Gebäude- und Wohnungszählung 2022 auf Basis der vorliegenden Quellenangaben möglichst reibungslos und mit hoher Qualität umsetzen zu können, wurde die Vorbefragung 2021 in Thüringen als qualitätssichernde Maßnahme durchgeführt.⁴⁾ Insbesondere sollten bei dieser Befragung sowohl neue Eigentümerinnen und Eigentümer als auch neue Adressdaten für Wohnobjekte ermittelt werden, die durch Eigentumswechsel und aufgrund von Umzügen noch nicht in den Daten des Statistischen Landesamtes vorhanden waren.

Der Umfang der Vorbefragung 2021 lag in Thüringen bei circa 150 000 auskunftspflichtigen Personen, die zu etwa 190 000 Wohnobjekten befragt wurden. Dies entspricht ca. 26,2 Prozent aller Auskunftspflichtigen, die zum Zensusstichtag 15. Mai 2022 in Thüringen befragt werden.

Um eine Vielzahl von Eigentümer/-innen und Verwaltungen zu entlasten, wurden in der Vorbefragung 2021 überwiegend Personen mit Wohnobjekten

befragt, die nicht selbstbewohnt waren oder sich in größeren Gemeinden befinden. Hintergrund ist, dass sowohl bei vermieteten Immobilien als auch in dichter besiedelten Regionen tendenziell mehr Eigentumswechsel zu erwarten sind als in ländlichen Regionen mit überwiegend selbstbewohnten Einfamilienhäusern.

Für Immobilienunternehmen, die eine große Anzahl von Gebäuden und Wohnungen in ihrem Eigentum oder ihrer Verwaltung haben, wird ein separates elektronisches Meldeverfahren zur Verfügung gestellt. Solche Unternehmen der Wohnungswirtschaft wurden daher in der Regel nicht in die Vorbefragung 2021 einbezogen.

„Online-First“: die Strategie des Zensus 2022

Für den Zensus 2022 haben sich Bund und Länder auf die sogenannte Online-First-Strategie verständigt. Diese beinhaltet, den Online-Fragebogen für die Befragten attraktiv zu gestalten und möglichst wenige Fragebogen in Papierform zu versenden – ein nachhaltiger und ressourcenschonender Ansatz in Zeiten von Papiermangel und steigender Umweltbelastung. Zudem bietet eine Online-Erhebung sowohl für die Befragten als auch für die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erhebliche Vorteile: Durch eine gezielte Filterführung werden den Befragten nur die Fragen angezeigt, die sie tatsächlich beantworten müssen. Dies vereinfacht die Beantwortung und verkürzt die Meldung auf wenige Minuten. Darüber hinaus können die Daten, die online eingehen, im Vergleich zu Daten aus Papier-Fragebogen vorplausibilisiert werden, und die Dauer der anschließenden Aufbereitung verkürzt sich deutlich. Folglich sollen möglichst viele Meldungen von Befragten über den Online-Fragebogen eingehen.

Insbesondere ist hervorzuheben, dass durch die Möglichkeit der Beantwortung mittels Smartphone eine Online-Auskunft für nahezu jeden Thüringer Bürger gegeben ist und eine Verfügbarkeit eines PC sowie einer ausreichenden Verbindung nicht notwendig ist.

Um dieses Ziel zu erreichen und die Online-First-Strategie stringent zu verfolgen, wurde in Thüringen mit dem ersten Anschreiben an die Auskunftspflichtigen in der Vorbefragung 2021 – im Gegensatz zum Zensus 2011 – kein Papier-Fragebogen verschickt.

4) Rechtsgrundlage der Vorbefragung 2021 ist § 6 Absatz 1 Nummer 1 Bundesstatistikgesetz (BStatG).

Abbildung 1: Musteranschreiben und Webcard der Vorbefragung 2021 zur Gebäude- und Wohnungszählung





Thüringer Landesamt für Statistik, Europaplatz 3, 99091 Erfurt

Max Mustermann
Musterweg 52 A
99590 Musterstadt

Zensus 2022 – Vorbefragung zur Gebäude- und Wohnungszählung

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Jahr 2022 wird der nächste Zensus durchgeführt, bei dem u. a. alle Gebäude mit Wohnraum und Wohnungen gezählt werden. Die Vorbefragung 2021 dient der Überprüfung und Aktualisierung der Auskunftspflichtigen und ihrer Adressdaten für die Gebäude- und Wohnungszählung zum Zensusstichtag am 15. Mai 2022.

Die Teilnahme ist für Sie verpflichtend und muss innerhalb von 2 Wochen nach Zugang dieses Schreibens abgeschlossen sein. Das Ausfüllen des Online-Fragebogens dauert etwa 5-10 Minuten.

Melden Sie online unter www.zensus2022.de

Zugangsnummer: 1234 5678 9101

Aktivierungscode: abdgkwpljki

Für diese Erhebung wurden Sie ausgewählt, da wir Sie für folgende Gebäudeanschrift als Eigentümer/-in, Verwalter/-in oder sonstige verfügungs- oder nutzungsberechtigte Person ermittelt haben:

**Musterweg 52 A
99590 Musterstadt**

Sollten Sie nicht (mehr) Eigentümer/-in oder Verwalter/-in des Wohnobjektes sein, korrigieren Sie dies bitte direkt im Online-Fragebogen.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen


Klaus Kickner
Referatsleiter Zensus 2022

Erfurt, 24.09.2021

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3
99091 Erfurt

Kontakt und Informationen:
Telefon: +49 361 2242 7836
zensus2022@statistik.thueringen.de

Servicezeiten Hotline:
Mo - Fr: 07:00 - 21:00 Uhr
Sa: 09:00 - 16:00 Uhr

Aktenzeichen
44-14/013/VB-1



Noch Abbildung 1: Musteranschreiben und Webcard der Vorbefragung 2021 zur Gebäude- und Wohnungszählung



Was ist der Zensus?

Im Jahr 2022 findet der nächste Zensus statt. Mithilfe des Zensus werden in Deutschland die amtliche Einwohnerzahl sowie weitere Daten zur Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und zum Gebäude- und Wohnungsbestand gewonnen. Durch die erhobenen Daten lassen sich wichtige Fragen beantworten, zum Beispiel, wo gezielt neue Wohnungen gebaut werden müssen oder wie sich die Einwohnerzahl in Zukunft entwickelt. Informationen zum Stand der Vorbereitungen finden Sie unter www.zensus2022.de.

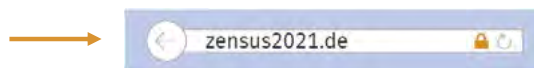
Die Ergebnisse des Zensus 2022 liefern wichtige Daten und Informationen für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.

Wie funktioniert der Online-Fragebogen?

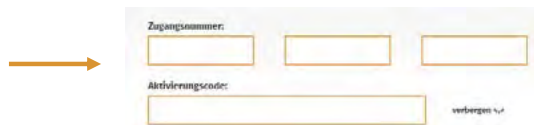
Das Ausfüllen dauert nur 5-10 Minuten!



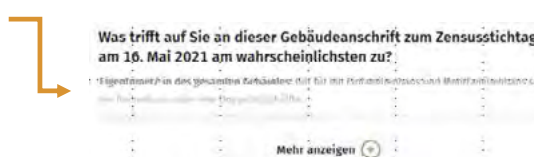
- 1 Geben Sie bitte www.zensus2021.de in Ihren Browser (z. B. Firefox, Internet Explorer, Edge, Google Chrome) ein oder scannen Sie den QR-Code auf Ihrem Anschreiben.



- 2 Füllen Sie nun die Felder **Zugangsnummer** und **Aktivierungscode** mit den Angaben auf dem Anschreiben aus.



- 3 Nun können Sie in Ruhe den **Fragebogen ausfüllen**. Unter „Mehr anzeigen“ finden Sie Erklärungen zu den Fragen.



- 4 Nach Beantwortung einer Frage gelangen Sie mit „Weiter“ zur nächsten Frage, mit „Zurück“ zur vorherigen.



- 5 Wenn Sie alle Fragen beantwortet haben, klicken Sie bitte auf „Senden“, um den Fragebogen abzuschicken.



Vielen Dank für Ihre Meldung!



Vorbefragung zur Gebäude- und Wohnungszählung 2021

Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz (BStatG)¹ und nach der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 (DS-GVO)²

Zweck, Art und Umfang der Erhebung

Diese Erhebung dient der Vorbereitung und Durchführung der Gebäude- und Wohnungszählung, der durch das Zensusgesetz 2021 (ZensG 2021) angeordneten Bundesstatistik, mit dem Zweck der Klärung des Kreises der zu Befragenden und deren statistischer Zuordnung, der Prüfung der Objekt- und Eigentümerdaten auf ihre Qualität sowie der Prüfung der Eigentumsverhältnisse. Sie wird bei Eigentümern, Verwaltungen sowie sonstigen Verfügungs- und Nutzungsberechtigten durch die statistischen Ämter der Länder durchgeführt. Die Vorbefragung wird in Abhängigkeit der Vollständigkeit und Qualität der den statistischen Ämtern der Länder vorliegenden Daten als Teil- oder Vollerhebung durchgeführt.

Rechtsgrundlagen, Auskunftspflicht

Rechtsgrundlage der Erhebung ist § 6 Absatz 1 Nummer 1 BStatG. Danach können das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder zur Vorbereitung und Durchführung einer durch Rechtsvorschrift angeordneten Bundesstatistik Angaben erheben, um den Kreis der zu Befragenden und deren Zuordnung zu klären.

Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 6 Absatz 1 Nummer 1 BStatG, § 24 Absatz 1 ZensG 2021 in Verbindung mit § 15 BStatG. Nach § 24 Absatz 1 ZensG 2021 sind die Eigentümer, die Verwaltungen sowie die sonstigen Verfügungs- und Nutzungsberechtigten der Gebäude oder Wohnungen auskunftspflichtig.

Erteilen Auskunftspflichtige keine, keine vollständige, keine richtige oder nicht rechtzeitig Auskunft, können sie zur Erteilung der Auskunft per Zwangsgeld nach den Verwaltungsvollstreckungsgesetzen der Länder angehalten werden.

Geheimhaltung

Die erhobenen Angaben dienen ausschließlich statistischen Zwecken und werden grundsätzlich geheim gehalten.

Zur Durchführung dieser Erhebung werden Daten übermittelt an:

- das Statistische Bundesamt,
- Dienstleister, zu denen ein Auftragsverhältnis besteht (z. B. ITZBund, Rechenzentren der Länder, Beleglesezentren, Versand- und Druckdienstleister, Hotline-Dienstleister).

Ordnungsnummern, Löschung

Die Fragebogen oder die Datensätze mit den erhobenen Angaben werden spätestens nachdem die im Rahmen der Durchführung des Zensus 2021 zu erhebenden Angaben auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit überprüft worden sind gelöscht bzw. vernichtet (§ 6 Absatz 1 Satz 4 BStatG).

Die verwendeten Ordnungsnummern bei Verwendung des Papierfragebogens sind die Fragebogennummer und das Belegkennzeichen am unteren Fragebogenrand. Sie dienen der Unterscheidung der in die Erhebung einbezogenen Personen und ihrer jeweiligen Objekte sowie der Organisation und technischen Durchführung des Erhebungs- und Aufbereitungsverfahrens. Die Fragebogennummer besteht aus einer frei vergebenen laufenden Nummer, das Belegkennzeichen enthält neben der Fragebogennummer eine frei vergebene Ziffernfolge. Sie enthalten keine über die erhobenen Informationen hinausgehenden Angaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse.

Rechte der Betroffenen, Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten, Recht auf Beschwerde

Soweit personenbezogene Angaben verarbeitet werden, können die Betroffenen

- eine Auskunft nach Artikel 15 DS-GVO,
- die Berichtigung nach Artikel 16 DS-GVO,
- die Löschung nach Artikel 17 DS-GVO sowie
- die Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DS-GVO

der jeweils sie betreffenden personenbezogenen Angaben beantragen oder der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Angaben nach Artikel 21 DS-GVO widersprechen.

Sollte von den oben genannten Rechten Gebrauch gemacht werden, prüft die zuständige öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Die antragstellende Person wird gegebenenfalls aufgefordert ihre Identität nachzuweisen, bevor weitere Maßnahmen ergriffen werden.

Fragen und Beschwerden über die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen können jederzeit an die behördlichen Datenschutzbeauftragten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder oder an die jeweils zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörden gerichtet werden. Deren Kontaktdaten finden Sie unter <https://www.statistikportal.de/de/datenschutz>.

1 Den Wortlaut der nationalen Rechtsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung finden Sie unter <https://www.gesetze-im-internet.de/>.

2 Die Rechtsakte der EU in der jeweils geltenden Fassung und in deutscher Sprache finden Sie auf der Internetseite des Amtes für Veröffentlichungen der Europäischen Union unter <https://eur-lex.europa.eu/>.

Im Anschreiben wurden lediglich die Online-Zugangsdaten zum personalisierten Fragebogen inklusive eines QR-Codes zum Scannen mit dem Smartphone oder Tablet aufgedruckt. Zudem wurde eine sogenannte „Webcard“ beigelegt – eine Ausfüllhilfe, die die Online-Meldung erleichtern soll. Das Anschreiben wurde modern und mit Farbelementen aus dem Corporate Design des Zensus gestaltet, sodass es insgesamt einen sehr ansprechenden Charakter vorwies (Abbildung 1). Dies wurde von den Befragten gut angenommen.

Zur Unterstützung der Online-First-Strategie wurde durch das Statistische Bundesamt ein attraktiver Online-Fragebogen entwickelt, der die Meldung besonders angenehm und effizient macht. Der Fragebogen der Vorbefragung 2021 enthielt insgesamt elf Fragen, in denen die vorliegenden Daten der Eigentümer/-innen wie Name und Zustellanschrift, die Anschrift des Wohnobjekts sowie das Eigentumsverhältnis bestätigt oder neu ermittelt wurden. Damit wird sichergestellt, dass für die GWZ 2022 zu jedem Wohnobjekt die aktuelle Eigentümerin oder der aktuelle Eigentümer vorliegen und deren Daten korrekt sind. Mithilfe einer Filterführung wurden die Befragten so durch den Fragebogen geführt, dass nur die jeweils für sie relevanten Fragen angezeigt und beantwortet werden mussten (Abbildung 2).

Ablauf der Vorbefragung 2021

Der Druck und Versand der Anschreiben erfolgte mithilfe eines externen Druckdienstleisters zwischen dem 24. September und 11. Oktober 2021. Direkt am Tag nach Zustellung der ersten Charge, dem 27. September 2021, gingen die ersten Meldungen aus dem Online-Fragebogen ein.

Neben der Möglichkeit sich Online über die Vorbefragung und die GWZ zu informieren, konnten sich die Auskunftspflichtigen mit Fragen zur Erhebung an die eigens für die Vorbefragung eingerichtete Hotline wenden. Dort erhielten sie von montags bis samstags Antworten oder Hilfestellung beim Ausfüllen des Fragebogens.

Wie erfolgreich war die „Online-First-Strategie“ in der Vorbefragung 2021?

Im Zensus 2011 lag die Online-Quote unter den eingegangenen Rückläufen in der GWZ bei ca. 36 Prozent.⁵⁾ Sowohl für die Vorbefragung 2021 als auch für die GWZ 2022 ist das Ziel, diese Quote deutlich zu steigern.

Die Gesamt-Rücklaufquote der Vorbefragung 2021 betrug in Thüringen ca. 60 Prozent. Mit dieser Rücklaufquote und damit der hohen Zahl an eingegangenen Online-Meldungen, können sowohl die Online-First-Strategie als auch die Vorbefragung 2021 als Erfolg gewertet werden. Die beiden übergeordneten Ziele – eine Qualitätsverbesserung für die bevorstehende Gebäude- und Wohnungszählung 2022 zu erreichen und die auskunftspflichtigen Personen mit der Online-Meldung vertraut zu machen – wurden erreicht.

5) Quelle: Kernreport Bund vom 01.11.2011 zur Gebäude- und Wohnungszählung im Zensus 2011. Betrachtet wurden hier nur die eingegangenen Rückläufe (nicht die Anzahl der verschickten Sendungen). Die Rückläufe ergänzen sich zu 100 Prozent: ca. 36 Prozent der Meldungen gingen online ein, ca. 64 Prozent über den Papier-Fragebogen. Die Quote wurde nicht um mehrfach vorgenommene Meldungen bereinigt.

Abbildung 2: Screenshots des Online-Fragebogens der Vorbefragung 2021 zur Gebäude- und Wohnungszählung

The image displays three sequential screenshots of an online survey form. The first screenshot is a confirmation page with a dark blue background and a gold checkmark icon. It reads 'Anmeldung erfolgreich!' (Registration successful!) and 'Danke, dass Sie online melden.' (Thank you for registering online). It also states 'Die durchschnittliche Dauer beträgt 5 Minuten.' (The average duration is 5 minutes) and 'Diese Erhebung dient der Ermittlung aktueller Auskunftspflichtiger (Eigentümer/-innen, Verwaltungen usw.) und deren Adressdaten für die Gebäude- und Wohnungszählung zum Zensusstichtag am 15. Mai 2022.' (This survey serves to determine current information providers (owners, administrations, etc.) and their address data for the building and housing census on the census reference date of May 15, 2022). A gold 'Weiter' (Next) button is at the bottom right.

The second screenshot is a white form titled 'Ihre Anschrift' (Your address). It shows a location pin icon and the address: 'Max Mustermann, Musterstraße 10, 76448 Musterstadt, Deutschland'. To the right, it asks 'Sind Ihr Name und Ihre Anschrift im abgebildeten Adressfeld korrekt?' (Is your name and address in the shown address field correct?). There are two radio buttons: 'Ja' (Yes) and 'Nein' (No). At the bottom are two dark blue buttons: 'Zurück' (Back) and 'Weiter' (Next).

The third screenshot is a white form titled 'Ihre Gebäudeanschrift' (Your building address). It shows a location pin icon and the address: 'Musterweg 52, 76450 Musterstadt'. To the right, it asks 'Ist diese Gebäudeanschrift korrekt?' (Is this building address correct?). There is an information icon (i) next to the question. There are two radio buttons: 'Ja' (Yes) and 'Nein' (No). At the bottom are two dark blue buttons: 'Zurück' (Back) and 'Weiter' (Next).

noch Abbildung 2: Screenshots des Online-Fragebogens der Vorbefragung 2021 zur Gebäude- und Wohnungszählung

Ihre Gebäudeanschrift

Musterweg 52 A
76450 Musterstadt

Was trifft auf Sie an dieser Gebäudeanschrift zum Zensusstichtag am 15. Mai 2022 am wahrscheinlichsten zu?

Eigentümer/-in des gesamten Gebäudes: Gilt für ein Einfamilienhaus und Mehrfamilienhaus sowie für Mietwohnungen in einer Gruppe von Gebäuden.

Mehr anzeigen (+)

- Eigentümer/-in des gesamten Gebäudes
- Eigentümer/-in einer oder mehrerer Wohnung/-en
- Verwalter/-in
- Sonstige/-r Verfügungs- bzw. Nutzungsberechtigte/-r (z. B. Insolvenzverwalter/-in)
- Kein/-e Eigentümer/-in oder Verwalter/-in (mehr) (z. B. wegen Verkaufs)
- Ausschließlich Eigentümer/-in einer Einheit ohne Wohnraum (z. B. Ladengeschäft oder Garage)

Zurück Weiter

Ihre Gebäudeanschrift

Musterweg 52 A
76450 Musterstadt

Können Sie die erforderlichen Auskünfte zu diesem Gebäude zum Zensusstichtag am 15. Mai 2022 erteilen?

Bitte antworten Sie nur mit "ja", wenn Sie bei der Befragung zum Zensusstichtag (15. Mai 2022) Auskunft zum gesamten Gebäude erteilen können.

Mehr anzeigen (+)

- ja
- Nein

Zurück Weiter

noch Abbildung 2: Screenshots des Online-Fragebogens der Vorbefragung 2021 zur Gebäude- und Wohnungszählung

Ihre Gebäudeanschrift

Musterweg 52 A
76450 Musterstadt

Können Sie die Auskünfte zu Wohnungen in diesem Gebäude zum Zensusstichtag am 15. Mai 2022 erteilen?

Zum Zensusstichtag (15. Mai 2022) sind folgende Auskünfte zu Wohnungen erforderlich:
[Art der Nutzung ist] & verbleibende Wohnfläche (aufsteigend)

Mehr anzeigen (+)

Ja, zu ALLEN Wohnungen im Gebäude

Ja, zu MEHREREN Wohnungen im Gebäude

Ja, zu EINER Wohnung im Gebäude

Nein, zu KEINER Wohnung im Gebäude

Zurück Weiter

Ihre Gebäudeanschrift

Musterweg 52 A
76450 Musterstadt


Gibt es an der angegebenen Gebäudeanschrift Wohnraum?

Wohnraum ist vorhanden, wenn an einer Gebäudeanschrift mindestens eine Wohnung bewohnt ist oder leer steht. Wohnraum ist auch dann vorhanden, wenn einzelne, aber nicht alle Wohnungen gewerblich genutzt werden.
Bei ausschließlich gewerblicher Nutzung von Gebäuden ist kein Wohnraum vorhanden.

Ja

Nein

Zurück Weiter



Vielen Dank!
Der Fragebogen wurde abgeschickt.

Nach Verlassen dieser Seite können Sie die Sendebestätigung nicht mehr herunterladen.

[Sendebestätigung als PDF herunterladen](#)

[Zurück zur Webseite](#)

HANDWERK

TISCHLER*



926
HANDWERKS-
UNTERNEHMEN

4 630
TÄTIGE PERSONEN

96 457
EURO UMSATZ JE
TÄTIGE PERSON

* Bezeichnung des Gewerbezeigs

Quelle: zulassungspflichtiges Handwerk aus der Handwerkszählung 2019

**Harald Hagn**

Referat: „Bereichsübergreifende Analysen, Statistikportal, Regionalstatistik, Veröffentlichungen, Bibliothek“

0361 57331-9640
Harald.Hagn@statistik.thueringen.de

SONSTIGES

Etappen der Entwicklung des Statistischen Dienstes in der DDR (1971–1980)

Vorbemerkung

Auf Beschluss der Regierung der DDR und der SED wurde das „Einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik“ ausgearbeitet und in den Jahren 1968 bis 1971 schrittweise in allen Bereichen der Volkswirtschaft eingeführt.

Dabei wurde die volkswirtschaftliche Statistik - und hier insbesondere die Wirtschaftsstatistik - immer enger mit dem Rechnungswesen der Betriebe und Institutionen verknüpft. Obgleich das „Einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik“ an sich bereits ein grundlegendes Rationalisierungsvorhaben der Informationsgewinnung darstellte, wurden über seine Durchsetzung und ständig vermehrte Nutzung hinaus in den Jahren unmittelbar nach seiner Einführung neue gesetzliche Bestimmungen erlassen, die es fortwährend aktualisierten. Es wurde verbindlich und einheitlich für alle Ebenen der Planwirtschaft, angefangen von den Betrieben, Unternehmen, Institutionen und staatlichen Einrichtungen bis hin zur gesamten Volkswirtschaft, ausgestaltet. Damit wurde die Statistik konsequent auf die Planung, Leitung und Überwachung der Zentralverwaltungswirtschaft ausgerichtet.

Die Weiterentwicklung von Rechnungsführung und Statistik

Die Entwicklungsaufgaben

Die Hauptaufgabe des „Einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“ bestand darin, zur Vorbereitung und Durchführung von Entscheidungen für die Partei und Staatsführung - insbesondere für die Planung und Leitung des gesamtwirtschaftlichen

Produktionsprozesses einschließlich der Kontrolle der Planerfüllung - die erforderlichen Informationen und Analysen bereitzustellen. Im Mai 1970 wurde vom Ministerrat der DDR die Entwicklungskonzeption von Rechnungsführung und Statistik für den Fünfjahrplanzeitraum 1971 bis 1975 bestätigt.¹⁾ Durch diese Konzeption wurde die inhaltliche und methodisch-organisatorische Weiterentwicklung des in den Jahren 1968 bis 1971 eingeführten „Einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“ als Institution des Ministerrates festgelegt.

In der DDR wurden Rechnungsführung und Statistik als gesamtstaatliches System der Erfassung, Verarbeitung und Analyse zahlenmäßiger Informationen über die abgelaufenen wirtschaftlichen Entwicklungen für die Führungstätigkeit auf allen Ebenen aufgefasst. Der Grundgedanke dieses Systems bestand nun darin, durch eine einheitliche Informationserfassung und -verarbeitung zugleich den Informationsbedürfnissen für die zentrale staatliche Planung und Leitung der Grundfragen einerseits und den Erfordernissen der Planung und Leitung in den Betrieben und Kombinatn andererseits zu entsprechen. Dies bedeutete, dass grundsätzlich durch die einmalige allseitige Erfassung sämtlicher wirtschaftlichen Erscheinungen und Prozesse die Informationsbedürfnisse aller Leitungsebenen zu befriedigen waren.²⁾

Auf allen Ebenen wurden die Informationen von Rechnungsführung und Statistik für sämtliche Phasen der Führungstätigkeit benötigt. Insbesondere für das Vorbereiten und Fällen von Entscheidungen und die Organisation und Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse von Partei und Regierung. Aus diesem Grunde wurde von den Informationen von Rechnungsführung und Statistik ein hohes Maß an Aktualität, Aussagefähigkeit, Funktions- und Zukunftsbezogenheit erwartet.

1) Vgl. Mitteilungen des Ministerrats vom 16. Juni 1970, Nr. 10, S. 61 ff

2) Siehe hierzu „Etappen der Entwicklung des Statistischen Dienstes in der DDR (1949-1970)“, Statistisches Monatsheft Thüringen, März 2022

Erstmalige Ausarbeitung langfristiger Programme

Aus dem Umstand, dass für den Zeitraum 1971 bis 1975 der Fünfjahrplan erstmalig als Hauptsteuerungsinstrument der Entwicklung der Volkswirtschaft wirksam wurde, ergaben sich aufgrund der engen Verflechtung zwischen Planung einerseits sowie Rechnungsführung und Statistik andererseits wesentliche Aufgaben für die Entwicklung des „Einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“. Dies galt sowohl für die betriebliche Erfassung und Aufbereitung als auch für das staatliche Berichtswesen.

Dementsprechend wurden zusammen mit den Planungsaufgaben und den langfristigen Normativen durch die Entwicklungskonzeption von Rechnungsführung und Statistik für den Fünfjahrplanzeitraum konkrete Handlungsanweisungen für die Erfassung, Verarbeitung und Weiterleitung der zahlenmäßigen Informationen vorgegeben. Damit sollten die Betriebe, Kombinate und wirtschaftsleitenden Organisationen die Möglichkeit erhalten, die Gestaltung ihrer Informationssysteme und die Planung ihrer Informationsprozesse ebenfalls langfristig auf die einheitlich zu ermittelnden Daten entsprechend den Anforderungen des staatlichen Berichtswesens und den gesetzlichen Mindestanforderungen an die betriebliche Erfassung, Aufbereitung und Nachweissführung einzustellen.

Die erstmalige Ausarbeitung langfristiger Programme für das Berichtswesen und ihre Abstimmung mit anderen Einrichtungen stellte einen weiteren Schritt bei der Gestaltung von Rechnungsführung und Statistik dar. Diese Perspektivprogramme des Berichtswesens wurden in der Mehrzahl der verschiedenen Volkswirtschaftszweige den Betrieben, Kombinatensowie Einrichtungen des Staates und der Wirtschaft bereits in den ersten Monaten des Jahres 1971 übergeben. Dabei bestand die Grundlinie der perspektivischen Entwicklung des Berichtswesens nicht etwa darin bedeutend mehr Kennziffern als bislang zu ermitteln. Vielmehr sollte es in erster Linie durch eine Verbesserung des Kennziffernsystems sowie durch Koordinierung, Kombination und Aggregation umfassende Aussagen über die Schwerpunkte sowohl der volkswirtschaftlichen als auch der betrieblichen Entwicklung ermöglichen.

Ausbau des staatlichen Berichtswesens

Die wichtigsten Weiterentwicklungen hinsichtlich des staatlichen Berichtswesens beschränkten sich vornehmlich auf 3 Bereiche.

So wurde erstens die Erarbeitung ergebnis- und objektbezogener Kennziffern angestrebt. Dies erschien zum einen erforderlich, um für Hauptergebnisse und -ergebnisgruppen möglichst genaue Grundlagen für die Kalkulation, Abrechnung und Kontrolle von Aufwand und Nutzen der in den verschiedenen Betrieben und Kombinatens gefertigten Produkte zu erhalten. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse sollten als Entscheidungsgrundlage für strukturpolitische Maßnahmen sowie zur Einschätzung der volkswirtschaftlichen Produktivität, Rentabilität und Effektivität dienen. Zum anderen sollten durch den ergebnis- bzw. objektbezogenen Ausweis von Aufwand und Ergebnis gleichzeitig verbesserte Voraussetzungen für die Aufstellung von Teil- und Gesamtverflechtungsbilanzen³⁾ und damit insbesondere zur Kontrolle der durch den Plan festgelegten volkswirtschaftlichen Proportionen geschaffen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt beim Ausbau des staatlichen Berichtswesens bestand in dem Versuch, der Vielschichtigkeit einer Reihe von wirtschaftlichen Erscheinungen und Prozessen besser gerecht zu werden. So wurden bislang beispielsweise Stand und Entwicklung der Arbeitsproduktivität lediglich auf der Grundlage einer Kennziffer, nämlich der Warenproduktion je Beschäftigten, zum Ausdruck gebracht. Eine umfassende Widerspiegelung erforderte jedoch die Darstellung der verschiedenen Seiten der Arbeitsproduktivität mit Hilfe mehrerer Kennziffern oder gar Kennziffernsysteme. Deshalb begann man die Arbeitsproduktivität auch auf der Basis der Kennziffer Eigenleistungen zu berechnen und darüber hinaus solche Kennziffern wie die Nettoproduktion je Beschäftigten zu verwenden⁴⁾ Außerdem erschien es nunmehr erforderlich, die Produktivität nicht nur je Beschäftigten, sondern auch je tatsächlich geleistete Arbeitsstunde zu verfolgen. Analoge Überlegungen wurden auch hinsichtlich der Darstellung und Analyse anderer vielschichtiger Erscheinungen und ökonomischer Kategorien angestellt, wie Effektivität von Forschung, Entwicklung, Konsum- und Investitionsgüterherstellung, Vorbereitung, Durchführung und Effekt der Systemautomatisierung sowie bezüglich der Verwirklichung des „sozialistischen Sparsamkeitsregimes“

3) Gesamtverflechtungsbilanzen erfassten volkswirtschaftliche Prozesse, wie z. B. das gesellschaftliche Gesamtprodukt (nicht zu verwechseln mit dem Bruttosozialprodukt) in seiner wert- und gebrauchsmäßigen Struktur. Teilverflechtungsbilanzen wurden für Teilsysteme, wie Betriebe, Zweige, Kombinate, Ministerien, Produktionskomplexe, einzelne Erzeugnisgruppen u. a. aufgestellt.

4) Hierbei sei angemerkt, dass sich Definitionen und Abgrenzungen solcher Begriffe wie Arbeitsproduktivität, Nettoproduktion usw. in der DDR vielfach von jenen in der Bundesrepublik gebräuchlichen deutlich unterscheiden.

Drittens erfolgte schließlich eine wesentliche Ergänzung im betrieblichen System der Rechnungsführung und Statistik sowie im System der staatlichen Berichterstattung hinsichtlich einer umfassenden Beobachtung und Analyse der Prozesse und Ergebnisse im Bereich der Forschung und Entwicklung. Hierbei ging es vor allem um eine genaue Kontrolle der Plandurchführung in den verschiedenen Arbeitsstufen von Forschung und Entwicklung sowie um die Analyse des Standes und der Entwicklung im Rahmen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den einzelnen Bereichen und auf verschiedenen Gebieten. Dies schloss auch eine genaue, aufgabenbezogene Darstellung der Kosten und der Effektivität sowie der Dauer der wesentlichen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben bis hin zu ihrer Einführung in der industriellen Produktion ein.

Neben den bislang genannten Hauptentwicklungen erfolgten noch auf einer Reihe weiterer Gebiete zum Teil wesentliche Veränderungen. So wurden für eine Anzahl von Berichterstattungen nicht nur die juristischen Einheiten, sondern auch deren regionale Teilbetriebe berichtspflichtig. Dies wurde sowohl für die Leitungstätigkeit der örtlichen Partei- und Staatsorgane, als auch für die zentrale staatliche Planung der Gebietsentwicklung als notwendig erachtet.

Die Weiterentwicklung von Rechnungsführung und Statistik bestand darüber hinaus in einer Gewinnung von Informationen über die als strukturbestimmend angesehenen Aufgaben in Wissenschaft, Forschung, Entwicklung, Produktion und Investitionen sowie über die in der DDR-Wirtschaft der Planung unterworfenen Proportionen in und zwischen den verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft unter Beachtung ihrer Effektivitätsentwicklung. Hierzu sollte sie vor allem durch Anwendung ökonomisch-mathematischer Modelle in der Planung beitragen.

Weitere Maßnahmen zur Weiterentwicklung von Rechnungsführung und Statistik

Im Juni 1973 beschloss der Ministerrat der DDR „Maßnahmen zur weiteren Qualifizierung und rationalen Gestaltung von Rechnungsführung und Statistik in den Jahren 1973 bis 1975“ und die „Hauptrichtung der längerfristigen Vorbereitung von Rechnungsführung und Statistik für die Jahre 1976 bis 1980“. In den Ministerratsbeschluss fanden vielfältige Erfahrungen und Hinweise von Praktikern und Wissenschaftlern Eingang. Hierzu gehörten ins-

besondere die Ergebnisse der im Mai 1972 durchgeführten Arbeitskonferenz mit Hauptbuchhaltern und leitenden Mitarbeitern von Rechnungsführung und Statistik der Betriebe und Kombinate, welche sich mit der Einführung und Weiterentwicklung des „Einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“ beschäftigten. Ausgehend von dem bereits erreichten Entwicklungsstand bei der Umsetzung der eingangs genannten Einwicklungskonzeption wurden weitere Maßnahmen für Rechnungsführung und Statistik auf allen Gebieten festgelegt.

Das Berichtswesen des statistischen Dienstes sollte künftig fortwährend hinsichtlich seines Umfangs und seiner Periodizität überprüft werden, um es auf das für die Leitung und Planung der Volkswirtschaft als notwendig erachtete Maß zu begrenzen. Zugleich jedoch waren die vollständige Planabrechnung und die volkswirtschaftlich notwendige Berichterstattung zu gewährleisten. Um die Betriebe nicht unnötiger Verwaltungsarbeit auszusetzen, wurde das staatliche Berichtswesen bis 1975 im Prinzip konstant gehalten. Zusätzliche oder veränderte Anforderungen wurden nur noch dann an die Betriebe gestellt, wenn sie zuvor in Beschlüssen der Parteiführung und der Regierung festgelegt worden waren.

Hinsichtlich der Sicherung der erforderlichen Informationen für die Planung und Leitung sollte nunmehr stets von dem Grundsatz ausgegangen werden, dass sie nicht zu einer Mehranforderung an die Betriebe und Einrichtungen führen durften, sondern auf der Grundlage der in den Betrieben vorliegenden Daten, ihrer wirtschaftlichen Erfassung durch ein vereinfachtes Berichtswesen sowie ihrer vielseitigen Aufbereitung und Auswertung zu erfolgen hatte. Es sollte also gewährleistet werden, dass eine Erhöhung der Aussagefähigkeit des statistischen Datenmaterials nicht auf der Grundlage einer Durchführung neuer Erhebungen zustande kam, sondern vor allem durch eine hohe Vergleichbarkeit und Kombinationsfähigkeit der statistischen Daten, Umgruppierung vorhandener Unterlagen in die geforderte problem- und bedarfsgerechte Form sowie eine größere Flexibilität des Datenangebotes. Auch sollten nunmehr zu diesem Zweck mathematisch-statistische Verfahren angewandt werden und eine auf Schätzungen beruhende Ermittlung fehlender statistischer Unterlagen durch Kombination vorhandener Ergebnisse erfolgen.

Der Ministerratsbeschluss vom Juni 1973 sah auch eine inhaltliche Weiterentwicklung der statistischen Analysen und Informationen auf verschiedenen Gebieten vor. Im Einzelnen wurde hierbei vor allem an folgende Maßnahmen gedacht:

- Hinsichtlich der Darstellung des Verlaufs der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft⁵⁾ sollte vor allem der Ausbau des volkswirtschaftlichen Bilanzsystems - des Hauptinstruments der staatlichen Planung - und die vermehrte Bereitstellung regional gegliederter Informationen für die Planung und Leitung vorangetrieben werden.
- Zur Abrechnung und Kontrolle der volkswirtschaftlichen Effektivität und der Intensität des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses waren die statistischen Untersuchungen auf den Gebieten der Arbeitsproduktivität, des abnutzbaren Anlagevermögens und der Investitionen zu verstärken.
- Eine eingehendere Analyse des Standes und der Entwicklung des Lebensstandards der Bevölkerung umfasste eine große Vielfalt von Aufgaben, angefangen von Untersuchungen über die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Dienstleistungen sowie einer verbesserten Abrechnung der Versorgungspläne bis hin zu sozialökonomischen Untersuchungen.
- Die Entwicklung der ökonomischen Integration im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) erforderte auch auf dem Gebiet von Rechnungsführung und Statistik eine Reihe von Maßnahmen. Dazu gehörten insbesondere die Ausarbeitung einer einheitlichen Erzeugnisnomenklatur der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion sowie die Durchführung von Vergleichen wichtiger Wertkennziffern über die Entwicklung der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer des RGW.

Zur Unterstützung einer straffen Kontrolle und um weitere Voraussetzungen für ein rechtzeitiges Einleiten von Maßnahmen durch die Leitungsorgane zu schaffen, wurde die amtliche Statistik durch den Ministerratsbeschluss ferner angewiesen, die Ergebnisse einer Reihe von Berichterstattungen frühzeitiger bereitzustellen. Dabei sollte sich die Beschleunigung der Informationsbereitstellung auf der Grundlage der Elektronischen Datenverarbeitung vollziehen. Mit dem Einsatz einer leistungsfähigeren Datenverarbeitungstechnik und dem Ausbau der Datenfern-

übertragung wurde im Rahmen des Einheitlichen Systems der elektronischen Rechentechnik (ESER) ein umfangreiches Potential zur Aktualisierung der statistischen Informationen erschlossen. Hierbei erforderten die wachsenden Anforderungen an die Informationsbereitstellung vor allem den zügigen Aufbau einer elektronischen Datenverarbeitung und -speicherung. Diese wurde nunmehr zum Kernstück der Aufbereitungs- und Auswertungsprozesse der statistischen Berichterstattungen entwickelt.

Der Ministerratsbeschluss vom Juni 1973 sah zugleich vor, die betriebliche Rechnungsführung und Statistik und die staatliche Berichterstattung im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der „Ordnung und Planung der Volkswirtschaft der DDR 1976 bis 1980“ und der Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung umfassend zu überprüfen und die Rechtsvorschriften zu überarbeiten. Darüber hinaus wurde die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik angewiesen, in enger Zusammenarbeit mit der Staatlichen Plankommission und anderen Behörden eine „Ordnung der Planabrechnung“ für den Zeitraum des Fünfjahresplanes 1976 bis 1980 herauszugeben. Damit sollte vor allem die Einheit von Planung und Abrechnung wirksam durchgesetzt werden.

Mit der „Ordnung und Planabrechnung“ wurde die inhaltliche und methodische Gestaltung des Berichtswesens in Übereinstimmung mit weiteren angestrebten Verbesserungen der Planung und unter Berücksichtigung sonstiger Vereinfachungen verbindlich festgelegt. Ihre Ausarbeitung erfolgte weitgehend parallel mit jener der „Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1976 bis 1980“ sowie auf deren Grundlagen. Dabei wurden Entwürfe zur Gestaltung und Weiterentwicklung des staatlichen Berichtswesens der Bereiche und Querschnittsgebiete für den kommenden Fünfjahresplan erarbeitet. Die amtliche Statistik stellte jenen Betrieben, welche den Entwurf der Rahmenrichtlinie für die Betriebsplanung erprobten, Konzeptionen der weiterentwickelten Rechtsvorschriften für Rechnungsführung und Statistik zur Diskussion und beriet sie mit einer Anzahl von Betrieben.

Mit dem im Jahr 1974 vorgelegten Entwurf einer „Rahmenrichtlinie für die Betriebsplanung“ sollten die Voraussetzungen für eine bessere Verbindung zwischen der betrieblichen Planung und der volkswirtschaftlichen Bilanzierung geschaffen werden. Daneben wurde das Ziel verfolgt, auf der Grundlage der Anforderungen der Volkswirtschaftsplanung derartige Regelungen für die betriebliche Planung

5) In diesem Zusammenhang ist das sogenannte „Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft“ von Bedeutung. Dieses erforderte die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft und die Proportionalität in der Verteilung der Produktionsmittel und Arbeitskräfte auf die Bereiche und Zweige, um das im „Ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus“ zum Ausdruck kommende Ziel der „sozialistischen Produktion“ zu verwirklichen. Planmäßigkeit und Proportionalität wurden im Sozialismus bewusst gestaltet und sollten eine effektive und harmonische Entwicklung der verschiedenen Bereiche und Zweige in ihren qualitativen und quantitativen Wechselbeziehungen, Größenordnungen und in ihrem Wachstumstempo sicherstellen.

zu schaffen, dass der Produktionsprozess in den Betrieben und Kombinatene wirtschaftlicher gestaltet werden konnte. Gleichzeitig begann man nun, die noch in 2 gesonderten Verordnungen enthaltenen Rechtsvorschriften über Rechnungsführung und Statistik der Betriebe und Kombinate einerseits und über das staatliche Berichtswesen andererseits zu einer einheitlichen Verordnung zusammenzufassen.

Diese Bemühungen mündeten in eine Neufassung der Verordnung über Rechnungsführung und Statistik und eine grundlegende Anordnung für die Betriebe und Kombinate sowie eine Anordnung über die Durchführung von Inventuren. Mit der „Verordnung vom 20. Juni über Rechnungsführung und Statistik“⁶⁾ und den folgenden Anordnungen⁷⁾ sollte eine große Anzahl bislang in Form von Verordnungen, Durchführungsbestimmungen, Anordnungen und Anweisungen einzeln bestehender Rechtsvorschriften zusammengeführt werden. Diese Einschränkung der Anzahl von Rechtsvorschriften sollte unmittelbar deren Durchsetzung in den Betrieben erleichtern und insgesamt zu einer Erhöhung der Rechtssicherheit beitragen.

Ziel war es, nur so viele Veränderungen gegenüber den bislang gültigen Rechtsvorschriften vorzunehmen, wie aus gesamtstaatlichen Erfordernissen und aus Gründen einer Verbesserung der Leitung und Planung der Betriebe, Kombinate und wirtschaftsleitenden Einrichtungen unbedingt erforderlich war. Hierzu zählte auch die Grundforderung, dass zwischen den Vorschriften der „Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1976 bis 1980“ und der „Rahmenrichtlinie für die Betriebsplanung“ sowie den inhaltlichen und methodischen Festlegungen in Rechnungsführung und Statistik Übereinstimmung bestehen musste.

Durch das „Statut der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom 24. Juli 1975“⁸⁾ schließlich erfolgte eine neue gesetzliche Einordnung der amtlichen Statistik in die gesamte Leitung und Planung der Volkswirtschaft der DDR. Ihr enges Zusammenwirken, insbesondere auch mit der Staatlichen Plankommission, fand ihre rechtliche Grundlegung. Die Verantwortung des Statistischen Dienstes, seine Pflichten und die Schwerpunkte seiner Tätigkeit wurden neu geregelt. Auf den Inhalt des Statuts wird in einem abschließenden Aufsatz zur DDR-Statistik im Statistischen Monatsheft Thüringen - Ausgabe Mai 2022 näher eingegangen werden.

6) Vgl. Gesetzblatt der DDR 1975 I/36, S. 585 ff

7) Vgl. Gesetzblatt der DDR, Sonderdruck Nr. 800 und 801 sowie 1976 I/1 S. 13 ff. und 1976 I/2, S. 21 ff.

8) Vgl. Gesetzblatt der DDR 1975 I/36, S. 639 ff.

9) Unter volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung verstand man in der DDR ein System volkswirtschaftlicher Bilanzen, mit dem anhand ausgewählter Kennziffern in einer Gesamtrechnung die wichtigsten Proportionen und Wechselbeziehungen des Produktionsprozesses der Volkswirtschaft für einen bestimmten Zeitraum nachgewiesen werden konnten.

Aufgaben, Verantwortung und Methoden der amtlichen Statistik nach dem IX. Parteitag der SED

Ausgehend von den Beschlüssen des IX. Parteitages der SED und den grundsätzlichen methodischen Festlegungen der „Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR“ wurde von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik das statistische Berichtswesen für den Zeitraum 1976 - 1980 ausgearbeitet und durchgeführt. Entsprechend den Vorgaben der politischen Entscheidungsträger war man dabei bemüht, die zentralisierten Berichterstattungen mehr auf eine umfassende und zeitnahe Plankontrolle sowie eine verstärkte Bewertung wirtschaftlicher Erscheinungen und Prozesse auszurichten. Durch das Berichtswesen des Statistischen Dienstes wurde versucht auf diese Weise verbesserte Voraussetzungen für eine eingehendere analytische Bearbeitung der verschiedenen volkswirtschaftlichen Bereiche und deren Verflechtungen zu schaffen.

Anforderungen an Rechnungsführung und Statistik

Im Mittelpunkt der Arbeit des Statistischen Dienstes in der 2. Hälfte der 70er Jahre stand die Abrechnung und Analyse der Direktive des IX. Parteitages über die wirtschaftliche Entwicklung der DDR für den Zeitraum 1976 bis 1980 und des daraus abgeleiteten Fünfjahrplanes sowie die Abrechnung und Analyse der Volkswirtschaftspläne. Die Erfüllung dieser Aufgaben stellte als Grundanforderungen an die Tätigkeit der amtlichen Statistik die Ausarbeitung von zahlenmäßigen und verbalen Informationen, welche führungsgerecht, entscheidungsbezogen und zum geeigneten Zeitpunkt der Partei- und Staatsführung vorgelegt werden sollten. Dabei war der Erhöhung der Aktualität und Aussagefähigkeit wichtiger statistischer Ergebnisse und Analysen besonderes Gewicht beizumessen.

Ausbau des volkswirtschaftlichen Bilanzsystems

Die Forderung des IX. Parteitages, eine verbesserte volkswirtschaftliche Bilanzierung zu bewerkstelligen, machte die Weiterentwicklung der in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung⁹⁾ enthaltenen Bilanzen und Kennziffernübersichten erforderlich. Dabei sollte gewährleistet werden, dass die bestehenden Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Bereichen des gesamtwirtschaftlichen Produktions-

prozesses umfassender, tiefer und geschlossener erfasst und bilanziert wurden. Auch waren Kennziffern und Methoden zu entwickeln, die den Prozess der „sozialistischen ökonomischen Integration“ im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung widerzuspiegeln hatten.

Zur Bilanzierung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts¹⁰⁾ und des Nationaleinkommens¹¹⁾ sollten ferner Verflechtungsbilanzen erarbeitet werden, welche der Planung des Fünfjahrplanzeitraumes 1981 bis 1985 zugrunde gelegt werden konnten. Insbesondere war eine Verflechtungsbilanz des gesellschaftlichen Gesamtprodukts aufzustellen, die in einer tiefen Gliederung die Verflechtungsbeziehungen der Erzeugnisgruppen untereinander erfasste und bilanzierte. Sie sollte weitgehend durch Verwendung „ökonomisch-mathematischer“ Methoden und unter Einsatz der EDV gewonnen und ausgewertet werden. Unter Einbeziehung der vergleichbar zu berechnenden Verflechtungsbilanzen 1968 und 1972 waren gleichzeitig gezielte Untersuchungen zu Fragen der Proportionalität und Effektivität des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozesses vorzunehmen.

Intensivierungsmöglichkeiten des Produktionsprozesses

Die Direktive des IX. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR räumte den „qualitativen Wachstumsfaktoren der Produktion“, also einer Verbesserung des Verhältnisses von Aufwand und Ertrag, eine zentrale Stellung ein. Zu einem Kernstück der Arbeit des Statistischen Dienstes wurde daher die Bereitstellung statistischer Informationen in Form solcher Kennziffern, die geeignet waren, Möglichkeiten einer rationelleren Gestaltung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozesses aufzudecken. Im Mittelpunkt der diesbezüglichen Tätigkeit standen vor allem die nachfolgend genannten Aufgaben.

Über den erreichten Nutzen aus Maßnahmen des Planes Wissenschaft und Technik¹²⁾ in Verbindung mit dem Nutznachweis zentral geplanter Investitionsvorhaben sollten zweckdienliche Informationen bereitgestellt werden. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere der Gewinnung von Angaben der auf Wissenschaft und Technik zurückzuführenden Einsparungen an Materialkosten und Arbeitszeit besondere Bedeutung beigemessen. Darüber hinaus sollte zahlenmäßig belegt werden, inwieweit mit Blick auf abgeschlossene Forschungs- und Entwicklungsprojekte des Planes die gewonnenen Ergebnisse in neue Erzeugnisse, Konstruktionen, Verfahren, Methoden oder Standards umgesetzt werden konnten.

Auch der Gewinnung von Angaben über die Auslastung des abnutzbaren Anlagevermögens, insbesondere der hochproduktiven Maschinen, kam nun vermehrt Bedeutung zu. Dabei sollte konkretes Zahlenmaterial sowohl über die zeitliche als auch über die leistungsmäßige Inanspruchnahme des abnutzbaren Anlagevermögens erarbeitet werden. In diesem Zusammenhang war auch ein genauer Nachweis über die Schichtauslastung der Maschinen und maschinellen Anlagen vorzunehmen.

Auf dem Gebiet der Investitionsstatistik sollte die Informations- und Analysenarbeit des Statistischen Dienstes nunmehr verstärkt auf eine Kontrolle der Investitionstätigkeit ausgerichtet werden. Insbesondere war zu überprüfen, ob jedes Investitionsvorhaben zum voraussichtlichen Termin fertiggestellt und in Betrieb genommen, der in Aussicht gestellte Leistungszuwachs erreicht und die geplanten Investitionskosten eingehalten wurden.

Ferner war man bestrebt, mittels Rechnungsführung und Statistik geeignete Voraussetzungen für eine straffe Kontrolle der planmäßigen Senkung des Materialverbrauchs in den Betrieben zu gewährleisten. Dabei wurde vor allem eine Verbesserung der betrieblichen Normenarbeit auf dem Gebiet der Materialwirtschaft beabsichtigt. Wichtige Erkenntnisse über den Stand der Arbeit mit Normen und Normativen des betrieblichen Materialverbrauchs lieferte die hierzu 1976 durchgeführte statistische Erhebung.

Auch war es nunmehr vorrangige Aufgabe der amtlichen Statistik, laufend Informationen über verschiedene Beschäftigungsgruppen, insbesondere über das Produktionspersonal und das Leitungs- und Verwaltungspersonal, zur Verfügung zu stellen. Hierzu zählten vor allem Angaben über die Entwicklung des Qualifikationsniveaus der Beschäftigten, ihren ausbildungsgerechten Einsatz, die Fluktuation usw.. Darüber hinaus sollten genaue Zahlenangaben über die Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Arbeitszeit, die Verringerung der beeinflussbaren Stillstands- und Wartezeiten und über die Einschränkung von Überstunden bereitgestellt werden.

Schließlich sollten mittels Rechnungsführung und Statistik auch noch die Voraussetzungen für die Anwendung von Kostennormativen, -normen und -limits geschaffen werden. Dies sollte dazu beitragen, den rationellen Einsatz der Technik sowie die wirtschaftliche Nutzung von Material, Energie und Arbeitszeit zu fördern und bis zum letzten Arbeitsplatz hin abrechenbar zu gestalten.

10) Im Sozialismus die Gesamtheit der von der Gesellschaft in einem bestimmten Zeitabschnitt, in der Regel einem Jahr, erzeugten materiellen Güter und produktiven Leistungen. Das gesellschaftliche Gesamtprodukt war somit das Gegenstück zum Bruttosozialprodukt.

11) Jener Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, der nach Abzug des Produktionsverbrauchs verblieb und den durch die produktive Arbeit geschaffenen Wert verkörperte.

12) Bestandteil der Fünfjahr- und Jahrespläne aller Bereiche der Volkswirtschaft, welcher auf Grund der Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die Intensivierung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozesses eine zentrale Stellung einnahm.

Berichterstattung über Arbeits- und Lebensbedingungen

Eine weitere Aufgabe der amtlichen Statistik nach dem IX. Parteitag bestand in der Erarbeitung von Unterlagen über die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen, vor allem auf den nachfolgend genannten Gebieten.

Im Zusammenhang mit der „Verwirklichung des langfristigen Wohnungsbauprogramms“ hatte sich die Arbeit der Statistiker insbesondere auf den Nachweis der Planerfüllung im Wohnungsbau, die Entwicklung der Wohnverhältnisse, die Kontrolle von Maßnahmen zur Modernisierung von Wohnungen und der plangerechten Durchführung von Reparaturen sowie die Untersuchung von Bauzeiten und Baupreisen im Wohnungsneubau zu konzentrieren.

Bei der Darstellung der Entwicklung des Lebensstandards war nunmehr in vermehrten Maße auf solche Probleme, wie die vertrags- und qualitätsgerechte Produktion und Lieferung von Konsumgütern an den Handel sowie die Entwicklung neu- und weiterentwickelter Konsumgüter und deren Einführung in die Produktion, einzugehen.

Umfassend und genau abzurechnen waren auch die „neuen Maßnahmen zur Verwirklichung des sozialpolitischen Programms“, insbesondere die im „Gemeinsamen Beschluss des Zentralkomitees der SED, des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) und des Ministerrates über die weitere planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Zeitraum 1976 bis 1980“ vom 27. Mai 1976 enthaltenen Maßnahmen. Diesem Beschluss wurde besondere Bedeutung beigemessen und er sollte daher fortan im Mittelpunkt der statistischen Berichterstattung insbesondere für die Öffentlichkeit stehen. Dies galt sowohl im Hinblick auf die Durchführung dieser Maßnahmen auf den Gebieten der Lohnpolitik, der Renten und Sozialfürsorgeleistungen, der Förderung berufstätiger Mütter sowie der Arbeitszeit und Urlaubsregelung als auch hinsichtlich der Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen. Besonderer Wert wurde in diesem Zusammenhang auch auf eine ständig aktuelle und genaue Abrechnung des Versorgungsplanes der Bevölkerung gelegt, da dieser bei Leitungsentscheidungen zu Versorgungsproblemen einen zentralen Platz einnahm.

13) Bei den Gesellschaftswissenschaften handelte es sich um die marxistische Bezeichnung für jene Wissenschaften, deren Gegenstand die verschiedenen Formen und Seiten des gesellschaftlichen Lebens sind (Geschichte, Wirtschaft, Recht, Sprache, Kunst usw.).

14) Hierbei handelte es sich um ein arbeitsteiliges Entwicklungs- und Rationalisierungsprogramm für elektronische Datenverarbeitungsanlagen und dazugehörige Betriebssysteme sowie Testprogramme in den früheren Ostblockstaaten.

Aufgaben bei der Anwendung der EDV

Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik war zum einen verantwortlich für die gesellschaftswissenschaftliche Forschung¹³⁾ auf dem Gebiet von Rechnungsführung und Statistik. Zum anderen wurden ihr nun in zunehmenden Maße auch Aufgaben von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung bei der EDV-Anwendungsforschung, einem Teilgebiet der naturwissenschaftlich-technischen Forschung und Entwicklung, übertragen. Dabei ging es nicht nur um den Einsatz dieser technischen Hilfsmittel für die Rationalisierung innerhalb von Rechnungsführung und Statistik, sondern gleichfalls um eine Reihe praxisbezogener Vorlaufarbeiten, welche zu einer neuen Qualität der Nutzung der EDV in der DDR-Volkswirtschaft führen sollten.

Unter Berücksichtigung der gewonnenen Erkenntnisse beim schrittweisen Aufbau des Datenspeichers Statistik war daher das geplante Datenbanksystem der amtlichen Statistik zu gestalten. Außerdem sollten wesentliche praxisreife Ergebnisse erreicht werden, wie die Umstellung des zentralen Datenspeichers auf das Einheitliche System der elektronischen Rechentechnik (ESER)¹⁴⁾, die darauf aufbauende Erweiterung der Datenbasis sowie die Schaffung weiterer Anwendungsbeispiele.

Durch diese Entwicklungsarbeiten sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, um bei der Planung des Berichtswesens für 1981 bis 1985 zusätzliche Rationalisierungseffekte für eine einheitliche Gestaltung der Datenerfassung, der Datenspeicherung und der Auswertung zu erzielen zu gewährleisten. Dabei sollten zugleich jene Probleme gelöst werden, die mit der Verbesserung der Organisation des Datenspeicherbetriebes, der Entwicklung eines Datenspeicherauskunftssystems sowie mit der Ausnutzung der Mikrofilmtechnik zusammenhingen.

Leistungsbewertung der Betriebe und Kombinate

Nachdem auf dem IX. Parteitag im Mai 1976 beschlossen worden war, zur Verbesserung der Leitungstätigkeit in der Industrie, die Kombinate zu umfassenden Wirtschaftseinheiten auszubauen und die 5. Tagung des Zentralkomitees im März 1977 die Richtschnur für die „Vervollkommnung bestehender und die Bildung neuer Kombinate“ vorgab, gewannen Fragen der Bewertung betrieblicher Leistungen für die Volkswirtschaft der DDR zunehmend an Bedeutung.

Bereits am 23. März 1976 hatte das Politbüro den Beschluss zur Leistungsbewertung der Betriebe und Kombinate gefasst. Darin war eine Reihe von Kennziffern festgelegt worden, von denen man sich ein solides Fundament für eine umfassende Plankontrolle versprach. Die Mehrzahl dieser Kennziffern war bereits im Berichtswesen der amtlichen Statistik enthalten.

So war bereits erreicht worden, dass fast durchgängig in allen Betrieben bereits am 1. Werktag nach Monatsende wichtige Angaben über die Erfüllung des Planes vorlagen und an den Statistischen Dienst und die jeweils übergeordneten Leitungsbehörden übergeben wurden. Dies betraf insbesondere Kennziffern der industriellen Warenproduktion und des Absatzes, der Vertragserfüllung, des Exports, der Produktion, Lieferung und Warenbereitstellung an Konsumgütern, der Aufgaben auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik, der Investitionstätigkeit einschließlich des Realisierungsstandes wichtiger Investitionsvorhaben sowie der Auslastung bedeutender Anlagegüter.

Eine Anzahl dieser Kennziffern war jedoch noch nicht geeignet, die ihnen zugeordnete Funktion voll auszufüllen. So bestanden beispielsweise noch Probleme hinsichtlich der Vergleichbarkeit über einen längeren Zeitraum. Daher lag es nun an der amtlichen Statistik, in der innerbetrieblichen Arbeit von Rechnungsführung und Statistik diese Kennziffern möglichst genau und aussagefähig zu ermitteln und in ihrer Nachweisführung so zu gestalten, dass sie die betriebliche Leistung besser wiedergaben. Es sollte also gewährleistet werden, dass alle festgelegten Kennziffern für die Leistungsbewertung herangezogen werden konnten, sowohl vom Inhalt als auch von der Aktualität der Vorlage von Zahlen.

Maßnahmen zur Erhöhung des Informationsgehaltes qualitativer Kennziffern

Mit den ab dem Jahr 1977 auf der Grundlage entsprechender Beschlüsse und zentraler Weisungen vorgenommenen Veränderungen im zentralisierten Berichtswesen wurde eine Verbesserung der Plankontrolle und der Leistungsbewertung unter stärkerer Berücksichtigung der qualitativen Kennziffern angestrebt. Die politischen Entscheidungsträger versprachen sich hiervon vor allem mehr und aktuellere Daten für die Analyse des Intensivierungsprozesses. Dabei bestanden die Hauptergebnisse der durchgeführten Maßnahmen im Bereich der Industrie im Wesentlichen in folgendem:

Aufgrund der zunehmenden Bedeutung von Wissenschaft und Technik wurden die statistischen Aussagen und Informationen über die Erfüllung dieses Plananteils insbesondere hinsichtlich der Kontrolle der Erfüllung der Staatsplanaufgaben ausgebaut und inhaltlich weiterentwickelt. Es erfolgte nunmehr eine gesonderte Kontrolle der Aufgaben zur Qualitätsentwicklung im Zusammenhang mit wissenschaftlich-technischen Maßnahmen und eine Abrechnung der ökonomischen Ergebnisse aus den durchgeführten Maßnahmen des Planes Wissenschaft und Technik.

Um eine gleichzeitige Beurteilung der Produktionsplanerfüllung und der Qualität der erzeugten Produkte zu gewährleisten, wurde die quartalsweise Qualitätsberichterstattung¹⁵⁾ mit dem Berichtstermin der Produktionsmeldung in Übereinstimmung gebracht. Damit war es von nun an möglich, quartalsweise zum gleichen Termin über die Durchführung des Produktionsplanes und über die Erfüllung der Aufgaben auf dem Gebiet der Qualität Bericht zu erstatten.

Von einer Erhöhung des Repräsentationsgrades der in die statistische Kontrolle einbezogenen Maschinen und maschinellen Anlagen versprach man sich verbesserte Beurteilungsmöglichkeiten hinsichtlich deren durchschnittlicher täglicher Auslastung in den Betrieben und Kombinat. Im Bereich der Industrie wurde jetzt mehrmals jährlich über die durchschnittliche zeitliche Auslastung wichtiger Produktionsausrüstungen sowie über die Ursachen des Abweichens der tatsächlichen von der technisch möglichen und der geplanten Nutzungszeit Bericht erstattet.

Für die Planung und Leitung des betrieblichen Produktionsprozesses, insbesondere im Zusammenhang mit der Aussonderung veralteter Maschinen und Anlagen, wurden nunmehr solche Kennziffern, wie der Erneuerungsgrad, die Aussonderungsquote, der Verschleißgrad, die Reparaturquote sowie der Automatisierungsgrad von abnutzbaren Anlagegütern ermittelt. Ferner wurde die Informationsbasis zur Kontrolle der Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen der Betriebe dergestalt weiterentwickelt, dass von nun an quartalsweise Angaben über die Dauer, die Ursachen und den Abbau von Vertragsrückständen bereitgestellt werden konnten.

Schließlich wurden noch als notwendig erachtete Maßnahmen durchgesetzt, um die Bildung konstanter Planpreise für neue und weiterentwickelte Erzeugnisse auf der Grundlage des Preis-Leistungs-Verhältnisses vorzunehmen. Die hierzu herausgege-

15) Abrechnung der gesamten prüfpflichtigen Warenproduktion und die ausgewählter prüfpflichtiger Ergebnisse nach 4 Qualitätsstufen.

benen Richtlinien gegenüber den Betrieben waren darauf gerichtet, bei der Planung und Abrechnung der industriellen Warenproduktion zu konstanten Planpreisen zu gewährleisten, dass die nach dem Preis-Leistungs-Verhältnis anerkannten höheren Gebrauchswerte voll berücksichtigt und als tatsächlicher Leistungszuwachs der industriellen Warenproduktion dargestellt wurden.

Kontrolle der Leistungsentwicklung der Kombinate

Eine der wesentlichsten Aufgaben bei der weiteren Gestaltung des „Einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“ im Jahre 1979 ergab sich aus den Beschlüssen der Parteiführung und des Ministerrates zur „Neubildung, Weiterentwicklung und Festigung“ von direkt den Ministerien unterstellten Kombinat. Daraus gingen neue Anforderungen an Rechnungsführung und Statistik in diesen Wirtschaftseinheiten und die Informationsarbeit der amtlichen Statistik, sowohl auf zentraler als auch auf regionaler Ebene, hervor.

Durch die Leitungen der Betriebe und Kombinate sowie die statistischen Dienststellen waren die Voraussetzungen zu schaffen, welche ab Jahresbeginn 1979 eine „ordnungsgemäße“ Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes nach Betrieben und Kombinat gewährleisten sollten, die in Durchsetzung der Beschlüsse zur Kombinatbildung ab 1. Januar 1979 wirksam wurde. Zu den Aufgaben der amtlichen Statistik gehörte hierbei auch die vollständige Aktualisierung aller Arbeitsmittel zur Planabrechnung, wie zum Beispiel die Systematik der wirtschaftsleitenden Organe (WO-Schlüssel)¹⁶⁾ und die Zuordnung der Betriebe im statistischen Betriebsregister. Neben der Planabrechnung waren zugleich die erforderlichen Arbeiten zur Gewährleistung einer längerfristigen Vergleichbarkeit bedeutender Kennziffern nach der neuen Leitungsstruktur in die Wege zu leiten.

Die Informations- und Analysearbeit des Statistischen Dienstes konzentrierte sich weiterhin in bedeutendem Maße auf den Stand der Plandurchführung durch die Kombinatbetriebe, da deren umfassende Planerfüllung wiederum die Grundvoraussetzung für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben des Kombinat in seiner Gesamtheit darstellte. Darüber hinaus wurde es in Übereinstimmung mit der Planung als notwendig erachtet, die Leistungs- und Effektivitätsentwicklung der Kombinate selbst als Wirtschaftseinheit über ein geeignetes Kennziffernsystem darzustellen und zu verfolgen. Besondere Bedeutung wurde dabei solchen Aussagen zugeschrieben, die es ermöglichten, den Beitrag der

Kombinate zur Erhöhung des verteilbaren volkswirtschaftlichen Endprodukts¹⁷⁾ sichtbar zu machen. Für Rechnungsführung und Statistik erwuchs in diesem Zusammenhang die Aufgabe, die innerkombinatliche Kooperation und die für die Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs hergestellten und abgesetzten Erzeugnisse kontrollfähig auszuweisen und zu analysieren.

Erarbeitung von Informationsmaterialien

Durch Parteiführung und Regierung sowie auch durch die Bezirks- und Kreisleitungen der SED und die örtlichen Räte wurde regelmäßig eine Auswertung der Plandurchführung vorgenommen. Die in kurzfristigen Zeitabständen durchgeführte, straff organisierte Plankontrolle war dazu gedacht, den Partei- und Staatsorganen laufend Einblick in das Plangeschehen in ihrem Verantwortungsbereich zu ermöglichen. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der Planerfüllung und der Entwicklung derjenigen Betriebe und Bereiche, die eine herausragende Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft aufwiesen. Wichtige Grundlage für die Beurteilung waren u. a. die Berichte der statistischen Dienststellen. Hinsichtlich der Art und der Bereitstellungstermine der wichtigsten Informationsmaterialien konnte die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik im Fünfjahrplanzeitraum 1976 bis 1980 folgenden Stand vorweisen: Im zehntägigen Rhythmus wurde über die wichtigsten Ergebnisse der Planerfüllung in der Industrie Bericht erstattet. Gegenstand der Zahlenangaben und verbalen Einschätzung waren hierbei insbesondere die industrielle Warenproduktion, der Export und die Herstellung von Fertigerzeugnissen für die Bevölkerung. Vergleichbare Informationsmaterialien wurden jeweils am ersten bzw. zweiten Werktag nach Dekadenschluss auch für das Bauwesen, den Handel und das Transportwesen erarbeitet. Die Einschätzung der voraussichtlichen Planerfüllung für den jeweiligen Monat wurde durch die zuständigen Ministerien vorgenommen.

Am 3. Werktag nach Ablauf eines jeden Monats wurde vom Statistischen Dienst ein Zahlenbericht mit Vormonatsergebnissen der Industrie zur Verfügung gestellt. Der Umfang der zur Darstellung gebrachten Tatbestände dieses Tabellenwerkes war etwas weiter gefasst als jener des Dekadenberichts. So enthielt der Monatsbericht beispielsweise auch Zahlenangaben, die das Ausmaß der Erfüllung von Vertragsverpflichtungen durch Industriebetriebe zum Ausdruck brachten.

16) Verbindlicher Schlüssel für die Gruppierung von Betrieben, Kombinat, Staatsorganen und Einrichtungen, welche eine wirtschaftsleitende Funktion ausübten oder die Aufgaben eines Fondsträgers für die Planung, Bilanzierung, Realisierung und Abrechnung wahrnahmen.

17) Gesamtheit der von einem Bereich der Volkswirtschaft hergestellten und abgesetzten Produkte und materiellen Leistungen, welche nicht wieder als Arbeitsgegenstände in den Produktionsprozess des jeweils betrachteten Bereiches eingingen.

Bereits am 4. Werktag nach Monatsende erfolgte die Weitergabe einer Kurzinformation über die Hauptergebnisse der Planerfüllung in der Industrie, im Bauwesen und auf dem Gebiet der Investitionen. Das mit diesem Monatsbericht verfolgte Anliegen war es, insbesondere durch Zahlenangaben und textliche Erläuterungen die tatsächliche Planerfüllung im Berichtsmonat nachzuweisen und das Ausmaß der voraussichtlichen Planerfüllung im Folgemonat einzuschätzen.

Ein ausführlicher Informationsbericht in Textform mit tabellarischen und graphischen Übersichten wurde am 6. Werktag eines jeden Monats übergeben. Dieser hatte neben der Berichterstattung über die Planerfüllung und die wirtschaftliche Entwicklung aller bedeutenden Bereiche der Volkswirtschaft im vorangegangenen Monat auch eine Voreinschätzung der Planerfüllung in den beiden Folgemonaten zum Inhalt. Ergänzt wurde dieser Informationsbericht u. a. durch volkswirtschaftliche Querschnittsanalysen, wie z. B. die Auslastung wichtiger Produktionsanlagen.

Eine wichtige Aufgabe für die amtliche Statistik bestand schließlich in der Erarbeitung des Jahresberichts über die Erfüllung der Direktive des IX. Parteitagess sowie des Fünfjahrplanes für die Jahre 1976 bis 1980. Konkret auf die Bezirks- und Kreisebene bezogen, handelte es sich hierbei um die jährlichen Berichte über die Planerfüllung und wirtschaftliche Entwicklung im Fünfjahrplanzeitraum. Dieser Bericht war ein statistisches Material für die langfristige strategische Arbeit der örtlichen Partei- und Staatsorgane, insbesondere für die Planungsbehörden. Er war des Weiteren Grundlage für die langfristige analytische Arbeit der Bezirks- und Kreisstellen selbst im Sinne einer Dokumentation und eines Nachschlagewerkes.

Die aufgeführten Informationsmaterialien wurden von der Zentralstelle für Statistik der obersten Staats- und Parteiführung zur Verfügung gestellt. Die vom Prinzip her ähnlich gestalteten statistischen Berichte der Bezirks- und Kreisstellen wurden in erster Linie für die Bezirks- und Kreisleitungen der SED sowie die örtlichen Räte erarbeitet. Einer breiten Öffentlichkeit hingegen standen diese Informationsmaterialien nicht zur Verfügung. Sie wurden vielmehr häufig als Verschlussache behandelt, zu denen nur ein eng begrenzter Personenkreis Zugang hatte.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgruppe Betriebsgeschichte der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (Gerd Füge, Albert Kindelberger, Siegfried Meyrich): Allgemeine Entwicklung der Aufgabenstellung, Arbeitsweise und Organisation der staatlichen Statistik der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1980, Berlin 1987 (unveröffentlicht, als Kopie im Archiv des StBA).
- Donda, Arno, Eva Herrde, Otfried Kuhn und Richard Struck: Statistik (Lehrbuch), 6. Auflage, Berlin 1986
- Donda, Arno (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaft, Band Rechnungsführung und Statistik, 2. Auflage, Berlin 1987
- Gesetzblatt der DDR, insbesondere die Jahrgänge 1949 bis 1980
- Hölder, Egon (Hrsg.): Im Trabi durch die Zeit, 40 Jahre Leben in der DDR, mit einem Geleitwort von Rainer Eppelmann, Stuttgart 1992
- Kockel, Klaus: Ausgewählte Probleme der früheren DDR - Statistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv 1992, S. 1
- Kusch, Günter, Rolf Montag, Günter Specht und Konrad Wetzker: Schlußbilanz DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991
- Lexikonredaktion des VEB Bibliographisches Institut Leipzig (Hrsg.): Meyers Universal Lexikon, 3. Auflage, VEB Bibliographisches Institut Leipzig, Leipzig 1980
- Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Arbeitsgruppe Betriebsgeschichte (Gerd Füge, Albert Kindelberger, Siegfried Meyrich): Beiträge zur Geschichte der Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1982-1985 (unveröffentlicht, als Kopie im Archiv des StBA)
- Mitteilungen des Ministerrates vom 16.06.1970, Nr. 10
- Rösler, Jörg: Zwischen Plan und Markt: Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 bis 1970, Berlin 1991
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Monatszeitschrift Statistische Praxis, insbesondere die Jahrgänge 1949 bis 1979

FAKTEN

AUS 30 JAHREN TLS



Die Forschungsdatenzentren (FDZ) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder feiern bereits 20-jähriges Bestehen. Seit ihrer Gründung im Jahr 2001 (FDZ des Statistischen Bundesamtes) bzw. 2002 (FDZ der Statistischen Ämter der Länder) ermöglichen die FDZ der Wissenschaft den Zugang zu den Mikrodaten der amtlichen Statistik.

Mittlerweile bieten die FDZ über 2000 Datenbestände aus rund 130 thematisch breitgefächerten statistischen Erhebungen an. Seit ihrem Bestehen haben die Forschungsdatenzentren über 3700 wissenschaftliche Projekte, 400 wissenschaftliche Einrichtungen und 6300 Datennutzerinnen und -nutzer mit Mikrodaten aus der amtlichen Statistik unterstützt.

135/92

Thüringer
Landesamt
für Statistik



~ Presseinformation ~

Kindertagesstätten in Thüringen

Nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik gab es Ende des Jahres 1991 in Thüringen 2 971 Tageseinrichtungen für Kinder mit einer Kapazität von fast 169 000 Plätzen.

Der Schwerpunkt lag dabei im Betreuungsangebot der drei- bis sechsjährigen Kinder.

In 1 746 Kindergärten standen Plätze für fast 110 000 Kinder dieser Altersgruppe zur Verfügung. Somit hatte jedes Kind ab einem Alter von 3 Jahren in Thüringen die Möglichkeit, einen Kindergarten zu besuchen.

Für Säuglinge und Kleinkinder (Alter bis 3 Jahre) standen in Thüringen 828 Kinderkrippen mit 35 600 Plätzen zur Verfügung.

In Einrichtungen, in denen Kinder unterschiedlicher Altersgruppen gemeinsam betreut werden, sowie in kindergartenähnlichen Einrichtungen, z.B. sogenannten Spielkreisen, waren insgesamt 23 400 Plätze vorhanden.

In den Kindertageseinrichtungen Thüringens arbeiteten Ende 1991 rund 26 700 Personen, die meisten von ihnen waren Frauen (95,7 Prozent). Der Anteil der Teilzeitkräfte und der nebenberuflich Tätigen lag bei 19 Prozent.

Erfurt, den 10. Dezember 1992

Weitere Informationen: Thüringer Landesamt für Statistik
Leipziger Str. 71, D - 5010 Erfurt
Telefon (Erfurt) 571494, Telefax (003761) 26231

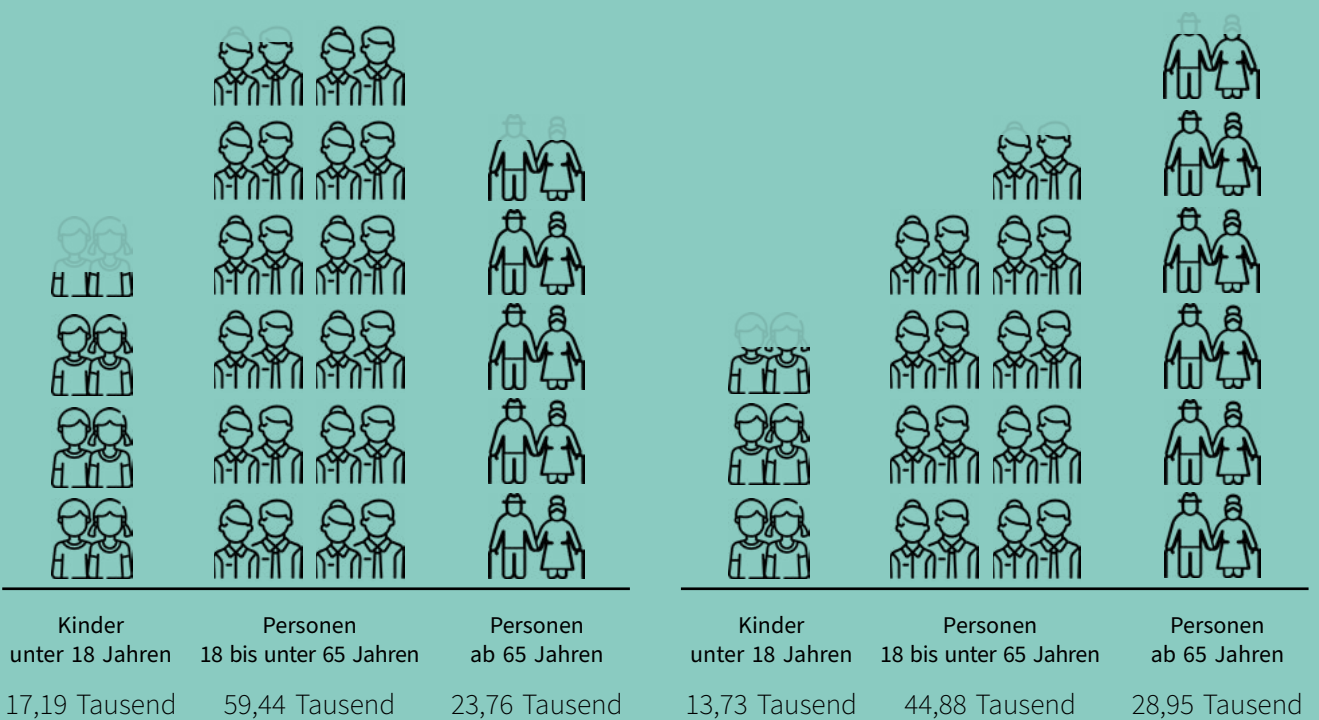
THÜRINGEN 2040

Bevölkerungsvorausberechnung in Thüringen

EICHSFELD

2018

2040



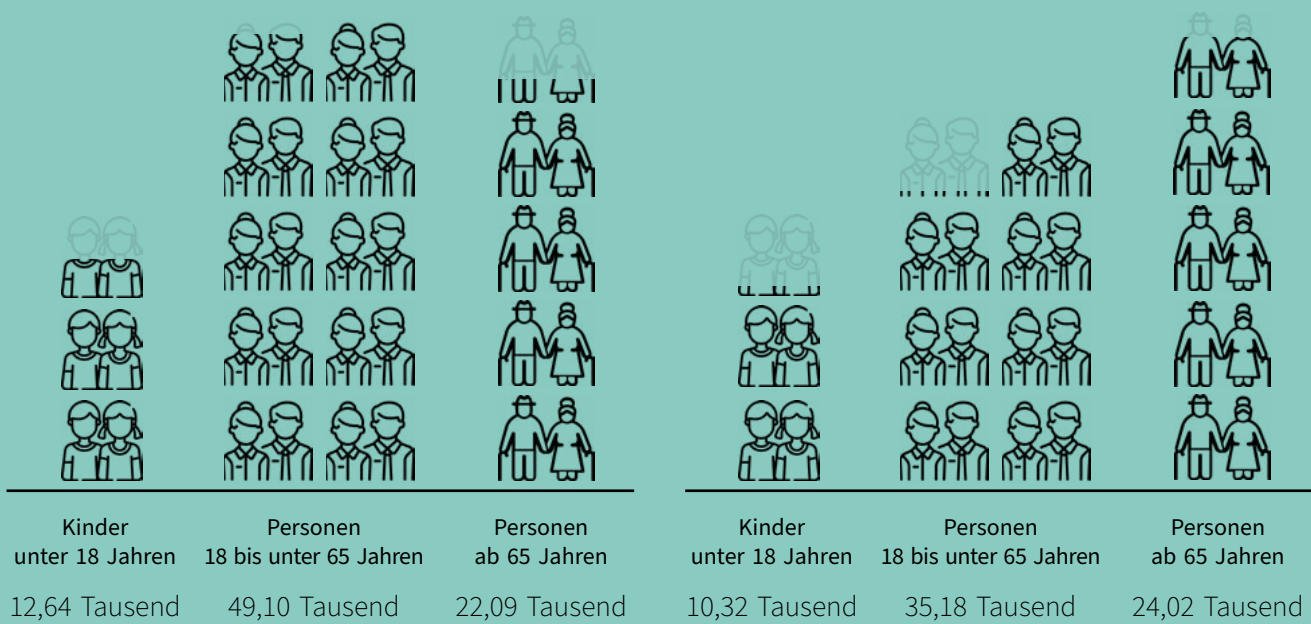
= 5.000 Personen


Bevölkerungsvorausberechnung in Thüringen

NORDHAUSEN

2018

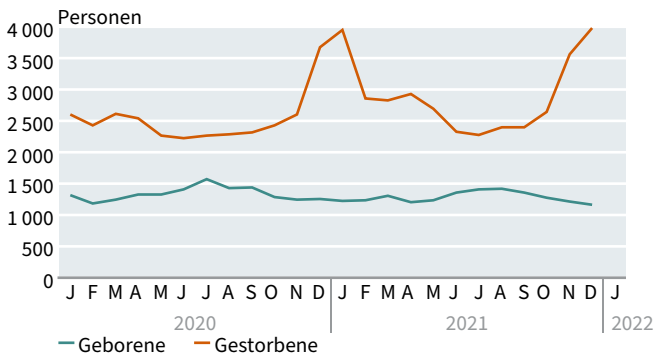
2040



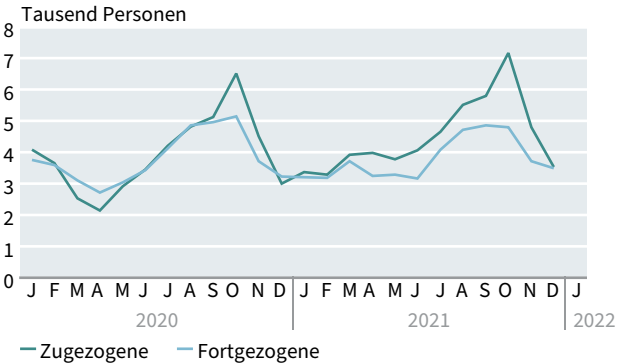
 = 5000 Personen

GRAFIKEN

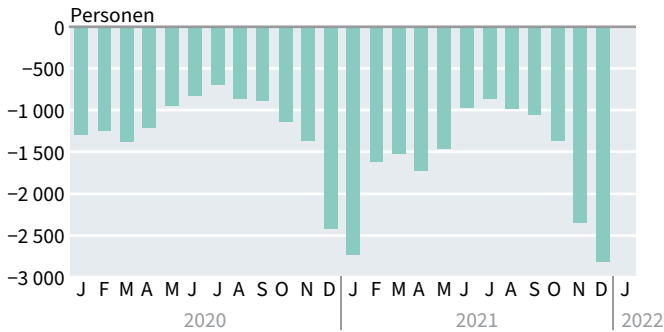
Geborene und Gestorbene



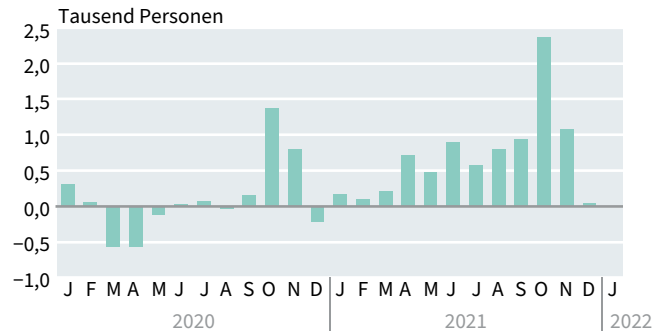
Über die Landesgrenzen Zu- bzw. Fortgezogene



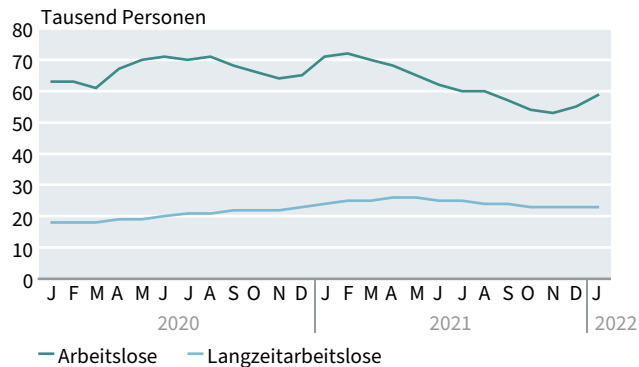
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)



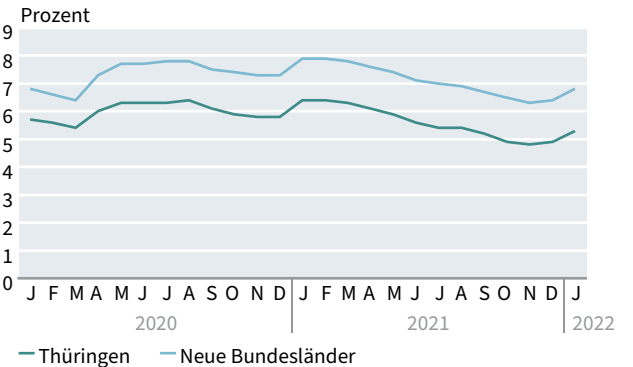
Wanderungsgewinn bzw. Verlust (-)



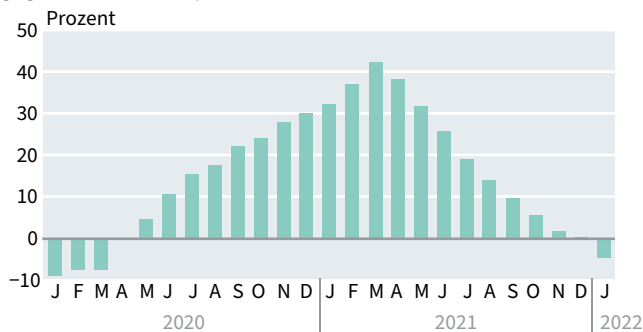
Arbeitsmarkt



Arbeitslosenquote



Veränderung der Zahl der Langzeitarbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat

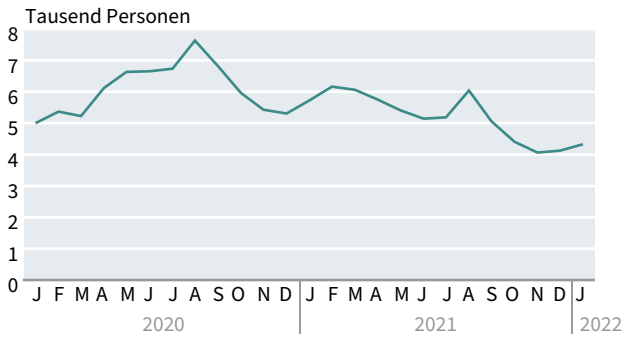


Veränderung der Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



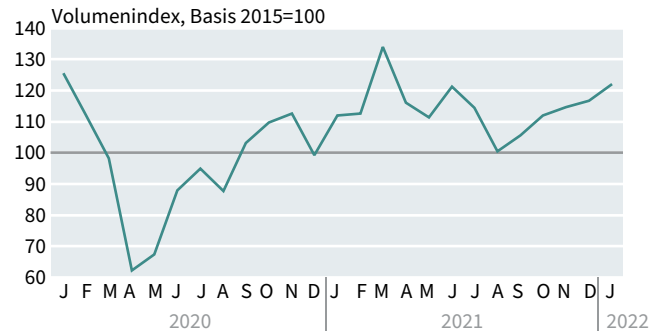
Arbeitsmarkt

Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

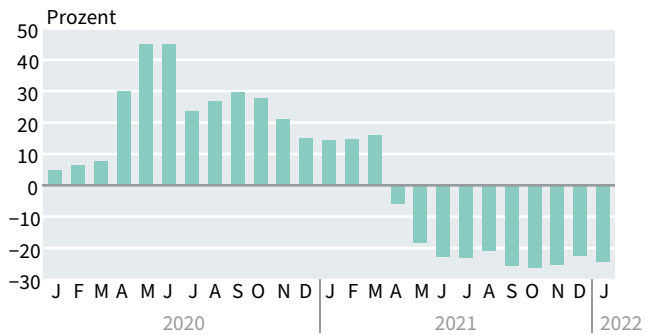


Auftragseingangindex

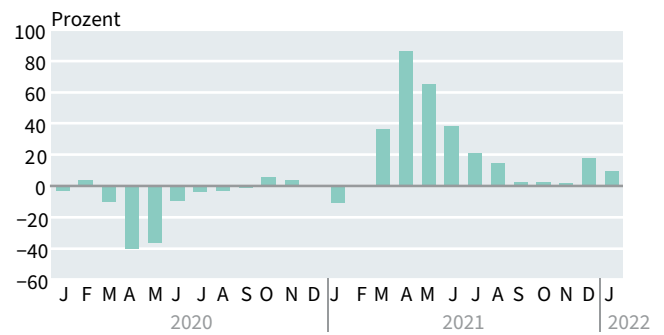
Verarbeitendes Gewerbe



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

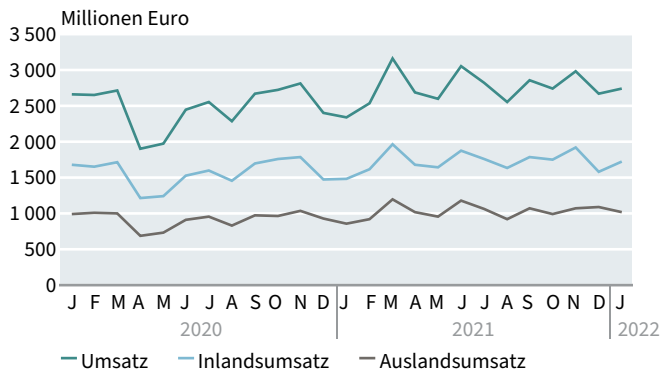


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



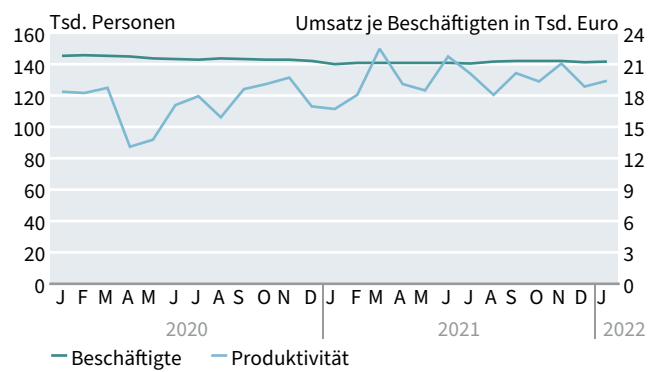
Umsatz

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

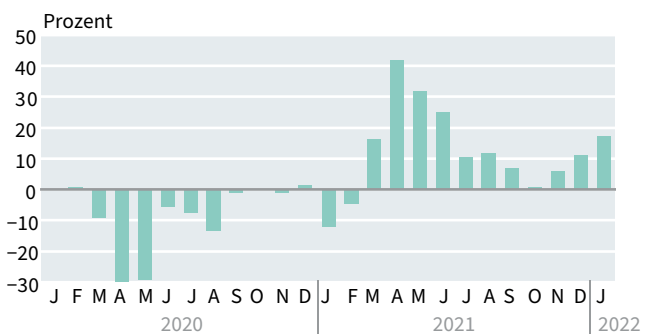


Beschäftigte und Produktivität

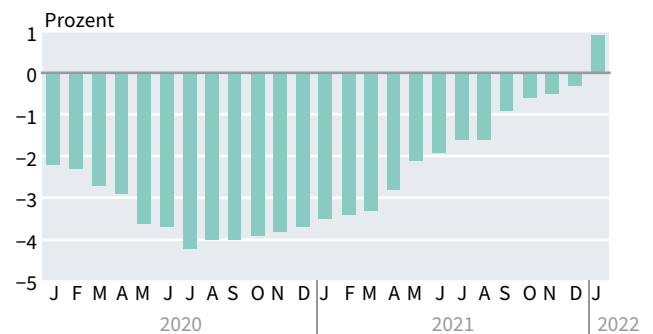
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



Veränderung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat



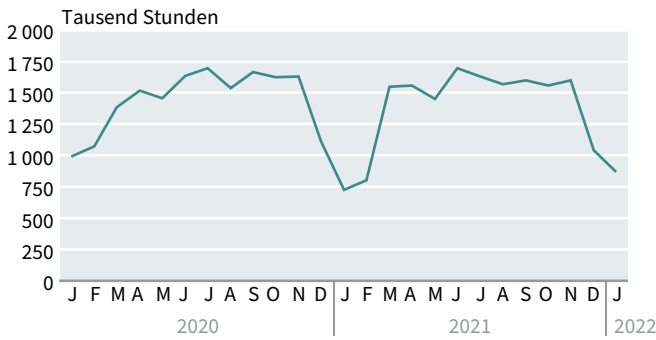
Veränderung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat



GRAFIKEN

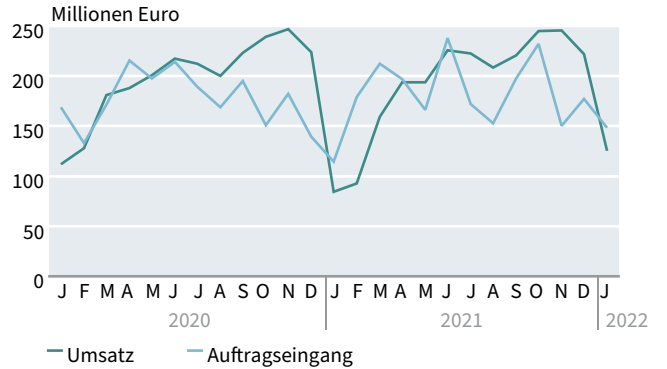
Geleistete Arbeitsstunden

Bauhauptgewerbe

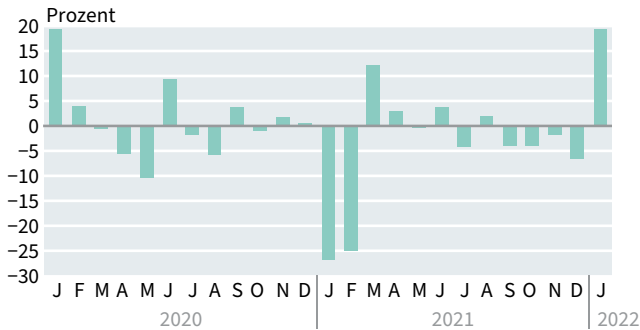


Umsatz und Auftragseingang

Bauhauptgewerbe

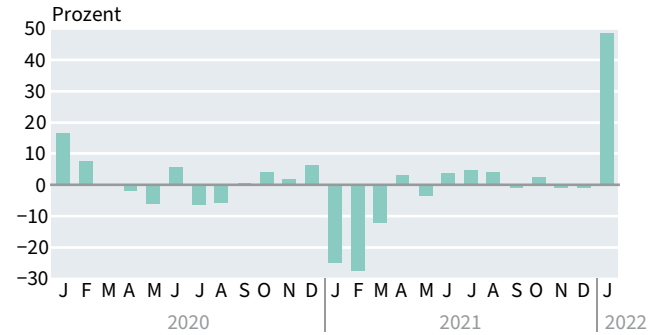


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



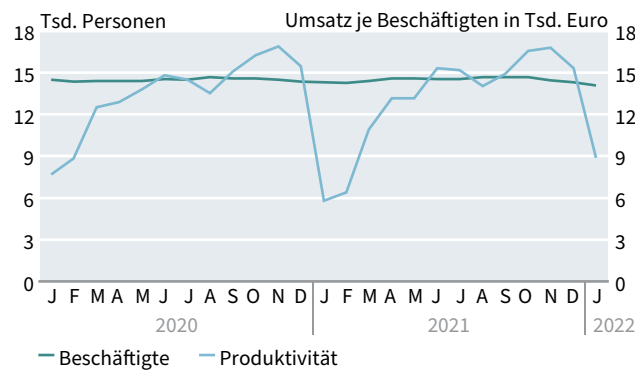
Veränderung des Umsatzes

gegenüber dem Vorjahresmonat

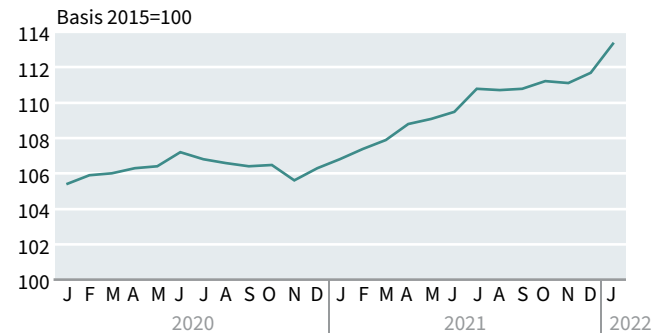


Beschäftigte und Produktivität

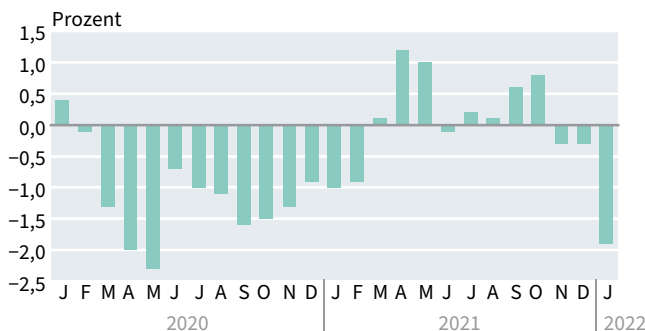
Bauhauptgewerbe



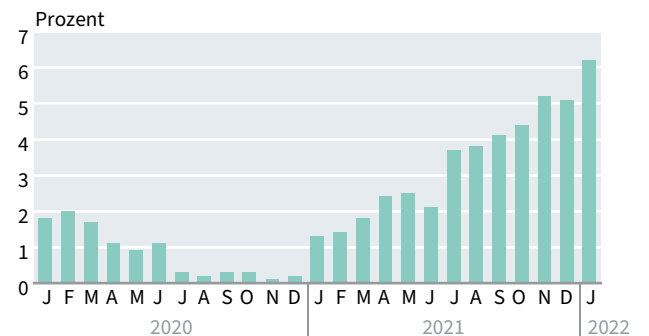
Verbraucherpreisindex



Veränderung der Beschäftigtenzahl
gegenüber dem Vorjahresmonat

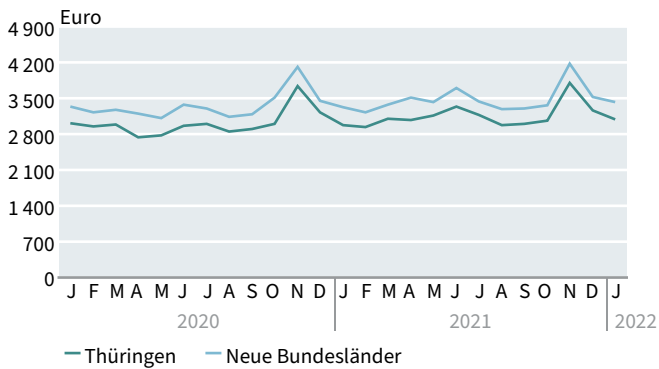


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

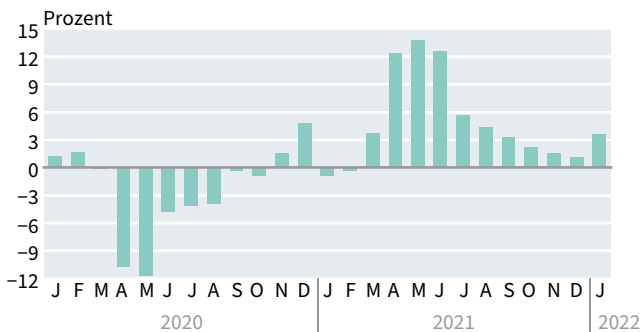


Entgelte je Beschäftigten

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

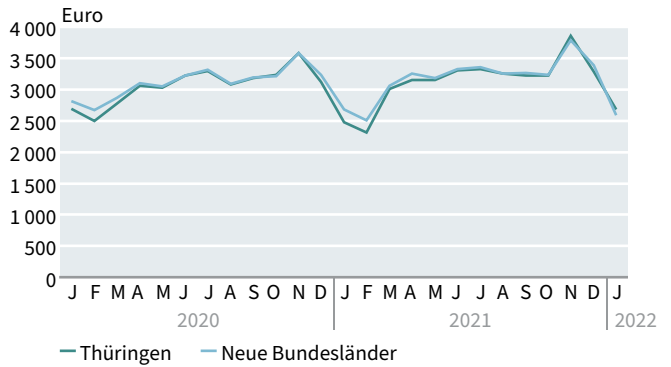


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



Entgelte je Beschäftigten

Bauhauptgewerbe

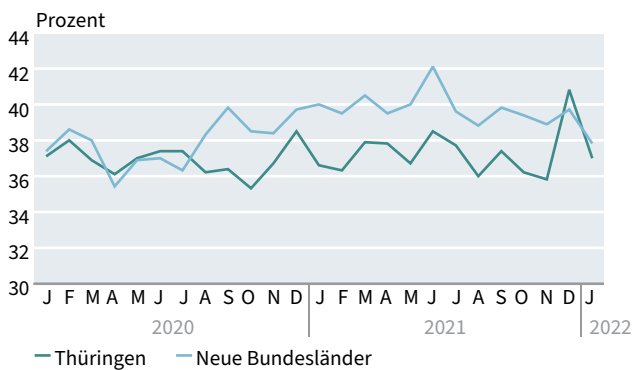


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

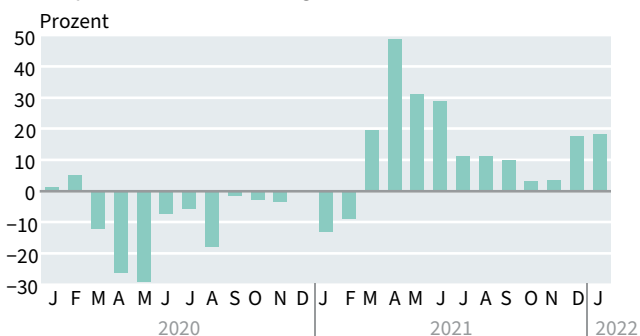


Exportquote

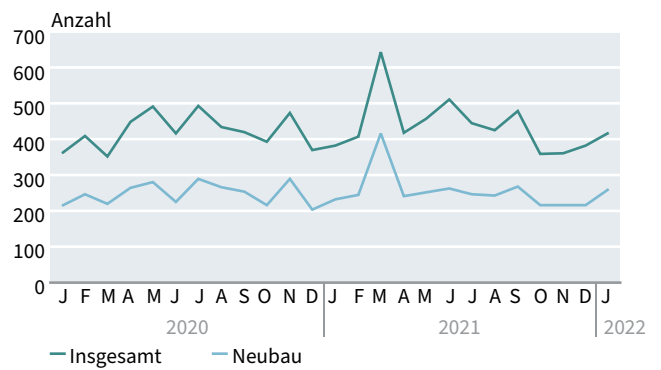
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



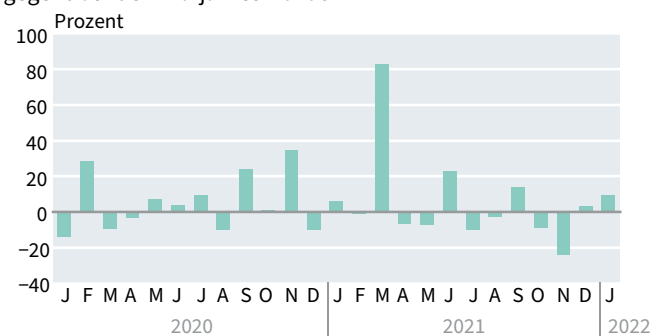
Veränderung des Auslandsumsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



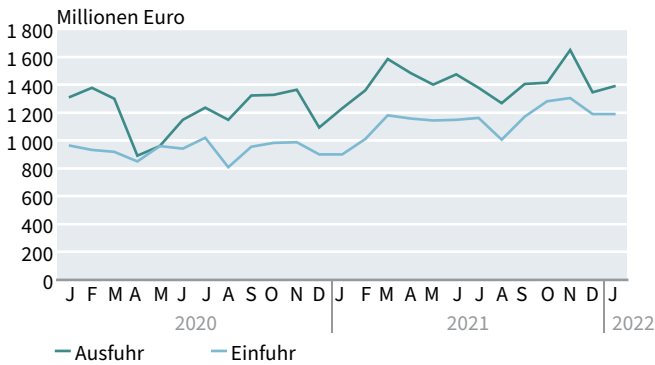
Baugenehmigungen



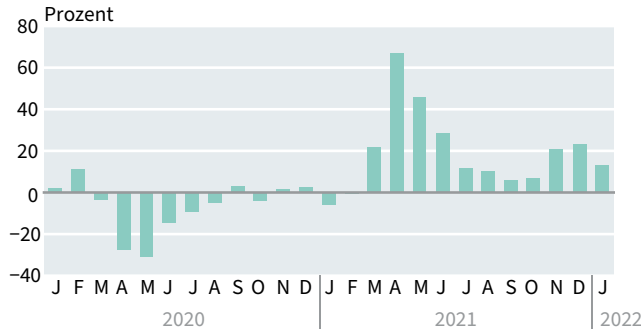
Veränderung der Baugenehmigungen gegenüber dem Vorjahresmonat



Außenhandel

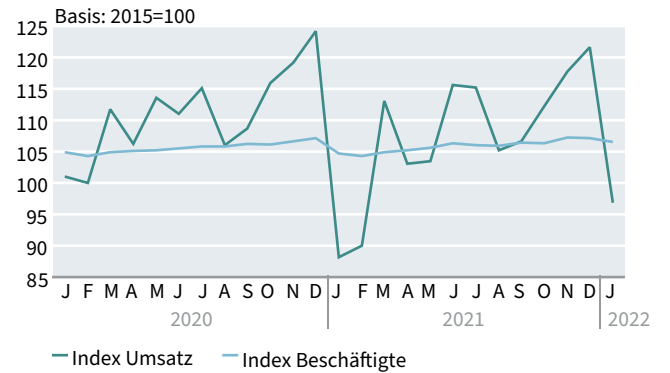


Veränderung der Ausfuhr gegenüber dem Vorjahresmonat

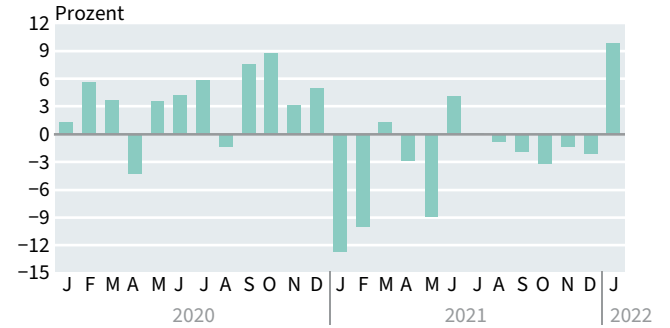


Index des Umsatzes und der Beschäftigten Einzelhandel

Einzelhandel

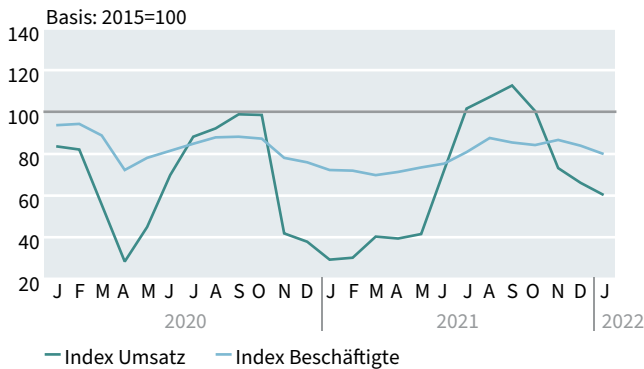


Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat

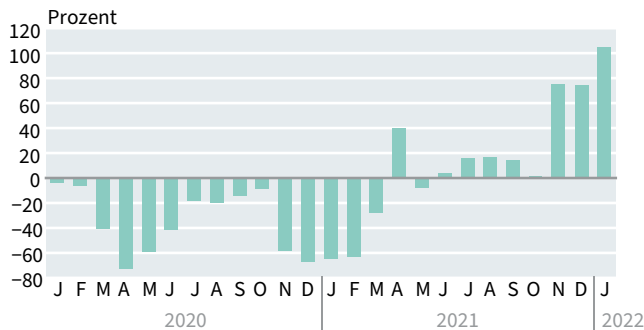


Index des Umsatzes und der Beschäftigten Gastgewerbe

Gastgewerbe

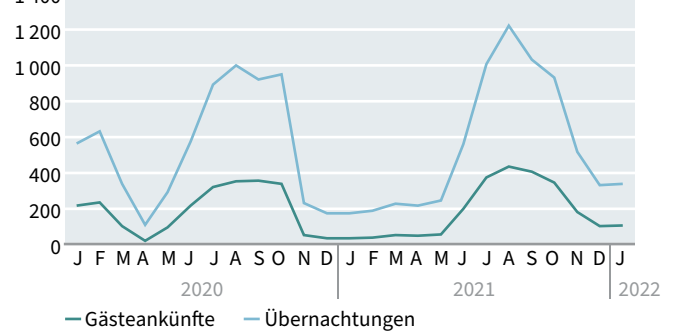


Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat

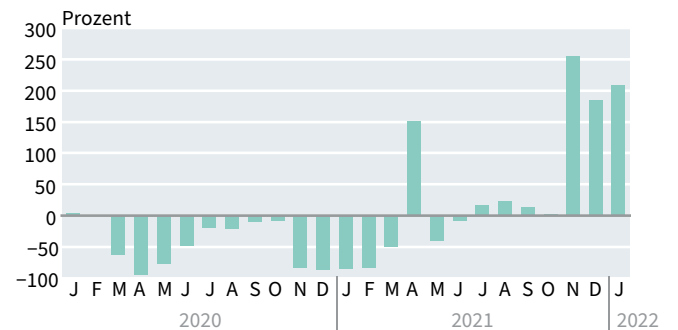


Beherbergung

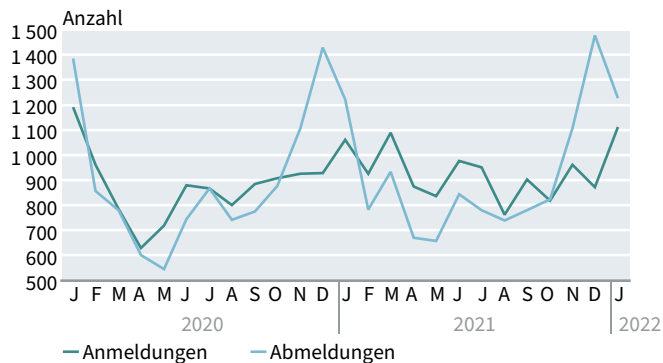
Tausend



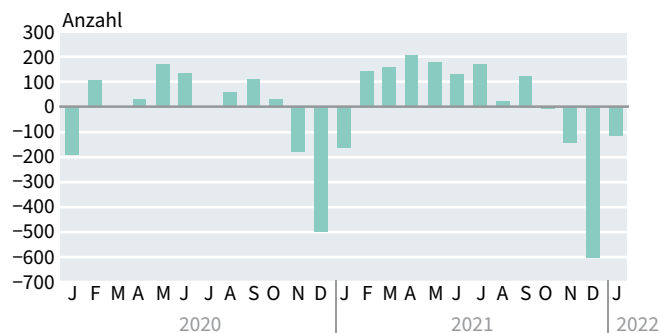
Veränderung der Gästeankünfte gegenüber dem Vorjahresmonat



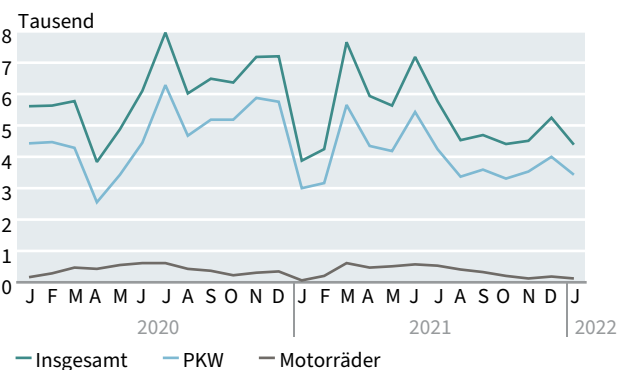
Gewerbean- und -abmeldungen



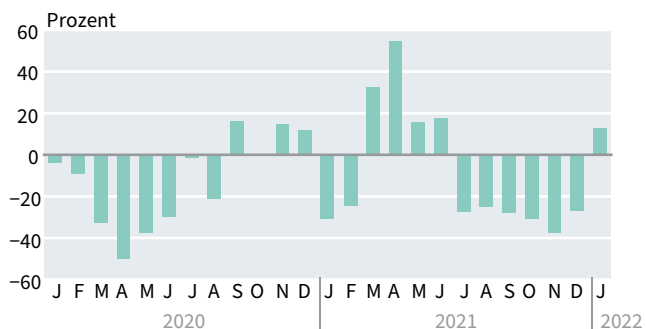
Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen



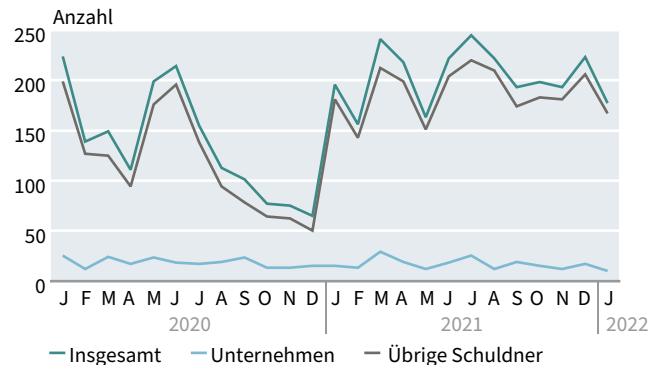
Zulassung neuer Kraftfahrzeuge



Veränderung der Zahl der Zulassungen gegenüber dem Vorjahresmonat



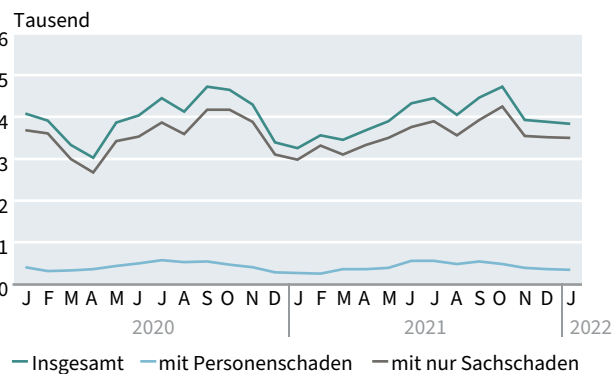
Insolvenzen



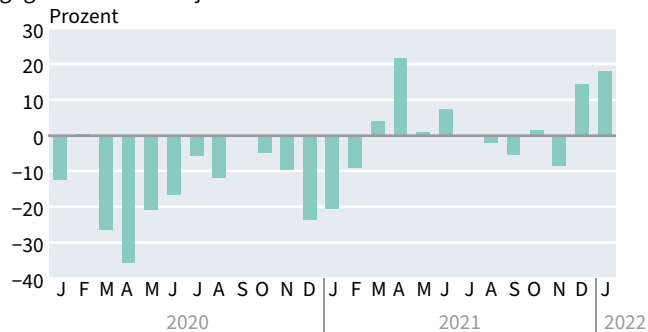
Veränderung der Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat



Straßenverkehrsunfälle



Veränderung der Zahl der Straßenverkehrsunfälle gegenüber dem Vorjahresmonat





WIESO WESHALB WARUM

Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Zur Erforschung sozialer, wirtschaftlicher oder ökologischer Fragestellungen werden u. a. komplexe, statistische Methoden der empirischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften angewendet. Dabei werden große Datenmengen aus Befragungen und Erhebungen bis ins Detail analysiert, um die vielschichtigen, gesellschaftlichen Zusammenhänge zu untersuchen und erklären zu können. Für die empirisch forschende Wissenschaft ist der Zugang zu den Daten der amtlichen Statistik deshalb von besonders hohem Interesse. Die Statistischen Ämter bieten einen überaus umfangreichen Fundus an Informationen und Daten zu einer Vielzahl von sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen, agrar- und umwelt- oder auch steuer-, rechts- und finanzwissenschaftlichen Fragestellungen.

Mit dem Dienstleistungsangebot der Forschungsdatenzentren (FDZ) gewähren die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einen komfortablen Zugang zu den Mikrodaten der amtlichen Statistik. Das Datenangebot umfasst ein breites thematisches Spektrum und ist damit für empirische Forschungsarbeiten aus unterschiedlichsten wissenschaftlichen Disziplinen interessant. Als Arbeitsgemeinschaft aller Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird das Daten- und Dienstleistungsangebot an zahlreichen regionalen Standorten in ganz Deutschland angeboten, so auch im Thüringer Landesamt für Statistik in Erfurt.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bieten als führende Informationsdienstleister ein qualitativ hochwertiges und thematisch breitgefächertes

Angebot an statistischen Analysen und Publikationen. Sie beleuchten anhand der Sozial- und Wirtschaftsstatistiken sowie Finanz-, Rechtspflege-, Steuer-, Agrar- und Umweltstatistiken vielerlei Aspekte der Gesellschaft und decken damit den Informationsbedarf unterschiedlichster Adressatinnen und Adressaten in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Presse und Privatbereich. Die Statistischen Ämter stellen dabei stets die „Neutralität, Objektivität und fachliche Unabhängigkeit“¹⁾ ihrer Publikationen sicher und liefern mit diesen, für alle interessierten Personen frei zugänglichen Veröffentlichungen eine objektive Informationsquelle bzw. einen wichtigen Beitrag „damit sich jede und jeder ein fundiertes Bild über Deutschland machen kann und demokratische Entscheidungen auf Basis von hochwertigen amtlichen Daten getroffen werden“.²⁾

Das breite Angebot statistischer Veröffentlichungen auf unterschiedlichsten Publikationswegen (wie bspw. Pressemitteilungen, Statistische Berichte, Datenbanken, Analysen und Aufsätze) deckt eine Vielzahl der Informationsbedarfe in Politik und Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft sowie Wissenschaft und Forschung. Jedoch vermögen die aggregierten Statistiken in Form standardisierter Veröffentlichungen nicht alle Fragestellungen, vor allem seitens der Wissenschaft, adäquat genug beantworten zu können. Immer vielschichtiger werdende Zusammenhänge in Wirtschaft und Gesellschaft bedürfen zunehmend komplexerer, wissenschaftlicher Analysen. Um komplizierte Forschungsfragen angemessen untersuchen zu können, sind entsprechend komplexe, mathematisch-statistische Methoden der empirischen Forschung auf Basis von Mikrodatensätzen nötig. Deshalb bieten die Statistischen Ämter der Wissenschaft einen komfortablen Zugang zu den sogenannten Mikrodaten, d. h. zu den Einzeldaten der diversen Erhebungen, um eigene Analysen auf Basis dieser amtlichen Datensätze durchführen zu können. Erst damit lassen sich komplizierte Forschungsdesigns umsetzen, spezielle Langzeit-, Panel- und Querschnittsanalysen durchführen oder etwaige Korrelationen und multivariate Verfahren berechnen.

Die FDZ helfen dabei das Informationspotential der amtlichen Statistiken für die Wissenschaft nutzbar zu machen und ermöglichen auf diesem Weg hochwertige, empirische Forschung auf Basis amtlicher Einzeldaten. Dafür stellen die FDZ ein breitgefächertes Mikrodatenangebot, auf unterschiedlichen Nutzungswegen, an deutschlandweit verfügbaren Standorten bereit. Die FDZ halten die Einzeldaten aller Bundesländer als zusammengefasste Mikrodatenbestände für das gesamte Bundesgebiet vor. An jedem der 20 regionalen FDZ-Standorte kann das gesamte Datenangebot der FDZ genutzt werden.

Im FDZ können die Einzeldaten sämtlicher Erhebungen der Statistischen Ämter für wissenschaftliche Zwecke genutzt bzw. ausgewertet werden. Davon stehen die am häufigsten nachgefragten Datenmaterialien als standardisiert aufbereitetes Datenangebot, samt Zusatzdokumentationen zur Verfügung. Dieses Standarddatenangebot umfasst Mikrodaten aus über 120 amtlichen Statistiken der Bereiche Sozial-, Wirtschafts-, Steuer-, Rechts-, Agrar- und Umweltstatistiken für ganz Deutschland. Ein kleiner Auszug verdeutlicht die thematische Breite des FDZ-Datenangebotes:

- AFiD-Panel Energieunternehmen
- AFiD-Panel Industrieunternehmen
- AFiD-Panel Unternehmensregister
- AFiD-Modul Umweltschutz
- Agrarstrukturerhebung
- Berufsbildungsstatistik
- Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
- Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
- Körperschaftsteuerstatistik
- Krankenhausstatistik
- Lohn- und Einkommensteuerstatistik
- Mikrozensus
- Statistik der Baufertigstellungen
- Statistik der Straßenverkehrsunfälle
- Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe
- Strafverfolgungsstatistik
- Studenten- und Prüfungsstatistik
- Todesursachenstatistik
- Umsatzsteuerstatistik
- Verdienststrukturerhebung
- Zensus

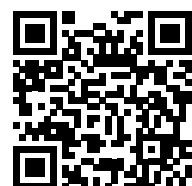
Die FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder tragen maßgeblich dazu bei, die Dateninfrastruktur in Deutschland zu verbessern. Mit ihrer Gründung im Jahr 2001 (FDZ des Statistischen Bundesamtes) bzw. 2002 (FDZ der Statistischen Ämter der Länder) haben die FDZ den Zugang zu den Mikrodaten der amtlichen Statistik institutionalisiert, ein thematisch breit gefächertes Datenangebot mit verschiedenen Zugangswegen etabliert und eine entsprechende Infrastruktur, mit deutschlandweit verbreiteten Standorten geschaffen. Damit konnten in den letzten 20 Jahren rund 3 700 Forschungsprojekte, 400 wissenschaftliche Einrichtungen und 6 300 Datennutzerinnen und -nutzer mit Mikrodaten aus der amtlichen Statistik unterstützt werden, was gleichermaßen als Beleg für die wissenschaftliche Relevanz der amtlichen Statistiken, als auch für die Erfolgsgeschichte der FDZ zu verstehen sein dürfte.

Weitere Informationen finden Sie unter:
<https://www.forschungsdatenzentrum.de>

1) §1 Bundesstatistikgesetz (BStatG).

2) Vgl.: Ihr Nutzen. Unser Auftrag. Statistisches Bundesamt. S.7. Wiesbaden. 2020.

Link zum Forschungsdatenzentrum:



TROCKENE ZAHL

2470

INSOLVENZANTRÄGE

WURDEN 2021 BEI DEN THÜRINGER
AMTSGERICHTEN GESTELLT

(1995 WAREN ES 1 262 INSOLVENZVERFAHREN)

Thüringen im Überblick

Merkmal	Veränderung							
	Oktober 2021	November 2021	Dezember 2021	Januar 2022	Oktober 2021	November 2021	Dezember 2021	Januar 2022
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾								
Betriebe	0,0	-0,1	-0,2	-1,1	-2,5	-2,3	-2,4	-0,4
Beschäftigte	0,0	0,0	-0,3	0,0	-0,6	-0,6	-0,2	0,9
Umsatz	-4,2	9,0	-10,3	2,8	0,4	5,9	11,5	17,2
Inlandsumsatz	-2,9	10,0	-16,9	9,4	-1,4	7,3	7,8	16,6
Auslandsumsatz	-6,4	7,4	1,5	-6,8	3,5	3,5	17,4	18,2
Umsatz je Beschäftigten	-4,2	9,0	-10,0	2,8	1,0	6,5	11,7	16,1
Geleistete Arbeitsstunden	0,4	3,6	-16,5	20,8	-4,0	-1,3	-0,9	3,2
Entgelte	2,3	22,9	-13,4	-5,2	1,6	0,2	1,7	4,5
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	5,7	1,8	3,1	4,4	1,5	0,5	17,8	8,9
Inland	1,7	6,6	0,3	2,2	-3,7	-0,4	22,8	1,6
Ausland	11,3	-4,4	7,2	7,4	9,1	1,9	11,6	19,8
Bauhauptgewerbe²⁾								
Betriebe	0,0	-0,7	0,0	1,4	-0,3	-0,7	-0,7	-0,7
Beschäftigte	0,0	-1,5	-1,0	-1,8	0,8	-0,3	-0,3	-1,9
baugewerblicher Umsatz	11,2	-0,1	-9,6	-43,2	2,8	-0,8	-1,1	50,2
baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	11,2	1,4	-8,7	-42,2	2,0	-0,5	-0,8	53,0
Geleistete Arbeitsstunden	-2,5	2,5	-34,8	-16,6	-3,9	-1,8	-6,5	19,4
Entgelte	0,0	17,7	-15,8	-19,7	0,5	7,3	4,7	6,1
Ausbaugewerbe³⁾⁴⁾								
Betriebe	.	.	-0,4	.	.	.	17,6	.
Beschäftigte	.	.	-1,4	.	.	.	7,6	.
ausbaugewerblicher Umsatz	.	.	28,3	.	.	.	17,0	.
ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	.	.	30,1	.	.	.	8,7	.
Gewerbeanzeigen⁵⁾								
Gewerbeanmeldungen	-9,4	17,6	-9,4	27,4	-9,9	3,9	-6,1	4,8
Gewerbeabmeldungen	5,6	34,3	33,4	-16,9	-6,2	0,0	3,4	0,4
Insolvenzen								
	2,6	-2,5	15,5	-20,6	157,1	157,3	243,1	-9,7
Verbraucherpreisindex								
	0,4	-0,1	0,5	1,5	4,4	5,2	5,1	6,2
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	-4,8	-2,6	2,9	8,0	-17,2	-17,6	-15,8	-16,9
Offene Arbeitsstellen	0,4	-1,1	-5,8	1,1	31,0	33,0	31,1	33,9
Langzeitarbeitslose	-2,7	-2,1	0,3	1,8	5,4	1,8	0,4	-4,6

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) 2018 bis 2020 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

4) Quartalsangaben

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

WIRTSCHAFTSINDIKATOREN

Thüringen im Vergleich

Merkmal	Mengen- einheit	Thüringen	neue Bundes- länder	alte Bundes- länder	Deutschland insgesamt	Anteil Thüringens (in %) an	
						neuen Bundes- ländern	Deutschland insgesamt
Januar 2022							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾							
Betriebe	Anzahl	801	3 786	18 501	22 287	21,2	3,6
Beschäftigte	Tausend	141	688	4 792	5 480	20,5	2,6
Umsatz	Mill. Euro	2 742	18 348	136 039	154 387	14,9	1,8
Inlandsumsatz	Mill. Euro	1 728	11 421	66 603	78 024	15,1	2,2
Auslandsumsatz	Mill. Euro	1 014	6 927	69 436	76 364	14,6	1,3
Umsatz je Beschäftigten	Euro	19 391	26 652	28 392	28 173	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	19 106	90 895	582 219	673 114	21,0	2,8
Entgelte	Mill. Euro	436	2 360	21 916	24 276	18,5	1,8
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	2015=100	122,0	113,2	x	x
Inland	2015=100	103,8	102,4	x	x
Ausland	2015=100	157,2	121,4	x	x
Bauhauptgewerbe²⁾							
Betriebe	Anzahl	296	2 157	7 374	9 531	13,7	3,1
Beschäftigte	Tausend	14	110	409	520	12,7	2,7
baugewerblicher Umsatz	Mill. Euro	125	1 013	3 927	4 940	12,3	2,5
baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	8 867	9 169	9 595	9 505	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	869	8 079	30 077	38 156	10,8	2,3
Entgelte	Mill. Euro	38	316	1 332	1 648	11,9	2,3
Ausbaugewerbe³⁾⁴⁾							
Betriebe	Anzahl
Beschäftigte	Tausend
ausbaugewerblicher Umsatz	Mill. Euro
ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro
Gewerbeanzeigen⁵⁾							
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	1 111	11 704	55 863	67 567	9,5	1,6
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	1 228	11 493	49 168	60 661	10,7	2,0
Insolvenzen	Anzahl	177	1 718	6 493	8 211	10,3	2,2
Verbraucherpreisindex	2015=100	113,4	111,5	x	x
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	59 018	582 691	1 879 471	2 462 162	10,1	2,4
Offene Arbeitsstellen	Anzahl	21 581	152 323	637 705	791 560	14,2	2,7

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) 2018 bis 2020 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

4) Quartalsangaben

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

Thüringen im Vergleich

Merkmal	Veränderung Januar 2022							
	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾								
Betriebe	-1,1	-1,1	-1,3	-1,3	-0,4	-0,6	-0,9	-0,9
Beschäftigte	0,0	0,1	-0,3	-0,3	0,9	0,9	0,2	0,3
Umsatz	2,8	2,1	-10,5	-9,2	17,2	26,6	19,7	20,5
Inlandsumsatz	9,4	5,4	-9,9	-8,0	16,6	31,0	23,0	24,1
Auslandsumsatz	-6,8	-2,9	-11,0	-10,3	18,2	19,9	16,8	17,1
Umsatz je Beschäftigten	2,8	2,0	-10,2	-8,9	16,1	25,5	19,5	20,1
Geleistete Arbeitsstunden	20,8	16,8	10,1	11,0	3,2	3,3	2,8	2,9
Entgelte	-5,2	-2,5	-0,7	-0,9	4,5	4,1	3,6	3,6
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	4,4	-2,0	8,9	11,3
Inland	2,2	-6,3	1,6	9,9
Ausland	7,4	1,0	19,8	12,2
Bauhauptgewerbe²⁾								
Betriebe	1,4	2,2	2,9	2,7	-0,7	0,8	1,4	1,3
Beschäftigte	-1,8	0,0	0,7	0,6	-1,9	1,2	2,6	2,3
baugewerblicher Umsatz	-43,2	-53,8	-55,0	-54,7	50,2	15,8	21,2	20,1
baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	-42,2	-53,8	-55,3	-55,0	53,0	14,4	18,2	17,4
Geleistete Arbeitsstunden	-16,6	-4,5	-8,4	-7,6	19,4	16,5	18,9	18,3
Entgelte	-19,7	-15,6	-10,8	-11,7	6,1	7,9	11,6	10,9
Ausbaugewerbe³⁾⁴⁾								
Betriebe
Beschäftigte
ausbaugewerblicher Umsatz
ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten
Gewerbeanzeigen⁵⁾								
Gewerbeanmeldungen	27,4	24,2	22,8	23,1	4,8	37,2	1,3	6,1
Gewerbeabmeldungen	-16,9	-4,6	-8,2	-7,5	0,4	40,2	4,1	9,4
Insolvenzen								
	-20,6	-6,0	-14,8	-13,1	-9,7	35,0	-0,3	5,5
Verbraucherpreisindex								
	1,5	0,4	6,2	4,9
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	8,0	6,1	5,6	5,7	-16,9	-13,3	-15,7	-15,1
Offene Arbeitsstellen	1,1	0,6	-0,5	-0,3	33,9	28,3	42,9	39,8

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) 2018 bis 2020 Anhebung der Berichtsreisengrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

4) Quartalsangaben

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2018	2019	2020	2021
			Monatsdurchschnitt			
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit						
1	Bevölkerung am Monatsende	Tausend	2146	2137	2126	2113
2	darunter Ausländer	Tausend	102	108	112	118
Natürliche Bevölkerungsbewegung						
3	Eheschließungen	Anzahl	867	779	711	644
4	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	4,8	4,4	4,0	3,7
5	Lebendgeborene	Anzahl	1453	1387	1333	1281
6	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	8,1	7,8	7,5	7,3
7	Totgeborene	Anzahl	6	5	6	...
8	je 1000 Geborene	aT	3,8	3,4	4,5	...
9	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2485	2433	2519	2903
10	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	13,9	13,7	14,2	16,5
11	Gestorbene im ersten Lebensjahr	Anzahl	4	4	3	...
12	Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1032	-1046	-1186	-1621
13	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	-5,8	-5,9	-6,7	-9,2
Wanderungen						
14	Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	4622	4501	3916	4494
15	darunter aus dem Ausland	Anzahl	2327	2215	1708	2190
16	Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4242	4220	3798	3795
17	darunter in das Ausland	Anzahl	1625	1620	1298	1303
18	Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	380	281	118	699
19	Innerhalb des Landes Umgezogene (Landesbinnenwanderung)	Anzahl	4809	4475	4230	4290
Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt ¹⁾						
20	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer	Anzahl	805987	804770	791811	796232
21	Arbeitslose insgesamt	Anzahl	62145	59065	66678	62249
22	davon Männer	Anzahl	34476	33250	38036	35069
23	Frauen	Anzahl	27669	25815	28642	27180
24	Ausländer	Anzahl	7067	7256	8744	7950
25	Jugendliche unter 25 Jahren	Anzahl	4885	4920	6078	5267
26	Arbeitslosenquote insgesamt ²⁾	Prozent	5,5	5,3	6,0	5,6
27	darunter Männer	Prozent	5,8	5,6	6,4	5,9
28	Frauen	Prozent	5,2	4,9	5,5	5,2
29	Jugendliche unter 25 Jahren	Prozent	6,2	6,1	7,1	5,9
30	Kurzarbeiter	Anzahl
31	Langzeitarbeitslose	Anzahl	20933	18383	20225	24331
32	Zugang an offenen Arbeitsstellen	Anzahl
33	Bestand an offenen Arbeitsstellen	Anzahl
34	Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld	Anzahl	21287	21232	24659	22569

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit

2) bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

ZAHLENSPIEGEL

2021												2022	Lfd. Nr.
Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	
2118	2116	2115	2114	2113	2113	2112	2112	2112	2113	2112	2109	...	1
114	114	115	115	116	117	117	118	119	122	122	123	...	2
171	254	326	435	859	930	1144	1267	905	577	336	524	...	3
1,0	1,6	1,8	2,5	4,8	5,4	6,4	7,1	5,2	3,2	1,9	2,9	...	4
1221	1235	1307	1204	1227	1359	1407	1418	1351	1275	1209	1164	...	5
6,8	7,6	7,3	6,9	6,8	7,8	7,8	7,9	7,8	7,1	7,0	6,5	...	6
.	7
.	8
3951	2853	2829	2930	2695	2329	2273	2398	2400	2639	3557	3978	...	9
22,0	17,6	15,7	16,9	15,0	13,4	12,7	13,4	13,8	14,7	20,5	22,2	...	10
.	11
-2730	-1618	-1522	-1726	-1468	-970	-866	-980	-1049	-1364	-2348	-2814	...	12
-15,2	-10,0	-8,5	-9,9	-8,2	-5,6	-4,8	-5,5	-6,0	-7,6	-13,5	-15,7	...	13
3376	3281	3928	3979	3776	4076	4666	5521	5808	7180	4802	3530	...	14
1510	1495	1873	1890	1836	2058	2335	2512	2860	3600	2645	1666	...	15
3204	3179	3715	3257	3296	3176	4096	4729	4865	4812	3723	3486	...	16
1158	1221	1467	1030	1295	1199	1423	1354	1504	1278	1308	1402	...	17
172	102	213	722	480	900	570	792	943	2368	1079	44	...	18
3844	3918	4301	3709	4195	4125	4601	4825	4747	4818	4532	3870	...	19
.	.	793690	.	.	796232	.	.	807010	20
71037	71739	69617	67800	64925	62084	60160	60202	57233	54479	53082	54627	59018	21
40902	41580	39901	38004	36259	34635	33493	33150	31732	30432	29743	30997	34084	22
30135	30158	29716	29796	28666	27449	26666	27051	25501	24047	23339	23630	24934	23
8644	8972	8998	9019	8646	8193	7711	7708	7389	6941	6492	6690	7218	24
5727	6163	6069	5768	5420	5146	5189	6055	5072	4405	4074	4116	4329	25
6,4	6,4	6,3	6,1	5,9	5,6	5,4	5,4	5,2	4,9	4,8	4,9	5,3	26
6,9	7,0	6,7	6,4	6,1	5,9	5,7	5,6	5,4	5,2	5,0	5,3	5,8	27
5,8	5,8	5,7	5,7	5,5	5,3	5,1	5,2	4,9	4,6	4,5	4,6	4,8	28
6,6	7,1	7,0	6,6	6,1	5,7	5,8	6,8	5,7	4,9	4,5	4,6	4,8	29
													30
24168	24678	25240	25903	25584	25299	24739	24281	23722	23084	22600	22670	23067	31
3343	4298	4600	4360	5211	5332	5236	5043	4592	4429	4561	4425	4098	32
16120	16812	17795	18246	19312	20534	21706	22640	22830	22911	22657	21346	21581	33
30408	30031	27339	24023	22705	21144	20356	20617	18973	18211	18026	18995	21842	34

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2018	2019	2020	2021
			Monatsdurchschnitt			
	Gewerbeanzeigen					
1	Gewerbebeanmeldungen insgesamt	Anzahl	932	940	873	919
	darunter					
2	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	53	52	54	58
3	Baugewerbe	Anzahl	89	91	71	72
4	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	302	312	279	305
5	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	211	202	188	193
6	Gewerbeabmeldungen insgesamt	Anzahl	1112	1059	893	901
	darunter					
7	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	59	58	50	55
8	Baugewerbe	Anzahl	125	114	89	90
9	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	386	376	311	303
10	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	228	218	181	178
11	Neuerrichtungen	Anzahl	757	769	706	754
	darunter					
12	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	41	39	42	48
13	Baugewerbe	Anzahl	71	75	53	56
14	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	237	245	220	240
15	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	179	174	157	166
16	Aufgaben	Anzahl	921	867	719	732
	darunter					
17	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	46	45	38	44
18	Baugewerbe	Anzahl	103	96	71	72
19	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	323	306	250	242
20	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	193	182	147	149
	Landwirtschaft					
21	Schlachtungen insgesamt ¹⁾	Stück	81869	78770	28749	23493
	darunter					
22	Rinder	Stück	7892	7389	7768	8208
23	Schweine	Stück	73338	70766	20362	14718
24	Schafe	Stück	582	557	545	495
	darunter					
25	Gewerbliche Schlachtungen insgesamt ¹⁾	Stück	80897	77861	27837	22661
	darunter					
26	Rinder	Stück	7702	7197	7547	8004
27	Schweine	Stück	72713	70194	19820	14213
28	Schafe	Stück	442	435	417	391
29	Schlachtmenge gewerblicher Schlachtungen insgesamt	Tonnen	9178	8942	4306	3893
	darunter					
30	Rinder	Tonnen	2321	2235	2381	2514
31	Schweine	Tonnen	6846	6696	1914	1369
32	Schafe	Tonnen	10	10	10	9
	Legehennenhaltung und Eierzeugung					
33	Erzeugte Eier	Tausend Stück	39833	41259	41028	40161
34	Legeleistung Eier je Henne	Stück	26,0	26,0	26,8	26,1

1) von beschauten als tauglich beurteilten Tieren

ZAHLENSPIEGEL

2021												2022	Lfd. Nr.
Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	
1060	926	1089	875	837	976	950	763	903	818	962	872	1111	1
66	74	65	63	61	45	55	43	42	53	68	57	94	2
94	58	96	79	54	71	68	69	85	55	61	74	94	3
341	301	361	299	281	323	308	246	290	271	356	288	357	4
243	219	218	160	160	195	221	150	196	189	184	181	253	5
1223	782	932	670	658	845	780	738	780	824	1107	1477	1228	6
81	44	61	37	47	46	44	43	44	51	74	90	78	7
121	66	86	71	61	79	71	74	75	92	109	178	114	8
396	270	292	214	210	306	256	248	284	253	411	490	405	9
269	159	179	130	123	138	168	127	155	164	207	320	250	10
814	785	903	734	715	815	800	629	742	666	780	659	919	11
52	64	54	53	54	37	44	40	35	39	58	40	81	12
66	51	72	69	42	62	50	52	68	51	46	40	76	13
230	246	303	245	236	252	256	195	218	210	278	207	286	14
196	187	192	137	140	175	190	132	166	165	156	158	225	15
990	614	737	543	545	658	631	587	623	678	936	1247	995	16
62	29	46	30	36	37	35	33	37	41	63	74	60	17
91	48	74	53	52	66	53	60	56	79	86	140	87	18
319	208	233	172	174	226	211	194	222	203	338	402	334	19
223	129	138	108	103	109	139	105	126	134	190	287	210	20
22614	22113	28270	21594	20671	22087	21538	22049	23476	25358	27820	24325	24589	21
8471	8125	9230	7708	6555	7570	7505	7917	8495	9253	10183	7480	8776	22
13762	13692	17488	13451	13736	14208	13690	13757	14534	15333	16819	16146	15455	24
342	262	1390	372	333	245	307	325	353	662	693	661	305	24
21220	20885	27029	21051	20298	21805	21406	21917	23253	24402	25858	22812	23156	25
8137	7856	8911	7565	6446	7518	7436	7883	8444	9038	9713	7102	8500	26
12846	12861	16701	13121	13566	14018	13641	13696	14442	14777	15682	15206	14451	27
212	147	1268	314	244	222	297	309	312	513	374	477	177	28
3895	3800	4407	3668	3327	3666	3518	3718	4036	4313	4664	3707	4116	29
2588	2515	2758	2384	2024	2334	2228	2413	2651	2880	3147	2250	2722	30
1301	1281	1619	1275	1297	1327	1283	1296	1375	1418	1506	1444	1389	31
5	3	27	7	5	5	6	8	8	13	9	12	4	32
40887	39442	43628	41626	40950	38665	38838	34878	35551	41003	43584	42874	40136	33
26,1	24,7	27,2	25,9	26,0	26,3	27,9	25,0	24,1	26,9	26,6	26,7	26,3	34

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2018	2019	2020	2021
			Monatsdurchschnitt			
Produzierendes Gewerbe						
Energie und Wasserversorgung						
1	Betriebe	Anzahl	140	140	136	137
2	Beschäftigte	Anzahl	7 152	7 209	7 296	7 445
3	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	917	920	942	946
4	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	128	128	129	127
5	Entgelte je Beschäftigten	Euro	3 834	3 917	4 026	4 104
6	Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Kraftwerken ¹⁾	Millionen kWh	394	165	186	198
7	Stromerzeugung (netto) in öffentlichen Kraftwerken ¹⁾	Millionen kWh	376	148	177	191
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ²⁾						
8	Betriebe	Anzahl	848	849	834	811
9	Beschäftigte	Anzahl	148 107	148 886	143 796	141 080
10	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	19 787	19 738	18 242	18 364
11	Entgelte	Tausend Euro	446 325	458 465	432 706	444 892
12	Umsatz	Millionen Euro	2 682	2 702	2 485	2 752
13	davon Inlandsumsatz	Millionen Euro	1 716	1 701	1 567	1 724
14	Auslandsumsatz	Millionen Euro	966	1 002	917	1 028
15	Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe	2015=100	111,8	104,8	96,8	114,3
16	davon aus dem Inland	2015=100	106,1	98,6	87,4	101,2
17	aus dem Ausland	2015=100	122,9	116,9	115,0	139,5
18	Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	110,6	103,1	94,8	113,2
19	Investitionsgüterproduzenten	2015=100	111,7	102,7	94,1	109,0
20	Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	118,9	136,7	134,0	173,1
21	Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	124,0	125,9	125,4	132,1
22	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	175	175	172	174
23	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	134	133	127	130
24	Entgelte je Beschäftigten	Euro	3 014	3 079	3 009	3 154
25	Umsatz je Beschäftigten	Euro	18 109	18 151	17 279	19 508
26	Exportquote	Prozent	36,0	37,1	36,9	37,3

1) seit 2019 ohne Stromerzeugung aus Pumpspeichieranlagen ohne natürlichen Zufluss

2) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

ZAHLENSPIEGEL

2021												2022	Lfd. Nr.
Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	
138	138	138	138	137	137	136	136	136	136	136	136	139	1
7413	7423	7408	7397	7387	7382	7389	7446	7506	7539	7540	7513	7471	2
963	936	1052	935	880	993	957	888	920	934	1009	879	1000	3
130	126	142	126	119	134	129	119	123	124	134	117	134	4
3741	3697	3720	3989	4135	3942	3957	3836	3823	3954	6435	3988	3785	5
305	283	245	226	174	128	105	111	124	184	228	266	275	6
295	274	237	218	165	120	100	105	117	177	220	257	267	7
804	809	809	814	813	812	811	812	813	813	812	810	801	8
140138	140676	140667	140879	140618	140592	140543	141424	141970	142048	142039	141361	141407	9
18520	18402	20502	18377	17260	19438	18671	17507	18352	18412	19117	15812	19106	10
417131	413315	436098	432722	444412	469152	445369	420013	425533	435288	539592	460074	435925	11
2341	2536	3161	2693	2602	3058	2825	2552	2856	2747	2988	2667	2742	12
1483	1614	1962	1676	1646	1879	1761	1633	1789	1753	1917	1580	1728	13
858	922	1199	1017	956	1179	1064	920	1067	994	1071	1088	1014	14
112,0	112,7	133,9	116,0	111,3	121,2	114,4	100,4	105,6	112,0	114,6	116,8	122,0	15
102,2	100,8	120,3	103,2	101,4	105,9	102,1	86,1	93,7	95,2	102,6	101,6	103,8	16
131,2	135,9	160,5	141,0	130,6	151,1	138,2	128,3	128,7	144,6	137,9	146,4	157,2	17
103,0	110,4	140,0	117,0	113,8	126,5	116,8	99,6	103,3	109,3	118,8	100,4	128,5	18
119,1	110,0	122,0	112,3	100,2	109,8	109,6	97,0	100,6	99,2	102,5	125,7	108,7	19
117,6	161,9	198,1	135,5	203,1	187,9	131,1	141,1	169,9	263,2	193,3	174,6	195,8	20
123,1	116,8	152,2	146,1	120,0	139,2	145,8	110,8	134,4	137,1	143,5	116,0	141,7	21
174	174	174	173	173	173	173	174	175	175	175	175	177	22
132	131	146	130	123	138	133	124	129	130	135	112	135	23
2977	2938	3100	3072	3160	3337	3169	2970	2997	3064	3799	3255	3083	24
16702	18025	22474	19119	18502	21752	20102	18047	20113	19339	21038	18870	19391	25
36,6	36,3	37,9	37,8	36,7	38,5	37,7	36,0	37,4	36,2	35,8	40,8	37,0	26

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2018	2019	2020	2021
			Monatsdurchschnitt			
	Baugewerbe insgesamt ^{1) 3)}					
1	Betriebe	Anzahl	525	509	518	556
2	Beschäftigte	Anzahl	23 739	23 391	23 311	24 107
3	Umsatz	Tausend Euro	843 245	858 077	880 993	903 939
	Bauhauptgewerbe ¹⁾					
4	Betriebe	Anzahl	298	290	296	295
5	Beschäftigte	Anzahl	14 822	14 649	14 484	14 499
6	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	1 457	1 442	1 444	1 399
	davon für den					
7	Wohnungsbau	Tausend	194	177	176	175
8	gewerblichen Bau	Tausend	517	519	521	507
9	öffentlicher und Straßenbau	Tausend	745	746	746	717
10	Entgelte	Tausend Euro	41 625	43 378	44 385	45 424
11	Umsatz	Tausend Euro	194 930	195 742	197 652	192 644
12	Baugewerblicher Umsatz	Tausend Euro	192 891	193 943	195 886	190 685
	davon					
13	Wohnungsbau	Tausend Euro	29 209	25 104	23 178	21 384
14	gewerblicher Bau	Tausend Euro	66 790	67 719	67 825	69 188
15	öffentlicher und Straßenbau	Tausend Euro	96 893	101 121	104 883	100 113
16	Auftragsingang	Tausend Euro	174 986	179 905	177 068	182 241
17	Auftragsbestand ³⁾	Tausend Euro	803 750	1 179 479	1 240 047	1 337 567
18	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	50	50	49	49
19	Entgelte je Beschäftigten	Euro	2 808	2 961	3 064	3 133
20	Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	13 014	13 239	13 524	13 152
	Ausbaugewerbe ^{2) 3)}					
21	Betriebe	Anzahl	227	219	223	262
22	Beschäftigte	Anzahl	8 916	8 742	8 827	9 608
23	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	2 968	2 889	2 922	3 128
24	Entgelte	Tausend Euro	68 826	70 033	72 418	80 443
25	Umsatz	Tausend Euro	258 457	270 850	288 037	326 008
26	Ausbaugewerblicher Umsatz	Tausend Euro	249 498	261 614	278 597	317 174
27	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	39	40	40	37
28	Entgelte je Beschäftigten	Euro	7 719	8 011	8 204	8 373
29	Ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	27 983	29 926	31 562	33 011

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) 2018 bis 2020 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

3) Quartalsangaben

ZAHLENSPIEGEL

2021												2022	Lfd. Nr.
Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	
.	.	560	.	.	557	.	.	555	.	.	553	.	1
.	.	23847	.	.	24308	.	.	24275	.	.	23998	.	2
.	.	560203	.	.	936010	.	.	983049	.	.	1136496	.	3
298	298	296	296	295	295	294	294	294	294	292	292	296	4
14324	14252	14394	14590	14566	14533	14523	14682	14678	14679	14457	14314	14057	5
728	805	1551	1560	1452	1697	1628	1571	1599	1560	1599	1042	869	6
96	94	205	186	184	204	212	202	200	199	193	128	128	7
299	327	567	560	513	606	580	541	570	557	572	394	358	8
333	384	779	815	756	888	836	828	830	804	834	519	383	9
35514	32904	43345	45997	45882	47961	48291	47822	47336	47359	55742	46939	37675	10
84425	92603	158916	193680	193770	225483	222138	208096	220730	244907	245257	221719	125489	11
82999	91122	156720	191964	191905	222727	220476	206329	218569	243019	242827	219562	124648	12
8495	10014	20555	23733	23945	23268	23943	25586	24312	23163	25431	24166	11346	13
34257	35705	59127	65098	71575	79482	79446	66660	80378	93246	87308	77970	50447	14
40247	45403	77037	103133	96385	119977	117087	114082	113880	126610	130088	117426	62855	15
114300	178877	212052	197029	166132	237497	172003	152621	197696	231749	150059	176875	148231	16
.	.	1341055	.	.	1380435	.	.	1325396	.	.	1303384	.	17
48	48	49	49	49	49	49	50	50	50	50	49	47	18
2479	2309	3011	3153	3150	3300	3325	3257	3225	3226	3856	3279	2680	19
5794	6394	10888	13157	13175	15326	15181	14053	14891	16556	16796	15339	8867	20
.	.	263	.	.	262	.	.	261	.	.	260	.	21
.	.	9524	.	.	9745	.	.	9647	.	.	9515	.	22
.	.	3072	.	.	3216	.	.	3208	.	.	3014	.	23
.	.	76102	.	.	80594	.	.	80557	.	.	84518	.	24
.	.	224258	.	.	323076	.	.	332086	.	.	424612	.	25
.	.	217452	.	.	314849	.	.	322505	.	.	413888	.	26
.	.	36	.	.	37	.	.	37	.	.	37	.	27
.	.	7991	.	.	8270	.	.	8350	.	.	8883	.	28
.	.	22832	.	.	32309	.	.	33431	.	.	43498	.	29

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2018	2019	2020	2021
			Monatsdurchschnitt			
Bautätigkeit						
1	Gemeldete Baugenehmigungen ¹⁾	Anzahl	414	405	421	439
2	Wohngebäude	Anzahl	304	291	316	320
3	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	78 754	79 244	96 092	91 719
4	Wohnfläche	1 000 m ²	56	47	53	46
5	Nichtwohngebäude	Anzahl	110	114	105	119
6	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	58 403	59 214	75 795	93 820
7	Nutzfläche	1 000 m ²	50	50	58	69
8	Wohnungen insgesamt	Anzahl	436	428	487	391
9	Wohnräume insgesamt	Anzahl	1 840	1 818	1 968	1 752
10	Gemeldete Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Gebäude	Anzahl	238	241	247	254
11	Wohngebäude	Anzahl	172	167	176	171
12	darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	158	157	162	157
13	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	58 421	59 401	71 393	65 562
14	umbauter Raum	1 000 m ³	197	198	221	190
15	Wohnfläche	1 000 m ²	37	38	41	36
16	Nichtwohngebäude	Anzahl	66	74	70	83
17	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	39 211	41 306	60 903	79 033
18	umbauter Raum	1 000 m ³	302	325	397	496
19	Nutzfläche	1 000 m ²	42	44	52	64
20	Wohnungen insgesamt	Anzahl	356	356	388	317
21	Wohnräume insgesamt	Anzahl	1 482	1 502	1 611	1 402
Handel und Gastgewerbe						
Außenhandel						
22	Ausfuhr (Spezialhandel)	Tausend Euro	1 289 111	1 291 163	1 205 626	1 416 011
Ausfuhr nach Warengruppen						
23	Ernährungswirtschaft	Tausend Euro	78 252	77 148	81 495	87 242
24	Gewerbliche Wirtschaft	Tausend Euro	1 184 192	1 185 682	1 103 475	1 302 073
davon						
25	Rohstoffe	Tausend Euro	9 420	8 753	9 376	11 387
26	Halbwaren	Tausend Euro	56 746	52 388	49 392	62 589
27	Fertigwaren	Tausend Euro	1 118 026	1 124 541	1 044 707	1 228 097
Ausfuhr nach ausgewählten Ländern						
28	Vereinigte Staaten	Tausend Euro	89 681	91 916	93 301	132 463
29	Frankreich	Tausend Euro	84 225	85 189	78 498	87 848
30	Volksrepublik China	Tausend Euro	78 987	70 658	73 689	89 849
31	Vereinigtes Königreich	Tausend Euro	78 468	87 910	71 570	70 512
32	Österreich	Tausend Euro	69 606	71 839	68 231	83 091
33	Ungarn	Tausend Euro	81 752	81 173	60 973	62 326
34	Ausfuhr in EU-Länder (EU-27)	Tausend Euro	761 848	755 269	663 113	777 984
35	Einfuhr (Generalhandel)	Tausend Euro	937 744	961 648	933 962	1 137 870
Einfuhr nach Warengruppen						
36	Ernährungswirtschaft	Tausend Euro	97 903	105 362	112 799	117 952
37	Gewerbliche Wirtschaft	Tausend Euro	729 834	774 844	754 055	939 782
davon						
38	Rohstoffe	Tausend Euro	7 486	7 091	5 745	6 469
39	Halbwaren	Tausend Euro	45 045	42 264	37 352	51 226
40	Fertigwaren	Tausend Euro	677 303	725 489	710 958	882 087
Einfuhr nach ausgewählten Ländern						
41	Volksrepublik China	Tausend Euro	86 032	91 996	134 368	205 102
42	Vereinigtes Königreich	Tausend Euro	71 535	99 981	77 500	55 248
43	Polen	Tausend Euro	83 569	83 479	71 717	85 788
44	Niederlande	Tausend Euro	68 509	70 360	71 154	82 927
45	Italien	Tausend Euro	71 596	68 138	63 162	76 860
46	Österreich	Tausend Euro	58 648	62 984	54 677	69 283
47	Einfuhr aus EU-Ländern (EU-27)	Tausend Euro	570 635	583 930	549 528	660 707

1) einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden

2021												2022	Lfd. Nr.
Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	
382	406	642	418	457	510	445	424	479	359	360	381	418	1
286	299	520	313	331	381	309	272	336	250	272	272	302	2
78935	80299	134754	91514	92269	106852	65473	64169	99027	59137	98332	129881	100148	3
39	44	74	51	45	54	39	34	54	30	45	43	57	4
96	107	122	105	126	129	136	152	143	109	88	109	116	5
138961	49517	72070	59208	61812	65276	305899	124583	114109	45298	35780	53307	69982	6
190	43	62	60	62	58	75	90	65	35	41	48	54	7
338	364	597	401	396	470	302	315	564	264	375	307	545	8
1488	1710	2744	1819	1743	1899	1553	1423	2109	1150	1567	1815	2080	9
232	244	416	241	251	262	246	242	268	216	216	215	261	10
169	173	327	169	169	169	143	132	167	138	155	147	177	11
158	163	316	151	156	151	133	122	147	124	136	126	152	12
60539	60258	101511	72021	59330	81725	43747	44289	77081	47548	66126	72587	80396	13
174	182	305	212	179	239	130	126	216	136	195	180	231	14
32	35	58	38	33	43	25	24	42	25	36	36	47	15
63	71	89	72	82	93	103	110	101	78	61	68	84	16
131234	33417	52236	38635	45362	50179	293025	95726	99672	39162	31497	38228	53974	17
1190	158	397	469	531	322	667	864	600	187	304	259	393	18
188	25	61	54	56	51	71	89	62	31	39	40	52	19
269	271	465	359	281	388	199	209	482	248	308	327	421	20
1250	1336	2281	1453	1318	1650	983	984	1690	1027	1324	1525	1727	21
1229057	1360892	1585763	1483833	1398348	1475530	1378876	1268264	1404079	1415720	1646616	1345154	1391900	22
66856	79143	88414	87628	83082	81957	88910	87842	96237	97503	97845	91483	78099	23
1140590	1257634	1478043	1379974	1296305	1370628	1270057	1157944	1276700	1283909	1507414	1205684	1253164	24
9015	10317	12674	11094	10724	13029	12610	11286	13258	10625	11252	10759	8733	25
48251	54502	68483	61456	70365	62342	77201	59161	59820	69845	66987	52658	63101	26
1083324	1192815	1396886	1307424	1215217	1295256	1180247	1087497	1203623	1203438	1429174	1142268	1181330	27
86151	115908	132209	217883	138752	125198	125903	125822	133380	119302	125033	144020	135832	28
83731	81787	108183	86831	81033	94393	92884	74486	89979	84103	93867	82900	79022	29
83158	69742	97656	87901	87367	116453	100489	76641	94167	80481	80475	103657	84959	30
81503	85274	97293	67391	62511	73553	64594	57225	64188	70617	69193	52799	74196	31
68764	81121	89599	92070	76428	90168	84354	78047	85768	89772	86236	74761	73741	32
42255	75059	81928	59966	74889	72297	58719	38292	69580	64559	64364	46004	54379	33
686889	765967	875249	756482	791264	830209	759402	673250	788492	815025	833568	760007	753321	34
897944	1010545	1178161	1158646	1145149	1148118	1163157	1004177	1172920	1282432	1306310	1186874	1188569	35
99274	103230	149188	127486	114957	113989	118201	70228	148413	120164	127659	122636	60013	36
731891	832415	958974	963105	959557	949941	958823	867419	947329	1074043	1075737	958149	1012978	37
5423	6657	6092	7768	6361	5529	7666	6592	7010	6755	6359	5416	6010	38
41084	45229	51918	49965	53008	66067	53566	48418	60223	46318	51361	47551	44314	39
685385	780529	900964	905371	900188	878344	897591	812409	880096	1020970	1018017	905182	962654	40
111179	159870	180963	249405	176248	188568	194268	186247	186363	263984	305148	258983	341481	41
63553	56593	47455	39373	61196	39933	61820	33631	47643	88553	59196	64032	51549	42
67668	74310	86749	76023	86659	84944	85718	84437	86439	97930	97552	101026	82251	43
73972	73661	100590	82210	85823	77813	80710	66624	91532	88761	90093	83335	65663	44
62593	72874	82258	70841	76350	83190	82031	62187	87374	81077	81158	80388	55477	45
58323	64046	76189	69021	72432	72055	75036	61540	73635	71320	73091	64712	56682	46
540465	613014	727941	636000	699727	695414	671329	595454	707070	678604	706756	656706	578790	47

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2018	2019	2020	2021
			Monatsdurchschnitt			
Einzelhandel¹⁾						
1	Beschäftigte	2015=100	105,1	105,6	105,6	105,8
	darunter					
2	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2015=100	110,2	111,5	114,8	116,7
3	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	2015=100	98,6	98,7	95,7	94,7
4	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	2015=100	95,5	90,3	88,6	90,2
5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	2015=100	101,7	99,0	98,4	97,5
6	Umsatz²⁾	2015=100	105,6	107,2	111,1	107,6
	darunter					
7	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2015=100	109,5	110,5	115,2	113,7
8	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	2015=100	97,7	96,7	100,2	97,9
9	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	2015=100	101,1	98,8	100,0	98,3
10	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	2015=100	100,0	98,5	103,3	84,2
Gastgewerbe						
11	Beschäftigte	2015=100	96,3	99,6	84,2	78,5
	davon					
12	Beherbergung	2015=100	103,0	109,4	93,2	86,2
13	Gastronomie	2015=100	93,0	95,3	80,3	75,2
14	Umsatz²⁾	2015=100	105,9	105,4	68,5	67,8
	davon					
15	Beherbergung	2015=100	123,9	127,0	75,6	72,9
16	Gastronomie	2015=100	96,1	94,1	64,4	64,7
Fremdenverkehr (einschl. Campingplätze)						
17	Gästeankünfte	Anzahl	320 164	336 508	194 865	188 028
18	darunter von Auslandsgästen	Anzahl	21 795	22 081	8 047	8 513
19	Gästeübernachtungen	Anzahl	821 537	862 477	558 015	551 588
20	darunter von Auslandsgästen	Anzahl	47 912	52 226	20 770	24 633
Verkehr						
Kraftfahrzeuge						
21	Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge³⁾	Anzahl	6 950	7 095	6 091	5 308
	darunter					
22	Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	5 576	5 670	4 715	3 984
23	Lastkraftwagen	Anzahl	805	843	658	618
24	Krafträder einschl. Kraftroller	Anzahl	272	278	393	349
Straßenverkehrsunfälle						
25	Unfälle insgesamt	Anzahl	4 708	4 649	3 993	3 976
	davon					
26	mit Personenschaden	Anzahl	563	486	430	417
27	mit nur Sachschaden	Anzahl	4 145	4 163	3 563	3 559
28	Getötete Personen	Anzahl	8	8	7	7
29	Verletzte Personen	Anzahl	722	627	542	525

1) ohne Handel mit Kfz

2) Preisbasis 2015

3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

ZAHLENSPIEGEL

2021												2022	Lfd. Nr.
Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	
104,7	104,3	104,9	105,2	105,6	106,3	106,0	105,9	106,4	106,3	107,2	107,1	106,5	1
117,1	116,6	117,3	117,2	117,2	117,1	116,5	115,6	116,2	116,0	116,7	117,0	116,7	2
93,7	92,2	92,5	94,9	95,5	96,8	94,8	95,4	95,1	95,1	95,9	94,9	92,9	3
88,1	89,4	89,0	90,1	92,2	91,1	91,3	90,5	90,8	90,6	89,9	89,5	88,4	4
96,0	95,6	97,1	97,9	98,0	98,1	97,1	97,9	98,1	97,8	98,4	98,0	96,7	5
88,2	90,0	113,1	103,1	103,5	115,6	115,2	105,2	106,6	112,2	117,7	121,6	96,9	6
103,1	104,0	127,2	113,4	113,7	114,6	115,4	104,6	105,4	111,4	119,2	132,0	100,8	7
81,6	85,0	100,7	95,7	104,4	107,6	104,6	97,8	100,3	97,4	95,1	104,2	82,2	8
77,0	80,7	96,2	93,1	98,6	117,3	108,7	103,0	109,1	106,1	99,5	90,9	82,4	9
36,2	41,6	77,2	83,2	79,4	104,7	102,7	96,2	94,4	101,6	104,0	89,7	75,2	10
72,3	71,9	69,8	71,3	73,5	75,3	80,9	87,6	85,3	84,3	86,5	83,8	79,9	11
76,8	77,3	77,3	79,3	81,2	85,2	89,3	94,2	96,0	97,0	93,3	87,9	86,7	12
70,2	69,4	66,5	67,9	70,2	71,2	77,3	84,6	80,8	79,1	83,5	81,7	76,9	13
29,4	30,2	40,3	39,5	41,6	72,1	101,7	107,2	112,7	100,3	73,2	66,0	60,2	14
15,6	18,6	31,2	30,0	29,8	70,9	125,9	142,0	146,6	131,3	79,8	53,2	53,4	15
35,6	35,3	44,1	43,5	46,6	71,7	89,2	89,6	95,5	84,6	69,2	71,2	62,7	16
33724	37026	50205	46446	55385	199168	374420	434054	405787	346629	179565	100790	104312	17
2594	2463	2957	2992	3433	8504	17679	17586	16483	14651	8888	5470	5646	18
172508	187460	227913	217429	244803	558442	1004834	1222599	1030961	930691	517947	328941	337150	19
14049	10415	11244	11703	14408	23712	42064	43263	40318	35813	27333	18024	19502	20
3888	4251	7653	5932	5634	7180	5777	4526	4687	4407	4517	5248	4392	21
2993	3156	5648	4345	4182	5424	4241	3376	3588	3316	3527	4008	3437	22
576	594	877	691	602	752	582	448	530	577	504	680	597	23
57	191	609	472	516	574	528	413	321	198	121	189	115	24
3258	3563	3459	3688	3904	4332	4459	4046	4464	4727	3932	3882	3839	25
272	248	353	360	397	564	560	480	539	480	391	360	345	26
2986	3315	3106	3328	3507	3768	3899	3566	3925	4247	3541	3522	3494	27
5	6	6	9	5	6	13	10	4	9	5	9	5	28
341	311	453	477	491	701	699	617	669	621	482	435	440	29

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2018	2019	2020	2021
			Monatsdurchschnitt			
Preise						
Preisindex für die Lebenshaltung						
1	Verbraucherpreisindex	2015=100	103,9	105,4	106,3	109,7
	davon					
2	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	2015=100	107,2	108,2	111,2	115,0
3	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	2015=100	108,4	111,5	114,5	118,2
4	Bekleidung und Schuhe	2015=100	103,0	104,7	104,2	105,6
5	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	2015=100	102,1	103,5	104,4	106,4
6	Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör	2015=100	102,0	103,4	103,9	105,9
7	Gesundheit	2015=100	102,8	103,8	104,3	105,5
8	Verkehr	2015=100	106,3	107,7	106,1	115,3
9	Post und Telekommunikation	2015=100	96,6	96,0	94,4	94,3
10	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2015=100	103,9	104,6	104,8	107,6
11	Bildungswesen	2015=100	105,1	107,9	108,8	109,2
12	Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	2015=100	108,1	110,6	113,3	116,1
13	Andere Waren und Dienstleistungen	2015=100	103,9	107,0	110,2	114,8
Jahresteuersatzrate						
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat						
14	Verbraucherpreisindex	Prozent	1,8	1,4	0,9	3,2
	davon					
15	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Prozent	3,0	0,9	2,8	3,4
16	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	Prozent	3,2	2,9	2,7	3,2
17	Bekleidung und Schuhe	Prozent	1,5	1,7	-0,5	1,3
18	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	Prozent	1,2	1,4	0,9	1,9
19	Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör	Prozent	0,5	1,4	0,5	1,9
20	Gesundheit	Prozent	0,9	1,0	0,5	1,2
21	Verkehr	Prozent	3,7	1,3	-1,5	8,7
22	Post und Telekommunikation	Prozent	-1,0	-0,6	-1,7	-0,1
23	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Prozent	1,6	0,7	0,2	2,7
24	Bildungswesen	Prozent	-1,4	2,7	0,8	0,4
25	Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	Prozent	1,9	2,3	2,4	2,5
26	Andere Waren und Dienstleistungen	Prozent	1,5	3,0	3,0	4,2
Baulandpreise						
27	Grundstücksarten insgesamt	Euro je m²	42,61	36,88	39,72	...
	davon					
28	baureifes Land	Euro je m ²	50,56	49,67	52,77	...
29	Rohbauland	Euro je m ²	12,47	14,83	14,32	...
30	sonstiges Bauland	Euro je m ²	19,65	14,20	16,04	...
31	Preisindex für Wohngebäude (Brutto)	2015=100	109,9	115,9	118,0	131,6

ZAHLENSPIEGEL

2021												2022	Lfd. Nr.
Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	
106,8	107,4	107,9	108,8	109,1	109,5	110,8	110,7	110,8	111,2	111,1	111,7	113,4	1
113,5	114,5	113,5	115,9	114,9	114,7	115,2	114,6	115,1	115,0	115,9	117,5	119,5	2
115,5	116,2	116,9	118,7	118,5	119,0	118,7	118,6	119,0	119,0	119,0	119,2	119,8	3
103,0	104,1	105,1	105,4	104,8	106,2	105,4	104,0	106,3	106,6	108,0	107,8	105,8	4
105,1	105,3	105,8	105,9	106,1	106,2	106,4	106,4	106,7	107,6	107,8	107,7	113,2	5
104,0	104,4	104,3	104,4	104,4	104,9	106,0	106,3	107,3	107,3	108,1	108,8	110,2	6
104,2	104,5	104,8	105,4	105,4	105,5	106,2	106,2	106,2	106,0	105,9	106,0	106,8	7
109,8	110,4	112,3	113,1	113,5	114,5	116,7	117,1	117,3	119,3	120,7	119,2	121,3	8
94,6	94,5	94,3	94,2	94,2	94,2	94,3	94,3	94,3	94,2	94,2	94,2	94,4	9
99,0	101,6	102,1	105,0	107,3	108,5	114,5	114,0	111,9	110,8	105,4	110,8	104,7	10
109,8	109,9	109,9	109,6	109,8	109,6	109,6	109,6	108,1	108,2	108,3	108,3	108,9	11
113,8	113,9	114,1	114,3	114,7	116,4	117,3	117,5	117,6	117,8	117,6	117,9	118,8	12
112,8	113,0	113,7	113,9	114,2	114,5	115,4	115,7	116,1	116,1	116,2	116,1	118,1	13
1,3	1,4	1,8	2,4	2,5	2,1	3,7	3,8	4,1	4,4	5,2	5,1	6,2	14
3,1	2,3	1,2	3,2	1,0	1,3	4,3	4,2	4,7	4,2	5,0	6,8	5,3	15
2,3	3,4	3,5	3,5	3,0	2,3	2,5	2,4	3,7	3,4	4,3	4,4	3,7	16
1,0	1,2	-1,1	-0,2	-1,4	0,7	4,6	3,6	1,9	0,4	1,5	3,8	2,7	17
0,7	1,0	1,3	1,3	1,7	1,4	2,1	2,0	2,4	3,3	3,4	2,9	7,7	18
-0,5	0,0	-0,6	-0,6	-0,3	0,2	2,9	2,9	3,7	4,3	5,4	5,7	6,0	19
0,1	-0,1	0,2	0,6	0,3	0,3	1,6	1,6	1,6	2,8	2,6	2,6	2,5	20
1,0	1,8	5,0	7,7	8,8	8,3	9,8	10,4	10,9	13,0	15,5	12,5	10,5	21
-1,5	-1,6	-1,6	-1,6	-1,4	-1,4	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,7	-0,2	22
1,2	1,4	1,6	0,9	3,3	0,5	2,5	3,3	4,2	3,1	4,9	5,5	5,8	23
1,0	1,3	1,1	0,5	0,8	0,6	0,9	1,0	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6	-0,8	24
1,5	1,4	1,3	1,2	1,2	2,9	2,7	3,3	3,2	3,4	3,4	3,4	4,4	25
4,1	4,1	4,8	4,2	4,0	3,4	4,4	4,6	4,9	3,8	3,9	3,5	4,7	26
.	27
.	28
.	29
.	30
.	123,2	.	.	128,7	.	.	135,1	.	.	139,3	.	.	31

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2018	2019	2020	2021
			Monatsdurchschnitt			
	Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer (ohne Sonderzahlungen)					
	<i>Insgesamt vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer</i>					
1	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	Euro	3095	3170	3195	3327
	davon					
2	Produzierendes Gewerbe	Euro	2964	2999	2949	3102
3	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Euro	3588	3737	3898	3968
4	Verarbeitendes Gewerbe	Euro	2992	2999	2911	3078
5	Energieversorgung	Euro	4077	4251	4376	4526
6	Baugewerbe	Euro	2688	2834	2902	3009
7	Dienstleistungsbereich	Euro	3194	3305	3392	3503
8	Handel ¹⁾	Euro	2625	2711	2747	2848
9	Gastgewerbe	Euro	2119	2205	1758	1470
10	Verkehr und Lagerei	Euro	2679	2817	2823	2881
11	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	Euro	4334	4140	4257	4451
12	Grundstücks- und Wohnungswesen	Euro	3060	3150	2945	3022
13	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	Euro	3743	3880	3970	4020
14	Erziehung und Unterricht	Euro	4308	4433	4527	4593
15	Gesundheits- und Sozialwesen	Euro	3670	3691	3795	3934
16	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro	2727	2933	2945	3075
	<i>Insgesamt teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer</i>					
17	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	Euro	2018	2129	2180	2275
	davon					
18	Produzierendes Gewerbe	Euro	1859	1944	1883	2048
19	Bergbau und Gewinnung v. Steinen u. Erden	Euro	/	/	/	/
20	Verarbeitendes Gewerbe	Euro	1876	1978	1895	2065
21	Energieversorgung	Euro	2685	2932	3090	3338
22	Baugewerbe	Euro	1566	1531	1603	1748
23	Dienstleistungsbereich	Euro	2037	2151	2214	2298
24	Handel ¹⁾	Euro	1485	1568	1633	1690
25	Gastgewerbe	Euro	1280	1329	1166	/
26	Verkehr und Lagerei	Euro	1714	/	2037	2095
27	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	Euro	2858	2860	2911	2965
28	Grundstücks- und Wohnungswesen	Euro	/	/	2109	2111
29	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	Euro	2884	3040	3117	3179
30	Erziehung und Unterricht	Euro	2628	2747	2782	2839
31	Gesundheits- und Sozialwesen	Euro	2192	2308	2418	2509
32	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro	1902	1813	1768	1730

1) einschl. Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen

ZAHLENSPIEGEL

2021												2022	Lfd. Nr.
Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	
.	.	3247	.	.	3316	.	.	3366	.	.	3378	.	1
.	.	2991	.	.	3105	.	.	3159	.	.	3154	.	2
.	.	3845	.	.	3975	.	.	4006	.	.	4046	.	3
.	.	3012	.	.	3072	.	.	3117	.	.	3109	.	4
.	.	4428	.	.	4501	.	.	4588	.	.	4587	.	5
.	.	2705	.	.	3048	.	.	3143	.	.	3140	.	6
.	.	3447	.	.	3483	.	.	3527	.	.	3553	.	7
.	.	2762	.	.	2812	.	.	2901	.	.	2916	.	8
.	.	/	.	.	1636	.	.	2119	.	.	2126	.	9
.	.	2838	.	.	2871	.	.	2908	.	.	2906	.	10
.	.	4392	.	.	4424	.	.	4464	.	.	4522	.	11
.	.	2956	.	.	3027	.	.	3047	.	.	3056	.	12
.	.	3998	.	.	4027	.	.	4027	.	.	4027	.	13
.	.	4552	.	.	4581	.	.	4604	.	.	4634	.	14
.	.	3871	.	.	3928	.	.	3945	.	.	3992	.	15
.	.	3000	.	.	3056	.	.	3125	.	.	3117	.	16
.	.	2223	.	.	2254	.	.	2301	.	.	2321	.	17
.	.	1972	.	.	2047	.	.	2082	.	.	2090	.	18
.	.	/	.	.	/	.	.	/	.	.	/	.	19
.	.	1991	.	.	2065	.	.	2101	.	.	2102	.	20
.	.	3211	.	.	3247	.	.	3461	.	.	3431	.	21
.	.	1676	.	.	1742	.	.	1757	.	.	1816	.	22
.	.	2249	.	.	2275	.	.	2324	.	.	2345	.	23
.	.	1556	.	.	1614	.	.	1774	.	.	1815	.	24
.	.	/	.	.	/	.	.	1431	.	.	1374	.	25
.	.	2075	.	.	2109	.	.	2112	.	.	2083	.	26
.	.	2835	.	.	2958	.	.	3022	.	.	3046	.	27
.	.	2239	.	.	2048	.	.	2046	.	.	2112	.	28
.	.	3156	.	.	3186	.	.	3186	.	.	3186	.	29
.	.	2806	.	.	2838	.	.	2851	.	.	2860	.	30
.	.	2469	.	.	2506	.	.	2515	.	.	2546	.	31
.	.	1563	.	.	1665	.	.	1813	.	.	1878	.	32

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2018	2019	2020	2021
			Jahresangaben			
Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾						
Ausgaben						
1	Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	Millionen Euro	5504	5801	6061	6316
2	je Einwohner	Euro	2566	2714	2852	2990
	darunter					
3	Personalausgaben	Millionen Euro	1548	1605	1679	1741
4	je Einwohner	Euro	721	751	790	824
5	Laufender Sachaufwand	Millionen Euro	997	1054	1047	1082
6	je Einwohner	Euro	465	493	493	512
7	Laufende Zuweisungen u. Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	Millionen Euro	2917	2990	3117	3244
8	je Einwohner	Euro	1360	1399	1467	1536
9	Sachinvestitionen	Millionen Euro	667	779	890	924
10	je Einwohner	Euro	311	364	419	437
	davon					
11	Baumaßnahmen	Millionen Euro	551	641	728	734
12	je Einwohner	Euro	257	300	342	347
13	Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Sachen	Millionen Euro	116	138	163	190
14	je Einwohner	Euro	54	64	77	90
Einnahmen						
15	Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	Millionen Euro	5826	5979	6361	6680
16	je Einwohner	Euro	2715	2797	2993	3162
	darunter					
17	Steuern (netto) und steuerähnliche Einnahmen	Millionen Euro	1807	1838	1738	1931
18	je Einwohner	Euro	842	860	818	914
	darunter					
19	Grundsteuer A und B	Millionen Euro	246	248	250	252
20	je Einwohner	Euro	115	116	118	120
21	Gewerbesteuer (netto)	Millionen Euro	764	743	636	824
22	je Einwohner	Euro	356	348	299	390
23	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	Millionen Euro	622	655	636	648
24	je Einwohner	Euro	290	307	299	307
25	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	Millionen Euro	153	170	195	189
26	je Einwohner	Euro	71	79	92	90
27	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	Millionen Euro	686	701	641	658
28	je Einwohner	Euro	320	328	302	311
29	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse ²⁾	Millionen Euro	3520	3592	4052	4134
30	je Einwohner ²⁾	Euro	1641	1681	1906	1957
31	Zuweisung und Zuschüsse für Investitionen	Millionen Euro	433	501	608	650
32	je Einwohner	Euro	202	234	286	308
33	Finanzierungssaldo	Millionen Euro	322	178	300	363
34	je Einwohner	Euro	150	83	141	172
35	Schuldenstand am Ende des Berichtszeitraums ³⁾	Millionen Euro	1497	1423	1377	1285
36	je Einwohner ³⁾	Euro	698	666	648	608

1) Angaben kumulativ

2) einschließlich Ersätze zum Familienleistungsausgleich

3) einschließlich rückzahlungspflichtiger Altschulden; ohne Kassenkredit

ZAHLENSPIEGEL

2021												2022	Lfd. Nr.
Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	
.	.	1445	.	.	2890	.	.	4413	.	.	6316	.	1
.	.	680	.	.	1360	.	.	2076	.	.	2990	.	2
.	.	410	.	.	818	.	.	1219	.	.	1741	.	3
.	.	193	.	.	385	.	.	574	.	.	824	.	4
.	.	248	.	.	487	.	.	745	.	.	1082	.	5
.	.	117	.	.	229	.	.	351	.	.	512	.	6
.	.	795	.	.	1585	.	.	2401	.	.	3244	.	7
.	.	374	.	.	746	.	.	1129	.	.	1536	.	8
.	.	145	.	.	334	.	.	557	.	.	924	.	9
.	.	68	.	.	157	.	.	262	.	.	437	.	10
.	.	109	.	.	265	.	.	450	.	.	734	.	11
.	.	51	.	.	125	.	.	212	.	.	347	.	12
.	.	37	.	.	68	.	.	106	.	.	190	.	13
.	.	17	.	.	32	.	.	50	.	.	90	.	14
.	.	1309	.	.	2932	.	.	4475	.	.	6680	.	15
.	.	616	.	.	1380	.	.	2106	.	.	3162	.	16
.	.	253	.	.	737	.	.	1199	.	.	1931	.	17
.	.	119	.	.	347	.	.	564	.	.	914	.	18
.	.	59	.	.	130	.	.	198	.	.	252	.	19
.	.	28	.	.	61	.	.	93	.	.	120	.	20
.	.	204	.	.	395	.	.	600	.	.	824	.	21
.	.	96	.	.	186	.	.	282	.	.	390	.	22
.	.	-13	.	.	162	.	.	302	.	.	648	.	23
.	.	-6	.	.	76	.	.	142	.	.	307	.	24
.	.	1	.	.	43	.	.	87	.	.	189	.	25
.	.	0	.	.	20	.	.	41	.	.	90	.	26
.	.	144	.	.	287	.	.	461	.	.	658	.	27
.	.	68	.	.	135	.	.	217	.	.	311	.	28
.	.	930	.	.	2016	.	.	3017	.	.	4134	.	29
.	.	438	.	.	948	.	.	1419	.	.	1957	.	30
.	.	137	.	.	228	.	.	305	.	.	650	.	31
.	.	64	.	.	107	.	.	144	.	.	308	.	32
.	.	-137	.	.	42	.	.	63	.	.	363	.	33
.	.	-64	.	.	20	.	.	29	.	.	172	.	34
.	.	1343	.	.	1315	.	.	1284	.	.	1285	.	35
.	.	632	.	.	619	.	.	604	.	.	608	.	36

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2018	2019	2020	2021
			Jahresangaben			
	Geld und Kredit ¹⁾					
	Kredite und Einlagen ²⁾					
1	Kredite an Nichtbanken	Millionen Euro	34 108	34 540	38 082	38 932
	davon					
2	kurzfristige Kredite	Millionen Euro	1 312	1 292	1 272	1 246
3	mittelfristige Kredite	Millionen Euro	1 661	1 767	2 141	2 157
4	langfristige Kredite	Millionen Euro	31 135	31 481	34 669	35 529
5	darunter an inländische Nichtbanken	Millionen Euro	33 528	34 023	37 375	38 319
	davon					
6	Unternehmen	Millionen Euro	12 791	13 151	15 745	16 234
7	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Millionen Euro	5 031	4 915	4 902	4 932
8	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Millionen Euro	11 767	12 219	12 888	13 450
9	öffentliche Haushalte	Millionen Euro	3 939	3 738	3 840	3 703
10	Einlagen von Nichtbanken	Millionen Euro	41 716	43 306	46 926	48 423
	davon					
11	Sichteinlagen	Millionen Euro	25 888	27 771	31 442	33 532
12	Termineinlagen	Millionen Euro	1 985	1 854	1 787	1 480
13	Sparbriefe	Millionen Euro	824	750	793	722
14	Spareinlagen	Millionen Euro	13 019	12 931	12 904	12 689
15	darunter von inländischen Nichtbanken	Millionen Euro	41 593	43 166	46 757	48 216
	davon					
16	Unternehmen	Millionen Euro	7 543	7 732	8 544	8 586
17	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Millionen Euro	3 472	3 681	4 090	4 330
18	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Millionen Euro	28 531	29 719	31 875	32 779
19	öffentliche Haushalte	Millionen Euro	2 047	2 034	2 248	2 521
	Sparverkehr ³⁾					
20	Gutschriften auf Sparkonten	Millionen Euro	653	624	696	599
21	Zinsgutschriften	Millionen Euro	22	21	18	15
22	Lastschriften auf Sparkonten	Millionen Euro	604	693	823	697
23	Bestand an Spareinlagen von Nichtbanken	Millionen Euro	13 019	12 931	12 904	12 689
	darunter bei					
24	Großbanken	Millionen Euro	1 935	2 006	2 053	2 101
25	Sparkassen	Millionen Euro	8 570	8 580	8 281	8 011
26	Kreditgenossenschaften	Millionen Euro	2 403	2 229	2 461	2 466
	Insolvenzen					
27	Insolvenzen	Anzahl	2 489	2 209	1 622	2 470
	davon					
28	Unternehmen einschließlich Kleingewerbe	Anzahl	329	221	219	206
	darunter					
29	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	47	35	30	21
30	Baugewerbe	Anzahl	63	39	39	35
31	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Anzahl	44	24	27	27
32	Gastgewerbe	Anzahl	28	20	24	16
33	übrige Schuldner	Anzahl	2 160	1 988	1 403	2 264
	darunter					
34	natürliche Personen als Gesellschafter u.Ä.	Anzahl	15	13	4	6
35	ehemals selbständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren	Anzahl	374	381	262	319
36	Verbraucher	Anzahl	1 595	1 440	985	1 701
37	eröffnete Verfahren	Anzahl	2 261	2 020	1 421	2 323
38	mangels Masse abwesene Verfahren	Anzahl	188	157	166	123
39	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Anzahl	40	32	35	24
40	Voraussichtliche Forderungen	Tausend Euro	291 711	506 843	378 953	337 563
41	Beschäftigte	Anzahl	3 298	2 905	2 658	1 494

1) Quelle: Deutsche Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

2) am Jahres- bzw. Monatsende

3) Umsätze im Vierteljahr; Bestand am Jahres- bzw. Monatsende

ZAHLENSPIEGEL

2021												2022	Lfd. Nr.
Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	
.	.	38046	.	.	38235	.	.	38680	.	.	38932	.	1
.	.	1352	.	.	1316	.	.	1433	.	.	1246	.	2
.	.	2083	.	.	2131	.	.	2206	.	.	2157	.	3
.	.	34611	.	.	34788	.	.	35041	.	.	35529	.	4
.	.	37457	.	.	37613	.	.	38075	.	.	38319	.	5
.	.	15798	.	.	15798	.	.	16052	.	.	16234	.	6
.	.	4892	.	.	4917	.	.	4917	.	.	4932	.	7
.	.	12982	.	.	13172	.	.	13385	.	.	13450	.	8
.	.	3785	.	.	3726	.	.	3721	.	.	3703	.	9
.	.	47309	.	.	47809	.	.	47789	.	.	48423	.	10
.	.	31749	.	.	32257	.	.	32651	.	.	33532	.	11
.	.	1818	.	.	1908	.	.	1633	.	.	1480	.	12
.	.	768	.	.	736	.	.	734	.	.	722	.	13
.	.	12974	.	.	12908	.	.	12771	.	.	12689	.	14
.	.	47138	.	.	47643	.	.	47616	.	.	48216	.	15
.	.	8458	.	.	8569	.	.	8731	.	.	8586	.	16
.	.	4139	.	.	4171	.	.	4256	.	.	4330	.	17
.	.	32457	.	.	32689	.	.	32429	.	.	32779	.	18
.	.	2084	.	.	2214	.	.	2200	.	.	2521	.	19
.	.	721	.	.	643	.	.	567	.	.	599	.	20
.	.	5	.	.	4	.	.	4	.	.	15	.	21
.	.	655	.	.	712	.	.	710	.	.	697	.	22
.	.	12974	.	.	12908	.	.	12771	.	.	12689	.	23
.	.	2092	.	.	2102	.	.	2089	.	.	2101	.	24
.	.	8297	.	.	8213	.	.	8106	.	.	8011	.	25
.	.	2475	.	.	2483	.	.	2466	.	.	2466	.	26
196	156	241	218	163	222	245	222	193	198	193	223	177	27
15	13	29	19	12	18	25	12	19	15	12	17	10	28
2	1	2	1	2	-	2	2	2	2	3	2	2	29
3	2	10	-	2	2	5	2	3	3	-	3	3	30
1	1	2	4	-	1	6	1	3	2	2	4	2	31
2	1	1	3	1	4	2	1	1	-	-	-	1	32
181	143	212	199	151	204	220	210	174	183	181	206	167	33
-	1	-	1	-	-	1	1	1	-	1	-	-	34
19	16	34	22	27	33	36	24	25	21	33	29	26	35
150	112	162	159	106	148	159	159	128	137	128	153	116	36
186	150	232	208	149	207	231	212	177	182	182	207	167	37
8	6	6	9	12	13	12	8	13	12	9	15	7	38
2	-	3	1	2	2	2	2	3	4	2	1	3	39
28594	13003	57942	15163	52252	16812	42282	14424	33835	14300	17904	31051	35688	40
241	58	387	79	97	59	153	8	148	124	52	88	274	41

Veröffentlichungen im März 2022

Titel	Periodizität	Bestellnummer	Preis in Euro
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe Januar 2020 - Dezember 2021 nach Wirtschaftszweigen	m	05 101	5,00
Bauhauptgewerbe Januar 2020 – November 2021	m	05 201	3,75
Bauhauptgewerbe Januar 2020 – Dezember 2021	m	05 201	3,75
Baugenehmigungen Januar 2022	m	06 207	5,00
Gäste und Übernachtungen Dezember 2021 Endgültige Ergebnisse	m	07 401	6,25
Straßenverkehrsunfälle Dezember 2021 Endgültige Ergebnisse	m	08 102	6,25
Verbraucherpreisindex Februar 2022	m	12 101	6,25
Statistisches Monatsheft Februar 2022	m	40 301	5,00
Aktuelle Zahlen in Zeiten der Corona-Pandemie 2022, Ausgabe: März	m	41 027	0,00
Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30.6.2021 Vorläufige Ergebnisse	vj	01 610	13,75
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe Januar 2020 – Dezember 2021 nach Kreisen	vj	05 102	3,75
Umsatz und Beschäftigte im Handel und Gastgewerbe (Messzahlen und Veränderungsdaten) Januar 2020 – Dezember 2021 Vorläufige Ergebnisse	vj	07 103	3,75
Gewerbeanzeigen 1.1. – 31.12.2021	hj	04 102	3,75
Anbau und Ernte von Gemüse und Erdbeeren 2021	j	03 113	3,75
Anbau und Ernte von Speisepilzen 2021	j	03 114	1,25
Aus- und Einfuhr 4. Vierteljahr 2021 Vorläufige Ergebnisse	j	07 301	6,25
Insolvenzen 2021	j	09 101	3,75
Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 2020	j	11 204	11,25
Gewerbesteuern 2017	j	11 407	6,25
Einkommen der privaten Haushalte 1995 – 2019 nach Kreisen	j	15 203	6,25
Verzeichnis Allgemeinbildende Schulen Stand: 2021	j	70 201	11,25
Faltblatt Bauleistungspreise, Ausgabe 2022	j	80 129	0,00
Bundestagswahl am 26. September 2021 Repräsentative Wahlstatistik nach Geschlecht und Altersgruppen	4j	29 406	6,25

Abkürzungen: m - monatlich; vj - vierteljährlich; hj - halbjährlich; j - jährlich; 4j - 4 jährlich; u - unregelmäßig

